

Landesbank Berlin AG

JAHRESABSCHLUSS UND LAGEBERICHT 2013



**LandesBank  
Berlin**

## Ratingübersicht

Emittent	Moody's		Moody's		dbrs
	Landesbank Berlin		Berliner Sparkasse		Landesbank Berlin
<b>Ungarantierte Verbindlichkeiten</b>					
Langfrist-Rating	A1		A1		A (hoch)
Kurzfrist-Rating	P-1		P-1		R-1 (mittel)
Ausblick	negativ		negativ		stabil
<b>Individualratings</b>					
Bank-Finanzkraftrating	D +		–		–
Intrinsisches Rating	–		–		BBB (hoch)
<b>Garantierte Verbindlichkeiten</b>					
Langfrist-Rating	Aa1		–		–
Kurzfrist-Rating	P-1		–		–
Ausblick	stabil		–		–
<b>Pfandbriefe</b>					
Öffentliche Pfandbriefe	Aaa		–		–
Hypothekendarpfandbriefe	Aaa		–		–

## Inhalt

Lagebericht	1	Jahresabschluss	72
Das Unternehmen im Überblick	1	Bilanz	72
Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2013	7	Gewinn- und Verlustrechnung	74
Ereignisse nach dem 31. Dezember 2013	16	Anhang	75
Risikobericht	17	Anlagen zum Anhang	106
Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem	59	Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers	109
Chancen- und Prognosebericht/Ausblick	61	Versicherung der gesetzlichen Vertreter	110
		Bericht des Aufsichtsrats	111

## Das Unternehmen im Überblick

### Organisatorische und rechtliche Struktur

Die organisatorische und rechtliche Struktur der Landesbank Berlin AG im Konzernverbund stellte sich im Berichtsjahr 2013 wie folgt dar:



\* Abgang der Anteile mit Ablauf des 31. Dezember 2013

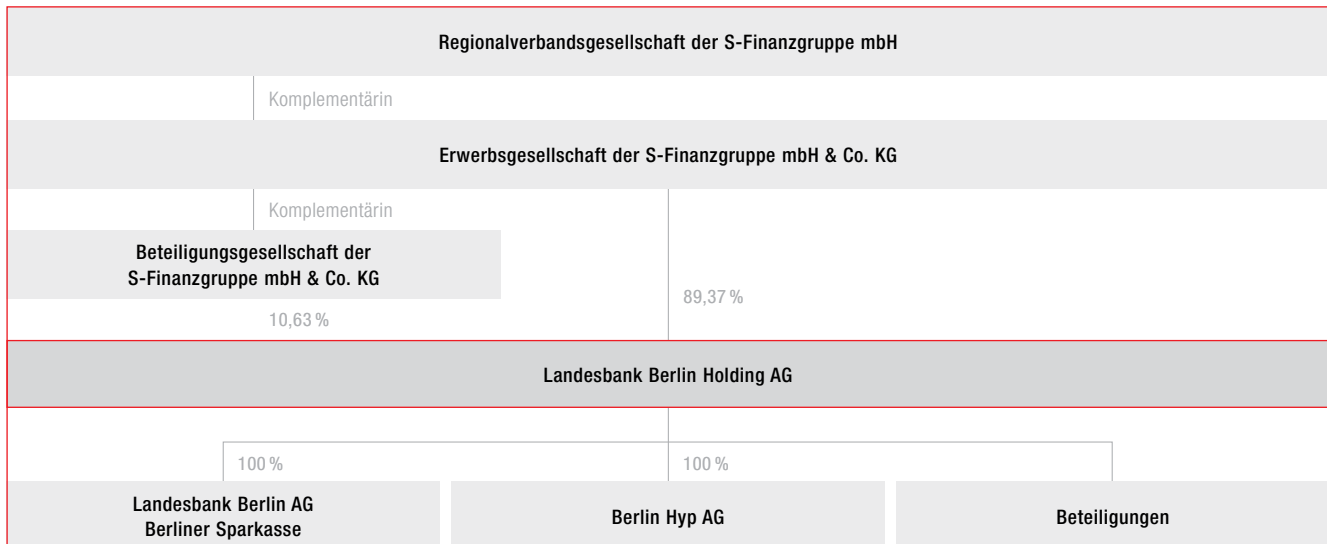
- Die Landesbank Berlin Holding AG (Holding) ist die Muttergesellschaft des Konzerns Landesbank Berlin mit Sitz in Berlin. Sie ist eine Finanzholding-Gesellschaft im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG) und zu 100 % an der Landesbank Berlin AG (LBB) beteiligt. Darüber hinaus hielt sie bis zum Ablauf des 31. Dezember 2013 die Anteile an der Kapitalanlagegesellschaft Landesbank Berlin Investment GmbH (LBB-INVEST). Hauptaktionärin der Holding ist die Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschaft) mit einer Anteilsquote von 89,37 %. Sie ist Komplementärin der Beteiligungsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Beteiligungsgesellschaft), die 10,63 % der Anteile hält. In ihrer Funktion als Komplementärin der S-Erwerbsgesellschaft übernimmt die Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH (RVG) die Geschäftsführung sowohl für die S-Erwerbsgesellschaft als auch für die S-Beteiligungsgesellschaft.
- Die LBB ist ein 100-prozentiges Tochterunternehmen der Holding. Sie ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des KWG. Die LBB ist Trägerin der Berliner Sparkasse (§ 3 Abs. 2 des Berliner Sparkassengesetzes) und unterhält derzeit noch eine Niederlassung in Luxemburg, deren Schließung für Mitte 2014 geplant ist. Die Berliner Sparkasse ist eine öffentlich-rechtliche Sparkasse in der Rechtsform einer teilrechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts (§ 3 Abs. 1 Berliner Sparkassengesetz) und wird als Zweigniederlassung der LBB geführt.
- Die LBB hält wichtige strategische Beteiligungen des Konzerns wie die Berlin Hyp AG, die S-Servicepartner GmbH und die S-Kreditpartner GmbH (SKP).

Im Wege der Geschäftsbesorgung werden von der LBB alle Tätigkeiten erbracht, die für das Halten der Beteiligung an der LBB und die Unterstützung der Organe der Holding notwendig sind. Die Holding betreibt kein eigenes Bankgeschäft und verfügt deshalb über keine Mitarbeiter.

Der Konzern gliederte sich in vier strategische Geschäftsfelder, das Segment Refinanzierung und Zinsmanagement, die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge. Die strategischen Geschäftsfelder bestanden aus dem Geschäft mit privaten Kunden und Firmenkunden sowie dem Immobilienfinanzierungs- und dem Kapitalmarktgeschäft. Im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement wurde die zentrale Steuerung der Refinanzierung

und des Bankbuchs abgebildet. Die Corporate Center umfassten unter anderem die Bereiche Infrastruktur, Risiko und Controlling, Personal, Unternehmensentwicklung und Recht, Revision und Finanzen. Die Marktfolge beinhaltet die Backoffice-Dienstleistungen der S-Servicepartner GmbH und die Kreditbereiche der LBB.

Im Zuge der **Neuordnung der Geschäftsaktivitäten** hatten die Sparkassen als Eigentümer zusammen mit der LBB und der DekaBank im Dezember 2012 eine Empfehlung für die künftige Ausrichtung des Konzerns erarbeitet. Inhaltliche Überschneidungen von LBB und DekaBank werden abgebaut und die Stärken beider Häuser noch besser für die Sparkassen und deren Kunden nutzbar gemacht. Die Umsetzung des folgenden **Zielmodells** ist weitgehend bis Ende 2014/Anfang 2015 geplant:



- Die LBB ist in der neuen Struktur weiterhin eine direkte Tochtergesellschaft der Holding. Allerdings besteht künftig nahezu das gesamte Geschäft aus dem der Berliner Sparkasse und wird unter dieser Marke geführt. Die Berliner Sparkasse bleibt eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts.
- Das kundenorientierte Kapitalmarktgeschäft der LBB sowie die Beteiligung an der Fondsgesellschaft LBB-INVEST wurden bereits mit Ablauf des 31. Dezember 2013 an die DekaBank veräußert.
- Die Berlin Hyp wird ebenfalls eine direkte Tochtergesellschaft der Holding und damit eine Schwester-gesellschaft der LBB/Berliner Sparkasse.

## Vorstand und Ressortverteilung

Zum 31. Dezember 2013 gehörten dem Vorstand der Holding der Vorsitzende Dr. Johannes Evers und Jan Bettink an. Sie waren zugleich Vorstandsvorsitzender beziehungsweise Vorstandsmitglied der LBB. Weitere Vorstandsmitglieder der LBB waren zum Stichtag Serge Demolière, Hans Jürgen Kulartz und Patrick Tessmann.

Martin K. Müller, bis 30. April 2013 Vorstandsmitglied der LBB und der Holding, wechselte zum 1. Mai 2013 in den Vorstand der DekaBank. Die Zuständigkeit für die von ihm verantworteten Ressorts hat Volker Alt – unter Verantwortung des Vorstandsvorsitzenden – übernommen, der mit Wirkung zum 16. April 2013 zum Generalbevollmächtigten der LBB ernannt wurde.

Jan Bettink hat mit Wirkung zum 31. Dezember 2013 sein Amt als Vorstandsmitglied der LBB niedergelegt. Er ist seit dem 1. Januar 2014 Vorsitzender des Vorstands der Berlin Hyp AG. Herr Bettink bleibt unverändert Mitglied des Vorstands der Holding.

Alle operativen Aufgaben der Holding wurden auf der Grundlage eines Geschäftsbesorgungsvertrags zwischen der Holding und der LBB von der LBB wahrgenommen. Die Zuständigkeiten im Vorstand waren zum 31. Dezember 2013 wie folgt geregelt:

### Dr. Johannes Evers

#### (Vorsitzender)

Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Compliance  
Finanzen  
Personal  
Revision  
Unternehmensentwicklung  
und Recht

### Jan Bettink

Landesbank Berlin Holding AG  
Landesbank Berlin AG  
Immobilienfinanzierung

### Serge Demolière

Landesbank Berlin AG  
Kapitalmarktgeschäft

### Hans Jürgen Kulartz

Landesbank Berlin AG  
Firmenkunden  
Einkaufsmanagement  
Infrastruktur  
Organisationssteuerung

### Patrick Tessmann

Landesbank Berlin AG  
Private Kunden

### Volker Alt

#### Generalbevollmächtigter

Landesbank Berlin AG  
Kredit  
Risikobetreuung  
Risiko und Controlling  
S-Servicepartner GmbH

### **Geschäftstätigkeit der Landesbank Berlin/ Berliner Sparkasse**

Die LBB /Berliner Sparkasse ist weiterhin darauf ausgerichtet, im Kundengeschäft zu wachsen und die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Sie hat eine starke Marktstellung in ihrer Kernregion Berlin. Darüber hinaus nimmt sie über die S-Kreditpartner und die S-Servicepartner die Rolle als Dienstleister der Sparkassen-Finanzgruppe ein.

Das Bankgeschäft der LBB wurde im **Berichtsjahr** in den folgenden Geschäftsfeldern sowie im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement betrieben und dabei durch die Servicefunktionen Corporate Center und Marktfolge mit den Backoffice-Dienstleistungen der S-Servicepartner GmbH unterstützt.

Das Geschäftsfeld **Private Kunden** betrieb weiterhin das Universalbankgeschäft mit Privatpersonen. Im regionalen Geschäft der Berliner Sparkasse wurden 2013 rund zwei Millionen Privatkunden betreut. Das überregionale Kreditkartengeschäft wurde überwiegend mit sogenannten Co-Branding-Partnern (zum Beispiel ADAC, Amazon, Air Berlin) betrieben und umfasste rund 2,4 Millionen ausgegebene Kreditkarten. Im überregionalen Auto- und Konsumentenkreditgeschäft war die S-Kreditpartner GmbH als Verbundpartner der deutschen Sparkassen tätig.

Das Geschäftsfeld **Firmenkunden** betreute mit einem umfassenden Produkt- und Leistungsangebot knapp 73.000 kleine und mittelständische Unternehmen. Ein strategisches Ziel war auch im Berichtsjahr die Sicherung der starken Marktposition in der Region Berlin in einem intensiven Wettbewerbsumfeld. Auf Basis eines verlässlichen Geschäftsmodells war auch 2013 ein hoher Qualitätsanspruch zur weiteren Vertiefung der Kundenbeziehungen sowie bei der Neukundengewinnung ein entscheidendes Erfolgsmerkmal.

In der gewerblichen **Immobilienfinanzierung** waren LBB und Berlin Hyp im Berichtsjahr noch gemeinsam tätig. Das gemeinsame Geschäftsfeld ist zum 31. Dezember 2013 aufgelöst worden. Es betreute rund 2.100 Kunden (Risikoverbünde) im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Schwerpunktmäßig wurden die Geschäfte mit gewerblichen Investoren, Wohnungsunternehmen, Kapitalanlagegesellschaften, Immobilienfonds und ausgewählten Developern betrieben. Die Kundenbetreuung erfolgte neben dem Sitz der Banken in Berlin durch vier inländische Geschäftsstellen in Hamburg, Düsseldorf, Frankfurt/Main und München sowie durch drei Repräsentanzen im Ausland (Niederlande, Polen und Frankreich). Die Kreditbearbeitung fand unverändert zentral in Berlin statt.

Das **Kapitalmarktgeschäft** (KMG) umfasste die Bereiche Client Business (Distribution und Produktion), Treasury und Trading sowie Internationales Geschäft. Zum KMG gehörten darüber hinaus die dem Geschäftsfeld zugeordnete 100-prozentige Beteiligung der Holding an der Kapitalanlagegesellschaft LBB-INVEST (Abgang der Anteile mit Ablauf des 31. Dezember 2013) sowie operative Einheiten der LBB an den Auslandsstandorten London (bis September 2013) und Luxemburg. Das KMG richtete seinen Fokus auf das kundenbezogene Geschäft. Zielkundengruppe waren neben mittelständischen institutionellen Kunden vor allem die Sparkassen. Das Management von kurz- und langfristigen Anlage- und Handelsgeschäften ergänzte das Kundengeschäft.

Mit diesem Vier-Säulen-Modell war die LBB – auch unter den Bedingungen der Finanzkrise – weitgehend erfolgreich. Allerdings waren die Ergebnisse volatil und stark vom Ertrag des Kapitalmarktgeschäfts und damit von exogenen Entwicklungen der Finanzmärkte geprägt. Für die nächsten Jahre zeichnen sich im Umfeld und im Markt sehr deutlich Entwicklungen ab, die die Rahmenbedingungen des integrierten Geschäfts- und Organisationsmodells der LBB tief greifend verändern. Besonders zwei externe Entwicklungen – die seit einigen Jahren kontinuierlich zunehmenden regulatorischen Anforderungen und der im Wettbewerb zu beobachtende Wandel von integrierten zu fokussierten Geschäfts- und Organisationsmodellen – stellen das bisherige Geschäftsmodell der LBB grundsätzlich in Frage.

Mit kundenorientierten Wachstumsinitiativen sowie dem Abbau von Komplexität und Kosten hat die LBB bereits in den vergangenen Jahren auf diese Entwicklungen reagiert. Dazu gehörten die Wachstumsprogramme „Wege zum Kunden“ im Privatkundengeschäft und „Zukunftswerkstatt“ im Firmenkundengeschäft sowie der Ausbau des kundenorientierten Kapitalmarktgeschäfts mit Sparkassen, die vollständige Übernahme der Berlin Hyp-Anteile von der NordLB sowie die Squeeze-out-Transaktion bei der Berlin Hyp. Mit der Schließung der Niederlassungen London im September 2013 und Luxemburg bis Mitte 2014, dem Abbau von Risikoaktiva (RWA-Abbau) sowie der Optimierung der Corporate Center wurden entsprechende Programme zur Senkung von Komplexität und Kosten aufgesetzt. Zugleich sind durch den gezielten und tief greifenden RWA-Abbau in erheblichem Umfang hartes Kernkapital freigesetzt und weiter verschärfte regulatorische Anforderungen erfüllt worden.

Zusätzlich zu diesen strategischen Weichenstellungen werden folgende Geschäftsbereiche **neu ausgerichtet**:

- Die Berliner Sparkasse wird sich auf das Kerngeschäft der Privat- und Firmenkundenbetreuung sowie auf die lokale gewerbliche Immobilienfinanzierung in der Region Berlin konzentrieren. Zum Kerngeschäft der Berliner Sparkasse wird außerdem das Treasury mit den Aufgabengebieten Liquiditätsreserve, Depot-A-Geschäft sowie strategische Fristentransformation und Eigenmittelanlage gehören. Geschäftsaktivitäten unter dem Namen LBB wird es künftig mit Ausnahme des überregionalen Kreditkartengeschäfts nicht mehr geben.
- Die Berlin Hyp, in der das überregionale gewerbliche Immobilienfinanzierungsgeschäft des LBB-Konzerns gebündelt wird, positioniert sich als eigenständige Immobilienfinanzierungsbank in der Sparkassen-Finanzgruppe. Die hierfür erforderliche Aufteilung der Portfolien zwischen der Berlin Hyp und der Berliner Sparkasse wurde in wesentlichen Teilen vorbereitet und erste Portfolioübertragungen wurden realisiert. Damit waren Personalübergänge auf das jeweils zuständige Kreditinstitut verbunden. Der Prozess hinsichtlich der Portfolioübertragungen und der damit verbundenen Personalübergänge soll in 2014 abgeschlossen werden.
- Das kundenbezogene Kapitalmarktgeschäft wurde zusammen mit der LBB-INVEST an die DekaBank veräußert und wird dort ein bedeutender Teil der Wertpapierhaus-Strategie der DekaBank.

Diese Verringerung und Fokussierung der Geschäftsbereiche führt zu geringeren quantitativen und qualitativen Kapazitätserfordernissen in den Corporate Centern und Marktfolgebereichen der LBB beziehungsweise der S-Servicepartner. Hier wurden ein umfassender Abbau von Personalkapazitäten in Höhe von rund 950 Mitarbeiterkapazitäten, ein Umbau der Systeme der Informationstechnologie und ein tief greifendes Kostensenkungsprogramm eingeleitet, die zusammen die Höhe der Restrukturierungsrückstellung begründen. Hierdurch wird eine für die kommenden Jahre nachhaltige Ergebnisstruktur geschaffen.

Die strategischen Geschäftsfelder/Segmente werden anhand folgender nach den International Financial Accounting Standards (IFRS) ermittelten **Erfolgskennziffern** gesteuert:

- Operatives Ergebnis nach Restrukturierung und Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern,
- Eigenkapitalrentabilität und
- Cost-Income-Ratio.

Die Eigenkapitalrentabilität der strategischen Geschäftsfelder/Segmente ist der Quotient aus „operativem Ergebnis nach Bankenabgabe/Ergebnis vor Steuern“ und „gebundenem Eigenkapital“ nach einem ökonomischen Verfahren. Für die Eigenkapitalrentabilität auf Konzernebene wird branchenüblich das durchschnittliche IFRS-Eigenkapital zugrunde gelegt.

Die Cost-Income-Ratio wird gebildet als Quotient aus Verwaltungsaufwand und Summe aus Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss, Ergebnis aus Sicherungszusammenhängen, Ergebnis aus erfolgswirksam zum Zeitwert bilanzierten Finanzinstrumenten, Ergebnis aus Finanzanlagen, Ergebnis aus nach der Equity-Methode bewerteten Anteilen sowie dem sonstigen betrieblichen Ergebnis.

Auf Konzern- und Einzelinstitutsebene treten

- eine angemessene Eigenmittel-/Liquiditätsausstattung,
- die Konzernbilanzsumme,
- das HGB-Ergebnis auf Ebene der Holding,
- die Dividendenentwicklung und
- die Mitarbeiterkapazität im Konzern

als Steuerungsgrößen hinzu.

Auf Geschäftsfeldebene werden neben den genannten Leistungsindikatoren weitere das jeweilige Geschäftsfeld begleitende Steuerungsgrößen eingesetzt. Hierzu zählen unter anderem beim Geschäftsfeld Private Kunden die Nettobestandsveränderung an Privatgirokonten, beim Geschäftsfeld Firmenkunden die Anzahl der Neukunden an kleinen und mittelständischen Unternehmen sowie beim Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung das Neugeschäftsvolumen und die Prolongationsquote.



## Geschäftsverlauf Januar bis Dezember 2013

### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

In Europa besserte sich im Jahr 2013 die Wirtschaftslage langsam. Die Stabilisierung zeigte sich vor allem im Konsum und bei der Investitionstätigkeit. Gleichzeitig ließ der Schub vom Außenbeitrag nach, da sich wichtige Schwellenländer weniger dynamisch entwickelten und auch das Wachstum der US-Wirtschaft im Zuge markanter fiskalischer Einschnitte etwas schwächer ausgefallen war. Im Euro-Gebiet konnten für das zweite und dritte Quartal leichte Zuwächse der Wirtschaftsleistung gemeldet werden. Vorherige Einbußen sind damit jedoch nicht aufgefangen. Der Aufwärtstrend in den Geschäftsklima-Erhebungen hielt auch nachfolgend an. Die Daten zu Produktionstätigkeit, Auftragsgeschehen und Ausfuhrentwicklung kündeten aber bis zuletzt von einer insgesamt noch labilen gesamtwirtschaftlichen Lage, wobei sich mittlerweile nicht mehr allein die Staaten der Peripherie in einer schwierigen Situation befanden.

Nachdem die vorherige Schwächeperiode auch durch Witterungseinflüsse überzeichnet worden war, hellte sich die Konjunkturlage in Deutschland spürbar auf. Das robuste Wachstum im zweiten Quartal war folglich durch Auf- und Nachholeffekte überzeichnet. Im Jahresdurchschnitt ergab sich nach vorläufigen Berechnungen ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts um lediglich 0,4 % (Basis: Statistisches Bundesamt). Trotz niedriger Zinsen und stabiler Beschäftigungssituation nahm die Konsumneigung der Privathaushalte nur mäßig zu. Während Investitionen in Ausrüstungen weiterhin nur in bescheidenem Umfang getätigt wurden, konnte die Bauwirtschaft von der Revitalisierung des Wohnungsbaus profitieren.

Berlins wirtschaftliche Dynamik hob sich 2013 stärker positiv vom Bundesdurchschnitt ab als im Vorjahreszeitraum. Im ersten Halbjahr betrug die Wachstumsrate 0,5 % zum Vorjahreszeitraum, während im Bundesgebiet ein Rückgang um 0,3 % verzeichnet wurde (Basis: Statistische Ämter des Bundes und der Länder). Die Konjunkturlage in der Hauptstadt war von einem Zuwachs der Beschäftigtenzahlen und anhaltend hohen Steigerungsraten im Fremdenverkehr geprägt. Diese Entwicklungen strahlten auf das Gastgewerbe und vor allem auf den Einzelhandel aus, der im Gegensatz zum Bundesdurchschnitt ein starkes Umsatzplus verzeichnen konnte. Diese Sonderentwicklung geht auch auf den Internethandel zurück, dem in der Stadt besonderes Gewicht zukommt. In der Bauwirtschaft waren zur Jahresmitte zwar Anzeichen einer Belebung auszumachen. Die Auftragszuwächse konzentrierten sich jedoch auf Wohnungsneu- und -ausbauten, während bei der Erstellung von Gewerbe- und Industriebauten im ersten Halbjahr Einbußen hingenommen werden mussten. Auch im Verarbeitenden Gewerbe blieb die Dynamik eher verhalten.

Der Umbau des institutionellen Rahmens der Europäischen Währungsunion ging aufgrund von innenpolitischen Krisen in einzelnen Staaten und im Umfeld der Bundestagswahl in Deutschland nur zögerlich voran. Während es im Vorjahr zunächst zu einer Aufspreizung und anschließend zu einer Einengung der Renditeabstände von Staatsanleihen gekommen war, wirkte im Berichtszeitraum die für den Fortbestand des Euro gegebene Einstandsgarantie der Europäischen Zentralbank nach. Dies führte insgesamt zu einem ruhigeren Marktgeschehen. Das Kapitalmarktumfeld blieb darüber hinaus vor allem durch die extrem expansive geldpolitische Ausrichtung der wichtigsten Notenbanken gekennzeichnet. Allerdings wuchsen im Verlauf des Jahres die Zweifel daran, dass Änderungen dieser Politik noch über längere Zeit ausgeschlossen werden können. Im Ergebnis lagen die Langfristrenditen ab Herbst um rund 75 Basispunkte über den Tiefständen vom Frühjahr. Eine wirkliche Abkehr vom Niedrigzinsumfeld war dies jedoch nicht.

Mit zunehmender Dauer schlug die tief liegende Zinsstrukturkurve auf die Aktivkonditionen der Finanzinstitute durch. Die Bruttozinsmarge als volumengewichtete mittlere Zinsdifferenz auf Kredite und Einlagen fiel bezogen auf den Kreditbestand der Finanzinstitute bisher höher aus und verringerte sich langsamer als in deren Neugeschäft. Somit halten Belastungen der Ertragssituation an, auch wenn der Rückgang der Zinsmargen im Neugeschäft im Verlauf des Jahres zumindest gestoppt werden konnte. Trotz der etwas kräftigeren Zunahme im Hypothekengeschäft blieb die Kreditausweitung mäßig, so dass Ertragsimpulse aus Steigerungen des Geschäftsvolumens ebenfalls schwer zu erzielen waren.

Die Arbeiten an der Schaffung einer europäischen Bankenunion und der Verlagerung bankaufsichtlicher Kompetenzen auf die europäische Ebene dauerten an. Der Abbau des Forderungsbestands gegenüber Gebietsansässigen aus anderen Euro-Ländern setzte sich zwar nicht mehr fort. Die Finanzinstitute fokussierten sich mehrheitlich jedoch weiterhin auf den heimatischen Markt. Die geforderte Stärkung der Eigenkapitalausstattung wurde 2013 außer durch die Zuführung von Kapital vor allem durch die beschleunigte Rückführung der Bilanzsummen realisiert. Finanzstärkere Finanzinstitute bauten gleichzeitig ihre im Euro-System gehaltenen Überschussreserven beträchtlich ab, indem sie die Möglichkeit der vorzeitigen Tilgung von Mitteln aus längerfristigen Refinanzierungsgeschäften nutzten.

In diesem schwierigen Marktumfeld gehört die LBB/Berliner Sparkasse mit ihren Geschäftsfeldern Private Kunden und Firmenkunden unverändert zu den führenden Marktteilnehmern in Berlin. Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung konnte seine Position – unabhängig von den Umbauarbeiten der Berlin Hyp als eigenständiger gewerblicher Immobilienfinanzierer – unter den führenden inländischen Immobilienfinanzierern weiter behaupten. Darüber hinaus ist der LBB-Konzern mit 2,4 Millionen ausgegebenen Kreditkarten weiterhin größter Emittent von kostenpflichtigen Kreditkarten in Deutschland. Die dargestellten gesamtwirtschaftlichen und branchenbezogenen Rahmenbedingungen – insbesondere das Niedrigzinsumfeld und die ökonomische Entwicklung unserer Kernregion – zeigen sich auch in der Entwicklung der Geschäftsfelder der LBB, die im Lagebericht des Konzerns Landesbank Berlin Holding (Konzern) per 31. Dezember 2013 im Kapitel „Geschäftsverlauf/Ertragslage/Segmentergebnisse“ beschrieben ist.

### Geschäftsverlauf

In der Prognose im Lagebericht per 31. Dezember 2012 hat der Vorstand auf die Unsicherheiten durch die Veränderungen in der Unternehmensstruktur und die damit verbundenen Ergebnisbelastungen hingewiesen. Der Vorstand ging daher für das Jahr 2013 von einem Ergebnis vor Steuern aus, das nicht das des Geschäftsjahres 2012 erreichen wird. Der tatsächliche Geschäftsverlauf der LBB im Berichtsjahr war folglich in besonderem Maße durch negative Ergebniseffekte aufgrund des Umbaus der LBB und im Zusammenhang mit dem Abbau von inhaltlichen Überschneidungen zwischen der LBB und der DekaBank geprägt.

Die LBB konnte 2013 ihr Kundengeschäft weiter stärken und ihre Position im Berliner Bankenmarkt behaupten und über die S-Kreditpartner sowie die S-Servicepartner auch die Zusammenarbeit mit den Sparkassen weiter intensivieren. Das Geschäftsjahr 2013 war für die LBB ein Jahr des Umbaus zur

Sparkasse in der deutschen Hauptstadt. Die in diesem Zusammenhang notwendigen Strukturveränderungen haben das Geschäftsjahr maßgeblich beeinflusst. Während insbesondere aufgrund der Entwicklung im Kundengeschäft positive Erfolge zu verzeichnen waren, wurde das Zinsergebnis erheblich durch die historische Niedrigzinsphase und die reduzierten Zinserträge aufgrund des RWA-Abbaus belastet. Bei allen Faktoren, die die Bank selber beeinflussen kann, hat sie die Ziele erreicht. Zugleich ist aber angesichts der hohen Unwägbarkeiten an den Finanzmärkten und der ungelösten Schuldenkrise in Europa weiterhin Vorsicht geboten. Das Umfeld für die Branche bleibt aufgrund der Niedrigzinsphase unverändert schwierig. Die vorsichtige Risikopolitik, die einen anhaltend positiven Effekt auf die Risikovorsorge hat, wird die Bank dabei unverändert beibehalten.

Die LBB erzielte – bei fortschreitendem Umbau – ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von –191 Mio. €. Es lag damit um 442 Mio. € unter dem Vorjahresergebnis (+ 251 Mio. €) und mit 253 Mio. € unter unserer Planung. Dieser erhebliche Verlust basiert in besonderem Maße auf den im Rahmen des Umbaus der LBB zur Berliner Sparkasse erforderlich gewordenen Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von insgesamt 274 Mio. €, einschließlich der entsprechenden Belastungen aus der S-Servicepartner.

Positive Ergebnisentwicklungen gegenüber dem Vorjahr zeigten sich im Provisionsergebnis (+ 24 Mio. €), im Saldo der übrigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge (+11 Mio. €) sowie in der Risikovorsorgebildung im Kreditgeschäft (–33 Mio. €). Dem standen belastende Effekte insbesondere im Zinsergebnis (–52 Mio. €), in den Verwaltungsaufwendungen (+7 Mio. €), im Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve (–104 Mio. €) und aus Finanzanlagen (–62 Mio. €) sowie aufgrund der Restrukturierungsaufwendungen im Saldo der übrigen Positionen (–265 Mio. €) gegenüber.

Im Rahmen der Reduzierung der Komplexität des Geschäfts wurde die Niederlassung der LBB in London per 30. September 2013 wie geplant geschlossen. Deren Vermögens- und Schuldwerte wurden in den Bestand der LBB in Berlin übernommen.

Die Ergebnisentwicklung in den Geschäftsfeldern/ Segmenten stellte sich differenziert dar. Die Ergebnisse der Geschäftsfelder Private Kunden, Firmenkunden und Immobilienfinanzierung lagen über unseren Erwartungen. Dabei profitierte insbesondere das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung von der niedrigen Risikovorsorge im Kreditgeschäft. Während das Ergebnis des Segments Refinanzierung und Zinsmanagement noch im Rahmen unserer Erwartungen lag, blieb das Ergebnis im Kapitalmarktgeschäft (KMG) hinter unseren Erwartungen zurück. Im KMG belasteten sowohl Bewertungskorrekturen für Zinsderivate mit mehrfachen Kündigungsrechten als auch Wertminderungen einzelner Finanzanlagen.

Insbesondere der auch in 2013 fortgesetzte Abbau von nicht mehr strategiekonformen Beständen führte zu einer Reduktion der Bilanzsumme um 14,5 Mrd. € auf 70,3 Mrd. €.

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBB gemäß KWG zum 31. Dezember 2013 betragen nach Feststellung des Jahresabschlusses insgesamt 3,2 Mrd. €. Bezogen auf die Risikopositionen gemäß Solvabilitätsverordnung errechnete sich daraus eine Gesamtkennziffer von 19,2 % (Vorjahr: 18,1 %) und eine Kernkapitalquote von 15,3 % (Vorjahr: 14,1 %). Damit liegen die Quoten über den geplanten Mindestwerten (Gesamtkennziffer: 10,5; Kernkapitalquote: 9,0). Das Gleiche gilt für die Liquiditätskennziffer der LBB nach § 11 KWG (Mindestplanziffer: 1,15) mit 1,76 (31. Dezember 2012: 2,0).

Die Mitarbeiterkapazität in der LBB lag per 31. Dezember 2013 mit 3.868 um 242 unter dem Vorjahreswert am 31. Dezember 2012 (4.110). Der Abbau resultierte im Wesentlichen aus den Personalanpassungen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Projektes „Wege zum Kunden“ sowie aus Personalreduzierungen in den Corporate Centern und im Kapitalmarktgeschäft, insbesondere aufgrund der Schließung der Niederlassung London. In den Zahlen per 31. Dezember 2013 sind noch die Personalübergänge per Ablauf des 31. Dezember 2013 an die DekaBank im Rahmen der Veräußerung des kundenbezogenen Kapitalmarktgeschäfts enthalten. Die geplanten Mitarbeiterkapazitäten für das Geschäftsjahr (3.930) wurden um 1,6 % unterschritten. Der Anteil der weiblichen Beschäftigten betrug 59,3 % der Gesamtbelegschaft. Die Fluktuationsquote war mit insgesamt 5,5 % beziehungsweise um Altersaustritte bereinigt mit 4,5 % weiterhin gering. Im Rahmen des Umbaus der LBB zur Berliner Sparkasse ist für 2014 von einem Personalabbau von etwa 300 Mitarbeiterkapazitäten auszugehen. Darüber hinaus reduzieren die Personalübergänge zur DekaBank die Mitarbeiterkapazität.

Die LBB AG ist einer der größten Ausbildungsbetriebe in Berlin mit vielfältigen Möglichkeiten für Schulabgänger und Hochschulabsolventen. Maßnahmen zur Mitarbeiterqualifizierung wie die Programme zur Entwicklung von Führungskräften und das Fachkräfteprogramm für Spezialisten haben wir 2013 fortgeführt. Mit dem Ziel, die Führungsqualität und die Zusammenarbeit in den Teams zu verbessern, wurde 2013 erneut ein sogenanntes Stimmungsbarometer zur Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit durchgeführt. Das Gesundheitsmanagement in der LBB AG bauen wir kontinuierlich aus. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben die Möglichkeit, eine externe Beratung zu beruflichen, familiären, gesundheitlichen oder anderen persönlichen Fragen sowie einen Familienservice in Anspruch zu nehmen.

Zusammenfassend ist das Ergebnis für das Berichtsjahr – trotz der erfreulichen Entwicklungen im Kundengeschäft – aufgrund der erheblichen Belastungen aus dem Umbau der LBB und der Niedrigzinsphase nicht zufriedenstellend. Für das Geschäftsjahr 2014 ist von einem deutlich reduzierten Verlust auszugehen, der primär weiterhin auf den Umbau der LBB zurückzuführen ist. Die in diesem Zusammenhang geplanten Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen entfalten erst mittelfristig ihre volle Wirkung.

### Ertragslage

Im Ergebnis nach Steuern musste insbesondere aufgrund von Rückstellungsbildungen im Zusammenhang mit dem Umbau zur Hauptstadtparkasse ein negativer Betrag ausgewiesen werden. Das durch hohe Bewertungsgewinne für Wertpapiere geprägte Vorjahresergebnis wurde damit deutlich unterschritten. Belastungen aus dem Umbau ergaben sich in erster Linie im Saldo der übrigen Positionen, in dem sich Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 274 Mio. € niederschlugen. Darüber hinaus waren auch das Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve und das Ergebnis aus Finanzanlagen durch den mit dem Umbau einhergehenden Bestandsabbau belastet. In den anderen Verwaltungsaufwendungen machten sich in diesem Zusammenhang erhöhte Beratungsaufwendungen deutlich bemerkbar.

Am negativen Ergebnis nach Steuern war die stille Einlage mit 47 Mio. € zu beteiligen. Eine Verzinsung erfolgte somit für das Geschäftsjahr 2013 nicht (Vorjahr: 51 Mio. €). Die Muttergesellschaft Holding übernimmt den verbleibenden Verlust von 144 Mio. € auf Basis des bestehenden Ergebnisabführungsvertrags (Vorjahr: Gewinn in Höhe von 200 Mio. €).

Ergebnis in Mio. €	2013	2012	Veränderung 2013–2012	
			in Mio. €	in %
Zinsüberschuss	885	937	-52	-5,5
Provisionsüberschuss	240	216	24	11,1
Nettoertrag oder Nettoaufwand des Handelsbestands	-26	-9	-17	<-100
Verwaltungsaufwendungen	864	857	7	0,8
Personalaufwand	343	366	-23	-6,3
Andere Verwaltungsaufwendungen	483	454	29	6,4
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	38	37	1	2,7
Saldo übriger betrieblicher Aufwendungen und Erträge	9	-2	11	>100
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge</b>	<b>244</b>	<b>285</b>	<b>-41</b>	<b>-14,4</b>
Risikovorsorge	88	17	71	>100
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	91	124	-33	-26,6
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve („-“ = Ertrag)	-3	-107	104	97,2
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>156</b>	<b>268</b>	<b>-112</b>	<b>-41,8</b>
Ergebnis aus Finanzanlagen	-44	18	-62	<-100
Aufwand aus Bankenabgabe	16	13	3	23,1
Saldo der übrigen Positionen	-287	-22	-265	<-100
<b>Ergebnis vor Steuern</b>	<b>-191</b>	<b>251</b>	<b>-442</b>	<b>&lt;-100</b>
Ertragsteuern	0	0	0	0,0
<b>Ergebnis nach Steuern</b>	<b>-191</b>	<b>251</b>	<b>-442</b>	<b>&lt;-100</b>
Verlustbeteiligung (Vj.: Vergütung) stille Beteiligung	-47	51	-98	<-100
Verlustübernahme (Vj.: Gewinnabführung) LBB Holding	-144	200	-344	<-100
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0,0</b>

Im Folgenden werden die einzelnen Ergebniskomponenten dargestellt:

Der **Zinsüberschuss** lag mit 885 Mio. € um 6 % unter dem Vorjahreswert von 937 Mio. €. Er war maßgeblich durch den Abbau von Risikoaktiva, insbesondere bei Wertpapieren, beeinflusst. Darüber hinaus konnte bei Geldhandelsgeschäften, Repos und kurzfristigen Wertpapiergeschäften aufgrund der anhaltend flachen Zinsstrukturkurve nur ein niedrigeres Fristentransformationsergebnis erzielt werden. Das Ergebnis aus Kundengeschäften war insgesamt, unter Berücksichtigung bestehender Zinssicherungen im Bankbuch, auf Vorjahresniveau.

Der **Provisionsüberschuss** lag mit 240 Mio. € um 11 % über Vorjahresniveau. Dabei trugen nahezu alle Provisionsarten aus dem Kundengeschäft zu dem guten Ergebnis bei. In besonderem Maße resultierte der Anstieg des Ergebnisses aus dem Kartengeschäft (+13 Mio. €) mit unseren Co-Brandingpartnern. Das Provisionsergebnis aus dem Kreditgeschäft konnte um rund 3 Mio. € gesteigert werden.

Der **Nettoertrag/Nettoaufwand des Handelsbestands** in Höhe von -26 Mio. € lag um 17 Mio. € deutlich unter dem Vorjahreswert. Als wesentlicher Ergebnistreiber wirkten sich Bewertungskorrekturen für Zinsderivate mit mehrfachen Kündigungsrechten aus.

Die **Verwaltungsaufwendungen** betragen 864 Mio. € (Vorjahr: 857 Mio. €). Sie beinhalten die Personalaufwendungen, die Abschreibungen sowie die anderen Verwaltungsaufwendungen. Die Personalaufwendungen verminderten sich um 23 Mio. € auf 343 Mio. €. Entlastende Effekte wie die Reduktion des durchschnittlichen Personalbestands um 171 Mitarbeiterkapazitäten wurden durch Tarifierhöhungen sowie höhere Aufwendungen für die Altersversorgung teilweise kompensiert. In den anderen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 483 Mio. € (Vorjahr: 454 Mio. €) wurden die Beratungskosten im Zusammenhang mit dem Umbau der Bank (28 Mio. €) erfasst. Insgesamt blieben die Verwaltungsaufwendungen im laufenden Geschäftsjahr im Rahmen der geplanten Budgets.

Die **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft wies einen Nettoaufwand von 91 Mio. € aus. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum entspricht dies trotz unverändert vorsichtiger Bewertung einer Ergebnisentlastung um 33 Mio. €. Insgesamt standen Neubildungen in Höhe von 157 Mio. € (Vorjahr: 201 Mio. €) Auflösungen in Höhe von 66 Mio. € (Vorjahr: 77 Mio. €) gegenüber.

Das **Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve** in Höhe von 3 Mio. € konnte den außergewöhnlich hohen Wert des Vorjahres (107 Mio. €), welcher von erheblichen Wertaufholungseffekten durch die deutliche Marktberuhigung in 2012 geprägt war, nicht erreichen. Im Ergebnis des Berichtsjahres spiegeln sich neben Erlösen aus dem Abgang von Wertpapieren auch kompensierende Effekte aus Wertaufholungen und Abschreibungen wider.

Das **Ergebnis aus Finanzanlagen** in Höhe von –44 Mio. € wurde bestimmt durch Wertminderungen ausgewählter Adressen und gegenläufige Wertaufholungen aufgrund der Einengung fremder Credit Spreads. Der durch hohe Bewertungsgewinne geprägte Vorjahreserfolg bei Wertpapieren in Höhe von 69 Mio. € konnte dabei nicht erreicht werden. Im Vorjahr waren im Ergebnis aus Finanzanlagen zudem noch Abschreibungen auf Beteiligungen in Höhe von 51 Mio. € enthalten. Der Umfang der unterlassenen Abschreibungen auf Wertpapiere des Anlagevermögens hat sich im Berichtsjahr um 193 Mio. € auf 48 Mio. € vermindert.

Die Vorgehensweise zur Bewertung der Wertpapierbestände ist im Anhang zum Jahresabschluss dargestellt.

Im **Saldo der übrigen Positionen** waren, neben der über 15 Jahre zu verteilenden Zuführung zu Pensionsrückstellungen aufgrund der veränderten Ermittlungsmethode des BilMoG, Aufwendungen im Zusammenhang mit dem Umbau der Bank zur Hauptstadtsparkasse enthalten. Die Verringerung und Fokussierung der Geschäftsbereiche im Rahmen der Neuausrichtung führt zu geringeren quantitativen und qualitativen Kapazitätserfordernissen in den Corporate Centern und Marktfolgebereichen. Hier wurden ein umfassender Abbau von Personalkapazitäten in Höhe von rund 950 Mitarbeiterkapazitäten in der LBB und S-Servicepartner, ein Umbau der Systeme der Informationstechnologie und ein tief greifendes Kostensenkungsprogramm eingeleitet. Hierfür fielen Restrukturierungsaufwendungen in Höhe von 274 Mio. € an.

## Vermögenslage

Aktiva in Mio. €	2013	2012	Veränderung 2013–2012	
			in Mio. €	in %
Forderungen an Kreditinstitute	19.685	21.917	–2.232	–10,2
Forderungen an Kunden	19.101	21.548	–2.447	–11,4
Schuldverschreibungen	21.491	24.805	–3.314	–13,4
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	367	462	–95	–20,6
Handelsbestand	5.626	10.699	–5.073	–47,4
Beteiligungen /Anteile an verbundenen Unternehmen	1.636	1.611	25	1,6
Sachanlagen	97	110	–13	–11,8
Übrige Aktiva	2.312	3.644	–1.332	–36,6
<b>Summe Aktiva</b>	<b>70.315</b>	<b>84.796</b>	<b>–14.481</b>	<b>–17,1</b>

Im Vergleich zum Vorjahresstichtag war die **Bilanzsumme** per 31. Dezember 2013 um etwa 14,5 Mrd. € rückläufig. Im Wesentlichen ist dies auf nicht ersetzte Fälligkeiten und Verkäufe im Rahmen des Abbaus von Risikoaktiva sowie nicht mehr strategiekonformer Bestände zurückzuführen.

Danach lagen die **Forderungen an Kreditinstitute** mit 19,7 Mrd. € um 10 % unter dem Vorjahresniveau von 21,9 Mrd. €. Der Rückgang resultierte insbesondere aus der Verminderung von Geldmarktgeschäften wie Tages- und Termingeldern sowie Reverse Repos am Interbankenmarkt.

Die **Forderungen an Kunden** wurden gegenüber dem Vorjahresstichtag um 2,4 Mrd. € beziehungsweise 11 % reduziert und beliefen sich auf 19,1 Mrd. €. Die Kommunalkredite wurden strategiekonform um 1,5 Mrd. € zurückgeführt.

Der Bestand an **Risikovorsorge** im Kreditgeschäft in Höhe von 0,6 Mrd. € (Vorjahr: 0,8 Mrd. €) war insbesondere aus Inanspruchnahmen rückläufig.

Der Bestand der **Schuldverschreibungen** und anderen festverzinslichen Wertpapieren ging ebenfalls um 3,3 Mrd. € auf 21,5 Mrd. € (Vorjahr: 24,8 Mrd. €) zurück. Auch hier war der strategiekonforme Abbau von Risikopositionen ausschlaggebend. Der Anteil, der auf eigene Schuldverschreibungen entfällt, betrug 11 % nach 14 % im Vorjahr.

In der Position **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** sind überwiegend Anteile an Investmentfonds aus der Eigenanlage enthalten.

Der Bilanzposten **Handelsbestand** enthielt zum Bilanzstichtag im Wesentlichen positive Marktwerte aus Derivaten, Schuldverschreibungen und Aktien. Veränderte Marktbewertungen führten neben dem Abbau im Handelsbuch zur starken Reduktion des Bestands um fast die Hälfte auf noch 5,6 Mrd. €.

Die **Übrige Aktiva** in Höhe von 2,3 Mrd. € lag mit 1,3 Mrd. € deutlich unter dem Vorjahreswert (3,6 Mrd. €) und enthielt im Wesentlichen Forderungen aus Collaterals, deren Bestand sich um 1,1 Mrd. € reduziert hat.

Passiva in Mio. €	2013	2012	Veränderung 2013–2012	
			in Mio. €	in %
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12.220	16.712	-4.492	-26,9
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	27.307	28.262	-955	-3,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	15.168	18.799	-3.631	-19,3
Handelsbestand	9.565	14.786	-5.221	-35,3
Rückstellungen	1.252	989	263	26,6
Nachrangige Verbindlichkeiten	819	893	-74	-8,3
Eigenkapital	2.814	2.861	-47	-1,6
davon Grundkapital	1.200	1.200	0	0,0
davon Stille Einlagen	653	700	-47	-6,7
davon Rücklagen	961	961	0	0,0
Übrige Passiva	1.170	1.494	-324	-21,7
<b>Summe Passiva</b>	<b>70.315</b>	<b>84.796</b>	<b>-14.481</b>	<b>-17,1</b>

Der Rückgang der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** gegenüber dem Vorjahr betrug 4,5 Mrd. € oder 27 % und war hauptsächlich auf verminderte Geldmarktgeschäfte zurückzuführen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** reduzierten sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,0 Mrd. € auf 27,3 Mrd. €. Hiervon waren insbesondere Termingelder betroffen. Der Bestand der Spareinlagen in Höhe von 5,6 Mrd. € war mit 0,1 Mrd. € nur leicht rückläufig.

Das Volumen der **verbrieften Verbindlichkeiten** reduzierte sich um 3,6 Mrd. € auf 15,2 Mrd. €. Der Rückgang betrifft ganz überwiegend die sonstigen begebenen Schuldverschreibungen.

Im **Handelsbestand** wurden im Wesentlichen negative Marktwerte aus Derivaten und begebene Schuldverschreibungen des Handelsbestands ausgewiesen. Wie auf der Aktivseite führten veränderte Marktbewertungen und der strategiekonforme Abbau des Handelsbuchs zur starken Reduktion des Bestands um 35 % auf noch 9,6 Mrd. €.

Der Anstieg des Bestands an **Rückstellungen** um 27 % auf 1,3 Mrd. € war im Wesentlichen auf die Bildung von Restrukturierungsrückstellungen zurückzuführen. In den Rückstellungen waren per 31. Dezember 2013 Pensionsrückstellungen in Höhe von 0,7 Mrd. € enthalten.

Die **Nachrangigen Verbindlichkeiten** beinhalten sowohl verbrieft als auch unverbrieft Nachrangdarlehen. Sie reduzierten sich aufgrund von Fälligkeiten und Wechselkursänderungen geringfügig.

Das **Eigenkapital** der Bank war zum Bilanzstichtag um rund 47 Mio. € geringer als im Vorjahr und resultierte allein aus der Verlustbeteiligung der Stillen Einlage. Ein Bilanzgewinn oder -verlust entsteht aufgrund des Gewinnabführungsvertrags mit der Holding nicht.



## Finanzlage

Die für Banken relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den in § 11 KWG festgelegten Grundsätzen. Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury. Mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen zu gewährleisten, wurden die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern jederzeit eingehalten. Darüber hinaus wird ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisikocontrolling vorgenommen, das sich auf das Beschaffungs- und das Fristenrisiko bezieht. Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil der Bank abbildet. Die Auslastung der verabschiedeten Limite war im Jahresverlauf 2013 sowohl für das Beschaffungs- als auch das Fristenrisiko unbedenklich. Eine detaillierte Darstellung der Steuerung und des Controllings der Liquiditätsrisiken erfolgt im Risikobericht. Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellung zur Kapitalflussrechnung.

Die LBB/Berliner Sparkasse nutzt einen ausgewogenen Mix an Instrumenten zur Refinanzierung ihres Aktivgeschäfts. Dazu zählen Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Kunden, Pfandbriefe, andere verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die regionale Herkunft der Refinanzierungsmittel konzentriert sich überwiegend auf den deutschen Raum mit einer zusätzlichen Konzentration der Einlagen von Kunden auf unsere Kernregion Berlin-Brandenburg. Die Zinsrisiken werden aktiv gesteuert und bei Bedarf durch Zinsderivate abgesichert. Die Fälligkeitsstruktur der Refinanzierungsmittel ist ausgewogen und wird aktiv gesteuert. Die detaillierte Restlaufzeitengliederung der finanziellen Verpflichtungen ist im Risikobericht unter „Liquiditätsrisiken“ dargestellt. Das bilanzielle Eigenkapital nach HGB betrug am 31. Dezember 2013 2,8 Mrd. € und damit 4,0 % der Bilanzsumme. Es beinhaltet das Grundkapital (1,2 Mrd. €), die Stille Einlage (0,6 Mrd. €) und die Rücklagen (1,0 Mrd. €).

Die Refinanzierung der LBB/Berliner Sparkasse kann sich auf eine große Anzahl von Einlagengebern und Investoren stützen. Der im Zeitvergleich erhöhte Bestand der Kundeneinlagen von Privat- und Firmenkunden ist stark diversifiziert. Der Anstieg des Einlagenvolumens dieser Kundengruppen seit Beginn der Finanzkrise spiegelt die positive Wahrnehmung der Marke „Sparkasse“ in der Öffentlichkeit als „sicherer Hafen“ wider. Bei der Emission von Pfandbriefen und anderen verbrieften Verbindlichkeiten verfügt die LBB über ein großes Spektrum institutioneller Investoren. Hervorzuheben sind dabei Investoren aus der S-Finanzgruppe. Für den Spitzenausgleich im besicherten und unbesicherten Geldmarkt steht uns eine Vielzahl von Adressen zur Verfügung. Das Refinanzierungsvolumen in Fremdwährungen ist aufgrund der überwiegend in Euro getätigten Aktivgeschäfte im Vergleich zur Bilanzsumme gering. Die außerbilanziellen Verpflichtungen haben sich in der Berichtsperiode um 0,8 Mrd. € auf 3,7 Mrd. € erhöht und resultierten aus den erweiterten unwiderruflichen Kreditzusagen. Wesentliche außerbilanzielle Verpflichtungen, die negativen Einfluss auf die Liquiditätslage der LBB/Berliner Sparkasse haben könnten, bestehen nicht.

Die von der LBB/Berliner Sparkasse in der Berichtsperiode getätigten Investitionen in Sachanlagen und bilanzierte immaterielle Vermögenswerte erfolgten ausschließlich zur Sicherstellung und zur Optimierung des Geschäftsbetriebs und sind von untergeordneter Bedeutung. Darüber hinaus erfolgten im Rahmen des RWA-Abbaus und der Reduktion der Komplexität Desinvestitionen insbesondere bei Finanzanlagen.

Grundsätzlich führten die Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise auch im Jahr 2013 mit wechselnder Intensität zu Einschränkungen in der Funktion der Geld- und Kapitalmärkte. So führten die Zypern-Krise in der ersten Jahreshälfte sowie die anhaltenden Spekulationen über ein weiteres Rettungspaket für Griechenland zu anhaltender Unsicherheit. Dabei waren die Finanzierungsbedingungen für Banken im Euro-Währungsgebiet jedoch besser als in den Jahren 2011 und 2012.

In diesem fragilen und weiterhin angespannten Umfeld stellte sich die Liquiditäts- und Refinanzierungssituation der LBB/Berliner Sparkasse stets geordnet dar. So konnte das Geschäftsvolumen unter Vorhaltung ausreichender Reserven vollständig in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten refinanziert werden. Die kumulierten monatlichen Zahlungsüberschüsse sind unter „Liquiditätsrisiken“ im Risikobericht dargestellt.

Die LBB/Berliner Sparkasse setzte auch im Jahr 2013 ihre Strategie fort, notwendige Refinanzierungen überwiegend mit Hilfe von klassischen Kundenprodukten und Privatplatzierungen durchzuführen. Die Konditionen der Mittelaufnahmen waren mit den gezahlten Konditionen anderer bonitätsstarker Marktteilnehmer vergleichbar. Eine ähnliche Strategie wurde auch im Pfandbriefbereich verfolgt.

Liquiditätsbedingte Einschränkungen im Kerngeschäft mit unseren Kunden traten 2013 zu keinem Zeitpunkt auf und sind auch aus heutiger Sicht nicht absehbar. Die Refinanzierungssituation erlaubt – trotz schwieriger Marktverhältnisse – eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Geschäfte.

## Ereignisse nach dem 31. Dezember 2013

Im Rahmen der Reduzierung der Komplexität im LBB-Konzern soll die LBB International S.A., Luxemburg, mit Eintragung in das Handelsregister rückwirkend zum 1. Januar 2014 auf die Landesbank Berlin AG, Niederlassung Luxemburg, verschmolzen werden.

## Risikobericht

### Rahmenbedingungen

Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist die wesentliche Tochtergesellschaft der Landesbank Berlin Holding AG (Holding). Sie bildet mit ihren Tochtergesellschaften einen eigenen Konzern, der in den Konzern Landesbank Berlin Holding eingebunden ist. Das konzernweite Risikomanagement der Landesbank Berlin Holding (Konzern) ist in der LBB angesiedelt.

Die Holding nimmt als Konzernobergesellschaft die Funktion einer Finanzholding wahr, die Bankgeschäfte nicht selbst durchführt und kein Kreditinstitut ist. Zentrale Aufgabe war im Berichtsjahr das Halten der 100-prozentigen Beteiligungen an der LBB und der mit Ablauf des 31. Dezember 2013 veräußerten LBB-INVEST. Im Folgenden wird grundsätzlich der Risikobericht des Konzerns wiedergegeben. Für die Risikolage der LBB beziehungsweise des Konzerns LBB stellt dies keine Einschränkung dar.

Der Risikobericht des Konzerns enthält sowohl die nach den Deutschen Rechnungslegungs Standards (DRS) als auch die nach IAS/IFRS erforderlichen Angaben. Der Konzern macht somit Gebrauch von der Regelung IFRS 7.B6, die die Bündelung der geforderten Angaben zur Art und zum Ausmaß von Risiken, die sich aus Finanzinstrumenten ergeben, auch in einem Bericht über die Risiken erlaubt. Ein Verweis ist in der Note „Risikomanagement“ des IFRS-Konzernabschlusses enthalten.

Erstmals wendet der Konzern den Standard DRS 20 für den Konzernlagebericht an. Die Chancenberichterstattung erfolgt – wie auch in den Vorjahren – im separaten Chancen- und Prognosebericht.

Weil die LBB aufsichtsrechtlich das übergeordnete Unternehmen der Finanzholding-Gruppe ist und alle Banken des Konzerns unter ihrem Dach vereint sind, stimmen die Risiken des Konzerns Landesbank Berlin und des Konzerns Landesbank Berlin Holding weitgehend überein.

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des konzernübergreifenden Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und den Konzern jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen. Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach den internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben.

### Aktuelle Entwicklungen

Seit Juli 2012 muss die Gruppe der systemrelevanten europäischen Banken eine zusätzliche Kernkapitalquote gemäß Definition der European Banking Authority (EBA) von mindestens 9 % erfüllen. Hierzu zählt auch die RVG-Gruppe, zu der unter anderem die LBB gehört. Diese Kapitalquote haben 2013 sowohl die RVG-Gruppe als auch die LBB erreicht. Um auch unter den künftig härteren Anforderungen nach CRR/CRD IV angemessene Kernkapitalquoten zu erreichen, wurden verstärkt ab dem Jahr 2012 risikogewichtete Aktiva (RWA) abgebaut. Dieser Abbau erfolgte unter ertragsschonenden Aspekten und ohne signifikante Schwächung des künftigen Kundengeschäfts, hatte allerdings eine deutliche Zurückhaltung im Neugeschäft der gewerblichen Immobilienfinanzierung zur Folge. In diesem Kontext wurden auch die internationalen Aktivitäten deutlich reduziert und die Schließung des Standorts in London vorgenommen. Die Schließung des Standorts Luxemburg ist im Jahr 2014 eingeplant.

Im Dezember 2013 wurde durch die Gesellschafterversammlung der S-Erwerbs KG die Einführung eines Beirats beschlossen. Diese gesellschaftsrechtliche Änderung hat zur Folge, dass ab 1. Januar 2014 die S-Erwerbs KG die oberste Finanzholding-Gesellschaft sein wird. Die RVG ist nach Vollzug dieser Änderung nicht mehr Teil des aufsichtsrechtlichen Konsolidierungskreises. Das Kommanditkapital der S-Erwerbs KG erfüllt dann alle Anforderungen der CRR an die vollständige Berücksichtigung als hartes Kernkapital der neuen aufsichtsrechtlichen Gruppe „S-Erwerbs KG Gruppe“.

Im Berichtsjahr wurde im Rahmen eines Projekts die Umsetzung der Anforderungen aus CRR und dem CRD-IV-Gesetzeswerk fortgeführt. Wesentliche Inhalte des Projekts waren:

- Berechnung und Analyse der im Basel III-Monitoring geforderten Kennziffern,
- Umsetzung der regulatorischen Vorgaben für das Solvenz- und Großkreditregime sowie für die Liquidität der Institute,
- Fortführung der begleitenden Aktivitäten wie Analyse des regulatorischen Konsultationsprozesses und
- Einführung der neuen Meldewesensoftware ABACUS/DaVinci für die LBB und auf Gruppenebene.

Die Umsetzung der Anforderungen der MaRisk-Neufassung 2012 wurde durch den Bereich Risikocontrolling koordiniert. Die Umsetzung erfolgt im Rahmen der Linientätigkeiten im jeweils zuständigen Bereich des Konzerns. Die Neuerungen betrafen unter anderem:

- Existenz einer Risikocontrolling- und einer Compliance-Funktion,
- zukunftsgerichteter Kapitalplanungsprozess,
- Festlegung von Risikotoleranzen und Frühwarnindikatoren,
- System zur Verrechnung von Liquiditätskosten, -nutzen und -risiken.

Einzelne Umsetzungsarbeiten waren zum Jahresende 2013 noch nicht abgeschlossen.

Im Juni 2013 stimmte der Bundesrat dem Gesetz zur Abschirmung von Risiken und zur Planung der Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Finanzgruppen – dem sogenannten Trennbankengesetz – zu, welches die Anforderungen an die Ausgestaltung von Sanierungsplänen regelt. Als national systemrelevantes Kreditinstitut ist die LBB verpflichtet, einen Sanierungsplan zu erstellen. Dementsprechend wurde im Jahr 2013 ein Gruppen-Sanierungsplan erarbeitet.

### Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem des Konzerns basiert auf dem Rahmenkonzept der MaRisk, die Risikocontrolling-Funktion gemäß MaRisk AT 4.4.1 wird durch den Bereich Risikocontrolling ausgeübt. Sie ist auch auf Ebene des Vorstands von den Bereichen getrennt, die für die Initiierung und den Abschluss von Geschäften zuständig sind.

Das Risikomanagementsystem setzt sich aus einer Reihe von ineinandergreifenden Grundsätzen und Regelungen zusammen. Ziel aller Vorgaben – unter Einhaltung aller gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen – ist es, Kunden und Kontrahenten ein stabiler und verlässlicher Geschäftspartner, den Eigentümern ein attraktives Investment und für die Gesellschaft eine Stütze des Finanzmarkts zu sein.

Als übergeordnete Regelung stellt die **Geschäftsstrategie** der Holding die strategischen Rahmenbedingungen dar. In ihr ist festgehalten, dass das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer Risikostrategie elementarer Bestandteil des Bankgeschäfts ist. Konzerneinheitliche risikopolitische Grundsätze stellen sicher, dass die eingegangenen Risiken die Substanz des Unternehmens nicht gefährden und jederzeit kontrolliert werden können. Alle Unternehmen und organisatorischen Einheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der konzerneinheitlichen Methodik messbar sind. Durch die konkrete Limitierung der dem Konzern zur Verfügung stehenden Risikoressourcen Kapital und Liquiditätsreserve werden die Risikotragfähigkeit und die Liquidität sichergestellt.

Die **Risikostrategie** detailliert diese Vorgaben ausführlich; sie liegt in der Verantwortung des Bereichs Risikocontrolling. Im Rahmen dieser Strategie erfolgt insbesondere die Festlegung nicht-strategiekonformer, das heißt grundsätzlich zu vermeidender Risiken. Die Einhaltung der Risikostrategie wird laufend überwacht.

Den Chancen wird neben den Risiken Rechnung getragen, indem die Geschäftsleitung in ihren strategischen Vorgaben Geschäfte in ertragreichen oder zukünftig ertragreich angesehenen Regionen und Geschäftsarten fördert. Zugleich werden mit zu hohem Risiko behaftete oder weniger ertragreiche Geschäftsbereiche durch die Festlegung grundsätzlich zu vermeidender Geschäfte eingeschränkt. Das durch den Bereich Risikocontrolling verantwortete Risikomanagement befasst sich mit der Identifizierung, Analyse, Dokumentation und Berichterstattung der Risiken.

Das **Risikohandbuch**, das den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für den Konzern als auch für seine Einzelinstitute gilt, stellt detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements dar. Die verwendeten Methoden beziehen sich auf die Risikomessung. Hier sind auch für jede Risikoart die existierenden Limitsystematiken und Eskalationsprozesse dargestellt.

Die **Risikoinventur** stellt mit Unterstützung einer Vielzahl von im Konzern festgelegten Prozessen wie zum Beispiel der Mittelfristplanung regelmäßig das Gesamtrisikoprofil fest. In diesem Rahmen wird im Konzern untersucht, ob mögliche Risiken existieren oder auftreten können, die bisher nicht berücksichtigt wurden. Die Ergebnisse werden dokumentiert und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen abgeleitet.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren. Die Identifikation, Messung, Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der Risikostrategie und des Risikohandbuchs.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet sowohl Risikoauswertungen nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben als auch eine Risikobetrachtung aus ökonomischer Sicht.

Ebenso wie die **interne Revision** prüfen die **Abschlussprüfer** regelmäßig das Risikomanagementsystem.

#### **Verantwortlichkeiten und Organisationsstrukturen im Risikomanagementprozess**

Der Gesamtvorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept inklusive der Verteilung des Risikopotenzials, der Definition eines Risikopuffers und der Limite, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie die Risikosteuerung. Er wird monatlich über den Top Management Report, in dem über die Finanz- und Risikolage des Konzerns berichtet wird, durch den Bereich Risikocontrolling informiert. Eine Reihe weiterer Reports wird im Risikomanagementprozess erstellt und dem Vorstand vorgelegt.

Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das gesamte Risiko- und Kapitalprofil unterrichtet. Der aus den Mitgliedern des Aufsichtsrats gebildete Kreditausschuss berät mit dem Vorstand die Grundsätze der Geschäftspolitik im Kreditgeschäft des Konzerns unter dem Gesichtspunkt der Bonitätsrisiken und des Risikomanagements, insbesondere der Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und der operationellen Risiken.

Die interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems im Konzern. Dies beinhaltet für alle Risikoarten eine regelmäßige Prüfung und Bewertung der Risikomanagementprozesse. Sie ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Gesamtvorstand.

Im Konzern erfolgen die Steuerung und die Kommunikation der Risikolage über die nachfolgend genannten Gremien im Risikomanagementprozess:

- Der Dispositionsausschuss steuert die strategischen Marktrisikopositionen des Bankbuchs.
- Das Kapitalmanagement-Komitee ist zuständig für die Koordination von Kapitalmaßnahmen zur Umsetzung gesetzlicher und bilanzieller Anforderungen an das Kapitalmanagement.
- Im Kreditrisiko-Komitee erfolgt die Diskussion und Votierung der Risikostrategie sowie konzeptioneller Themen im Kredit- und Kreditrisikocontrolling-Umfeld.
- Das Allgemeine-Produkt-Komitee jeweils für Handels- beziehungsweise Nichthandelsprodukte koordiniert den Genehmigungsprozess bei der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, Märkten, Produktvarianten, Währungen und EDV-Systemen.
- Das OpRisk-Komitee ist zuständig für die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagement- und Risikofrüherkennungssystems für operationelle Risiken.

Der Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige konzernweite Risikoüberwachungseinheit bezogen auf alle Risikoarten. Der Bereich hat die Kompetenz über angewandte Methoden und Modelle zur Identifikation, Messung, Aggregation und Limitierung von Risiken sowie die Verantwortung für die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems. Zusammen mit den Risikocontrolling-Einheiten der Töchter sowie der Niederlassungen in London (bis zu deren Schließung 2013) und Luxemburg übernimmt der Bereich Risikocontrolling das operative Risikocontrolling.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist den im Konzern definierten Verantwortungsträgern zugeordnet. So erfolgt beispielsweise die Gesamtbankrisikosteuerung durch den Gesamtvorstand, die Marktpreisrisikosteuerung der Handelseinheiten im Kapitalmarktgeschäft oder die Risikosteuerung für das Bankbuch im Dispositionsausschuss. Die Risikosteuerung im Kreditbereich wird beispielsweise für Einzelkreditnehmer durch die jeweiligen Entscheidungsträger gemäß der Kompetenzordnung wahrgenommen, für die Liquiditätsrisiken ist der Bereich Treasury zuständig. Im Rahmen des Umbaus der Gruppe ist eine Neuordnung der Risikosteuerung im Jahr 2014 vorgesehen.

#### **Kapitalmanagement**

Die Kapitalstrategie hat das Ziel, mittel- und langfristig eine angemessene regulatorische und ökonomische Kapitalausstattung zu sichern. Hierzu werden Veränderungen des aufsichtsrechtlichen Umfelds und Anforderungen der Ratingagenturen analysiert und gegebenenfalls erforderliche Maßnahmen im jährlichen Planungsprozess berücksichtigt beziehungsweise umgesetzt. Zielgrößen sind im Wesentlichen eine Kernkapitalquote von mindestens 9 % (nach Stresstest zuzüglich Puffer) und eine Gesamtkennziffer von mindestens 10,5 % (jeweils für die LBB AG und nachrichtlich für die LBBH AG) sowie ein Mindestrating im Single-A-Bereich.

Im Rahmen der Umsetzung der neuen aufsichtsrechtlichen Anforderungen Basel III/CRD IV hat der europäische und nationale Gesetzgeber im Jahr 2013 neue aufsichtsrechtliche Anforderungen festgelegt. Der Konzern hat diese Entwicklung zeitnah überwacht und notwendige Maßnahmen zur Einhaltung der neuen Eigenmittelanforderungen ergriffen.

Die Kapitalsteuerung erfolgt konzernweit über das Kapitalmanagement-Komitee beziehungsweise im Rahmen von Projekten oder Aktivitäten, in denen die Mitglieder des Kapitalmanagement-Komitees eingebunden sind (zum Beispiel Mittelfristplanung).

### Entwicklungen im Aufsichtsrecht

Um die künftige Eigenkapitalanforderung auf Gruppenebene zu erfüllen und die hierfür erforderlichen Maßnahmen bestimmen zu können, wurden insbesondere in den vergangenen zwei Jahren die Geschäftsaktivitäten mit Blick auf Wirtschaftlichkeit, Eigenkapitalbedarf und strategische Wichtigkeit sehr genau analysiert und bewertet.

Das strengere aufsichtsrechtliche Umfeld wird die aufsichtsrechtliche Gruppe weiterhin beeinflussen. Die Auswirkungen werden regelmäßig durch parallele Hochrechnungen quantifiziert. Die bekannten Effekte (CRR und sonstige) auf die regulatorische Kapitalbindung werden im Rahmen der RWA-Steuerung berücksichtigt und in die Darstellung der Auslastung der RWA-Obergrenzen im monatlichen Top Management Report einbezogen. Die politische und wirtschaftliche Diskussion zur Weiterentwicklung der bankenaufsichtsrechtlichen Anforderungen wird weiterhin eng verfolgt. Zu beachten ist, dass die aufsichtsrechtliche Gruppe künftig direkt der EZB-Aufsicht unterstellt ist. Dementsprechend nimmt die aufsichtsrechtliche Gruppe teil am Comprehensive Assessment der EZB im Jahre 2014 inklusive des Asset Quality Reviews und dem nachfolgenden EU-Stresstest.

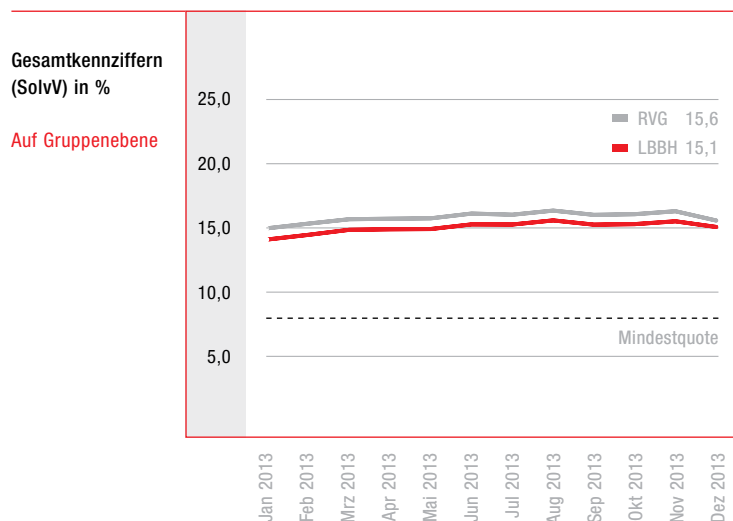
Um die neuen Anforderungen erfüllen zu können, wurden alle sich aus den aufsichtsrechtlichen Änderungen ergebenden Aktivitäten in einem Projekt gebündelt. Für die Kapitalplanung und -ausstattung der RVG-Gruppe ist insbesondere die Behandlung der aufsichtlichen aktivischen Unterschiedsbeträge von Bedeutung. Diese werden ab dem 1. Januar 2014 nicht mehr bei der Bestimmung des harten Kernkapitals berücksichtigt.

Auf Ebene der S-Erwerbs-Gruppe haben die Gesellschafter Maßnahmen umgesetzt, um die aufsichtsrechtliche Anerkennung des Kommanditkapitals unter den Regelungen der CRR sicherzustellen.

Durch einen signifikanten Abbau von risikogewichteten Aktiva, ganz überwiegend im Nicht-Kundengeschäft, konnten seit dem Jahr 2012 mehr als 700 Mio. € Eigenkapital freigesetzt werden. Der Konzern hatte hierzu ein Konzept zum Abbau von Risikoaktiva und zur Reduzierung der Komplexität erstellt und konsequent umgesetzt. Dazu wurde auf Ebene der Geschäftsfelder ein Katalog von zielführenden Maßnahmen erarbeitet, die erforderlich waren, um diese Ziele zu erreichen. Weitere Abbauziele für 2014 wurden in die Mittelfristplanung bis 2018 integriert und werden weiterverfolgt. Damit verbunden ist die Reduzierung von Komplexität. Insbesondere unter diesem Gesichtspunkt ist die beschlossene Schließung der Auslandsstandorte einzuordnen. Die Niederlassung London wurde im September 2013 geschlossen, der Standort Luxemburg wird im zweiten Quartal 2014 aufgegeben.

Generell hat die LBB bewiesen, aus eigener Kraft auch künftige aufsichtsrechtliche Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung erfüllen zu können, ohne dass dabei nennenswerte Auswirkungen auf das Kundengeschäft entstanden sind. Allerdings mindern höhere Anforderungen an die Eigenkapitalausstattung die Ertragskraft. Ein Teil des durch aktiven Abbau freigesetzten Kapitals wurde für zusätzliches Neugeschäft mit unseren strategischen Zielkunden genutzt.

Aspekte der Steuerung der Eigenkapitalbelastung umfassen eine Definition von Zielgrößen für das gebundene Kernkapital pro Geschäftsfeld. Der erhöhten Eigenkapitalbelastung begegnet der Konzern durch eine Berücksichtigung in der Preisgestaltung im Neugeschäft.

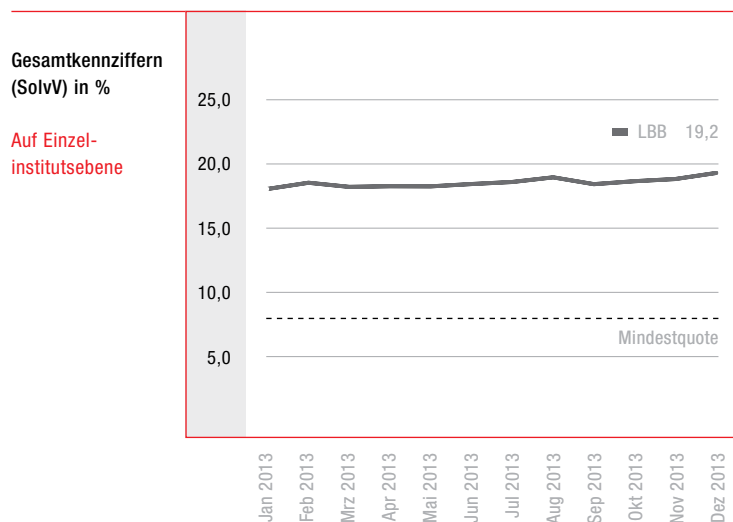


### Aufsichtsrechtliche Kapitaladäquanz (Solvabilitätsverordnung)

Die LBBH-Gruppe gehörte bis zum 31. Dezember 2013 aufsichtsrechtlich zur RVG-Gruppe. Wir weisen nachfolgend die aufsichtsrechtlichen Quoten auf Ebene der Gruppen LBBH (nachrichtlich, da keine aufsichtsrechtliche Gruppe) und RVG sowie des Einzelinstituts LBB aus.

Die dargestellten Angaben der Gesamtkennziffer und der Kernkapitalquote gemäß rechtlicher Vorgabe beziehen sich auf die jeweiligen Stichtagswerte.

Die aufsichtsrechtlichen Quoten sanken im Dezember 2013 stark durch eine deutliche Reduzierung der aufsichtsrechtlichen Eigenmittel.



Die Eigenmittel der RVG-Gruppe wurden im Dezember 2013 durch drei Effekte maßgeblich beeinflusst. Es handelt sich hierbei um die außerordentliche Abschreibung auf den Firmenwert der LBBH AG/LBB AG, den Verkauf der LBB-INVEST sowie die Berücksichtigung eines aufsichtsrechtlichen Korrekturpostens für die Restrukturierung im Zusammenhang mit dem Konzernumbau. Innerhalb des Jahres 2013 waren die planmäßigen Abschreibungen auf den aktivischen Unterschiedsbetrag die maßgeblichen Treiber für die Veränderungen der Eigenmittel der RVG-Gruppe.

In der intern betrachteten LBBH AG-Gruppe führten die außerordentliche Abschreibung auf den Firmenwert der LBB AG sowie die Berücksichtigung der Rückstellung für die Restrukturierung im Zusammenhang mit dem Konzernumbau zu einem deutlichen Rückgang der regulatorischen Eigenmittel.

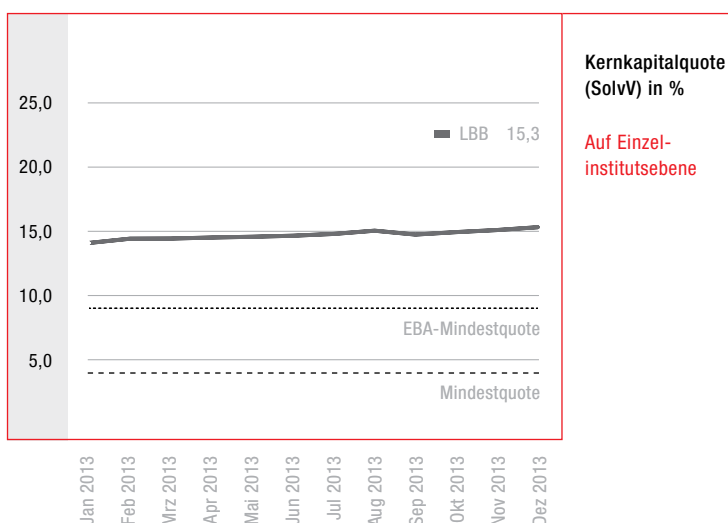
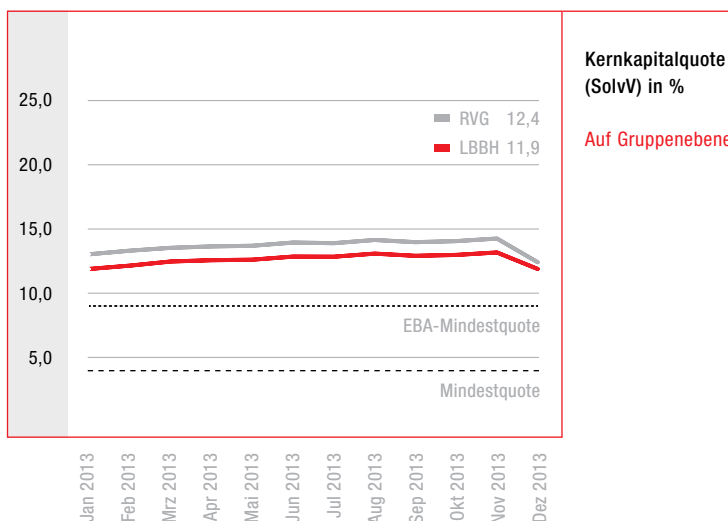
Die Eigenmittel der LBB AG reduzierten sich insbesondere durch die Berücksichtigung der Verlustteilnahme der stillen Einlage von 47 Mio. €.



Die regulatorisch vorgegebenen Mindestquoten von 8 % bei der Gesamtkennziffer und 4 % bei der Kernkapitalquote wurden im Berichtsjahr auf Basis der Definition der CRD III stets eingehalten. Die auf europäischer Ebene für systemrelevante Banken vorgegebene Kernkapitalquote von 9 % wird gemäß der EBA-Definition von 2011 und der CRR per 31. Dezember 2013 überschritten.

Mit dem 1. Januar 2014 gilt aufsichtsrechtlich das neue CRR-Regelwerk, wobei der erste Meldestichtag unter diesem Regelwerk der 31. März 2014 sein wird. Damit treten einige Veränderungen in Kraft, die einerseits zu einem höheren Ausweis der gewichteten Risikoaktiva und andererseits zu einer verminderten aufsichtsrechtlichen Kapitalbasis, zum Beispiel durch den vollständigen Wegfall der aktivi-schen Unterschiedsbeträge, führen. Daraus resultiert insgesamt ein spürbarer Rückgang gegenüber den für das Jahr 2013 nach dem CRD-III-Regelwerk ausgewiesenen Kapitalquoten. Die Gruppe hat Maßnahmen getroffen und umgesetzt, um unter diesem neuen Regelwerk – auch unter Berücksichtigung der negativen Effekte aus dem Jahresabschluss 2013 – die vorgegebenen Kapitalquoten mit ausreichendem Puffer einzuhalten.

Darüber hinaus nimmt die LBB als zukünftig durch die EZB beaufsichtigtes Kreditinstitut am Balance Sheet Assessment beziehungsweise Asset Quality Review der EZB und dem daran anschließenden Stresstest teil. Als Ergebnis des Balance Sheet Assessments werden voraussichtlich zusätzliche Aufschläge auf die Risikoaktiva vorgenommen. Da uns die methodischen Grundlagen dieser Risiko-aufschläge noch nicht bekannt sind, ist eine Einschätzung, ob auch unter Berücksichtigung dieser Risiko-aufschläge die von der EZB in diesem Kontext vorgegebene Mindestquote von 8 % eingehalten wird, aus heutiger Sicht nicht möglich.



Parallel zur Ermittlung der Eigenkapitalanforderungen entsprechend der Solvabilitätsverordnung (SolvV) wurde der Grundsatz I berechnet, um den von der Aufsicht vorgegebenen Floor gemäß § 339 Solvabilitätsverordnung zu erfüllen.

Die Eigenmittelunterlegung nach Grundsatz I wird hierbei multipliziert mit dem aktuellen Floor von 80 % unter Einbeziehung des Wertberichtigungsvergleichs sowie des Expected Loss für Beteiligungen und wird mit den Eigenmittelanforderungen gemäß Solvabilitätsverordnung (SolvV) der aufsichtsrechtlichen Gruppe verglichen. Sofern die Eigenmittelanforderungen gemäß SolvV niedriger ausfallen, sind für die Höhe des Floors Eigenmittel vorzuhalten. Im Berichtsjahr wurde diese Anforderung stets eingehalten.

#### **Gesamtrisikosteuerung**

Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation in den verschiedenen Unternehmen und organisatorischen Einheiten des Konzerns vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Mit dem monatlichen Top Management Report erfolgte das übergreifende Reporting der Bereiche Finanzen sowie Risikocontrolling. Inhalt war neben der Finanzsicht das Risikoreporting gemäß MaRisk. Auf Basis des Top Management Reports, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden, wird in den Sitzungen des Vorstands beziehungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und geprüft, inwieweit Reaktionen notwendig sind.

Eine Prüfung der Risiken, die die Vermögens-, Ertrags- oder die Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können (Risikoinventur), erfolgt in der LBB/Berliner Sparkasse laufend durch unterschiedliche konzernübergreifende Aktivitäten wie dem strategischen Dialog und der Mittelfristplanung sowie der regelmäßigen Überprüfung des internen Konsolidierungskreises. Darüber hinaus findet im Rahmen des regelmäßigen Reportings eine systematische Analyse und Identifizierung von Risiken statt. Im Rahmen des Limitprozesses oder der Abstimmungen mit den Geschäftsfeldern beispielsweise zur Risikostrategie, zur Planung oder zu neuen Aktivitäten wird diskutiert, ob neue Risiken entstehen können.

Als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk definiert der Konzern die Risiken, deren Auswirkungen schwerwiegend genug sind, um den Fortbestand des Konzerns als Ganzes zu gefährden. Hierzu zählen:

- Adressenausfallrisiken (inklusive Länderrisiken),
- Liquiditätsrisiken,
- Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken inklusive Cashflow und Fair Value, Credit-Spread-, Aktienkurs-, Options- und Währungsrisiken),
- Immobilienrisiken und
- Operationelle Risiken.

Das Anteilseignerrisiko wird seit 2013 aufgrund seiner nur noch geringen Bedeutung für den Konzern nicht mehr als wesentliche Risikoart im Sinne der MaRisk geführt. Dies wurde durch die Risikoinventur 2013 bestätigt. Eine monatliche Auswertung des Anteilseignerrisikos fand noch statt ebenso wie der separate Ausweis in der Risikotragfähigkeit. Ab 2014 wird die monatliche Risikoauswertung durch eine interne Ad-hoc-Informationspflicht bei relevanten Buchwertänderungen eingeführt.

Auch im Jahr 2013 wurde das Immobilienrisiko über den MaRisk- und Marktstandard hinaus als eigenständige, wesentliche Risikoart geführt. Aufgrund der strategisch bedingten, starken Reduktion in den letzten Jahren (das aktuelle Risiko beläuft sich nur noch auf 43 Mio. €) wird das Immobilienrisiko ab 2014 nicht mehr als wesentliche Risikoart geführt. Der Wertansatz wird im Rahmen der Risikoinventur einmal jährlich mit den bisherigen Methoden ermittelt. Ergänzt wird dies durch eine interne Ad-hoc-Informationspflicht bei relevanten Buchwertänderungen.

Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit werden die Risikoarten in monetäre und nicht-monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko (Beschaffungs- und Fristenrisiko) wird den nicht-monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein „Zeitpunktproblem“ und kein Vermögensverlustrisiko handelt. Es kann nicht durch die Unterlegung mit Risikokapital abgewendet werden. Das Preisrisiko im Liquiditätsrisiko wird in der Risikotragfähigkeit bei den Restrisiken ausgewiesen.

Für die Risikotragfähigkeitsbetrachtungen werden darüber hinaus beim Erkennen wesentlicher Risiken, das heißt potenzieller, noch nicht berücksichtigter Vermögenswertverluste, diese unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen.

Die Steuerung und Überwachung der Risiken auf Gruppenebene erfolgt über die Einteilung aller Gesellschaften in ein Stufenkonzept. Das Konzept des Internen Konsolidierungskreises (IKK) als Teil des Stufenkonzepts stellt sicher, dass für alle wesentlichen Risiken ein Prozess definiert ist, der

die MaRisk-Anforderungen zum Risikomanagement auf Gruppenebene erfüllt. Zum IKK gehört auch die S-Kreditpartner GmbH (SKP), deren Risiken damit bei den einzelnen Darstellungen der Risikoarten berücksichtigt werden. In den Konzernabschluss wird sie nach der Equity-Methode einbezogen. Für Gesellschaften innerhalb des IKK wird nach dem Transparenzprinzip eine risikoartenbezogene Einzelbetrachtung der Risiken vorgenommen. Alle anderen Gesellschaften außerhalb des IKK, zu denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, werden als Anteilseignerrisiken dargestellt. Das Stufenkonzept wird regelmäßig überprüft. Dadurch wird sichergestellt, dass wirtschaftlich wesentliche Risiken in die Risikosteuerung einbezogen werden.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbaren Risiken (monetäre Risiken), das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zugrunde liegenden Annahmen werden ebenso wie die entsprechenden Limite regelmäßig, mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der Einzelrisiken unter Berücksichtigung von Diversifikationseffekten zwischen den Risikoarten ermittelt. Die Bewertung der Gesamtrisikolage erfolgt dadurch, dass das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtbankrisiko gegenübergestellt wird. Abgerundet wird die Bewertung der Gesamtrisikolage durch die Berücksichtigung der Ergebnisse verschiedener Stresstests, die sowohl die Risiken als auch die Kapitalseite mit einbeziehen.

Um Risikobewertungen besser interpretieren zu können, wird das Gesamtbankrisiko für unterschiedliche Konfidenzniveaus, zum Beispiel 80 % oder 99,95 %, berechnet. Die Ergebnisse werden bestimmten Verlustszenarien (zum Beispiel Verlust in Höhe des geplanten Jahresergebnisses, Unterschreiten der aufsichtsrechtlichen Gesamtkennziffer) gegenübergestellt.

Gemäß § 27 Pfandbriefgesetz muss jede Pfandbriefbank über ein für das Pfandbriefgeschäft geeignetes Risikomanagementsystem verfügen. Grundsätzlich ist das Risikomanagement der Deckungsstöcke in das Gesamtbank-Risikomanagementsystem des Konzerns für Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie für operationelle und sonstige Risiken eingebunden. Darüber hinaus bestehen Limite, welche der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben dienen. Die Einhaltung dieser Limite für das Risikomanagement der Deckungsstöcke wird täglich überwacht und monatlich im Rahmen des Top Management Reports dem Vorstand dargestellt. In der Berlin Hyp wird quartalsweise ein gesonderter Bericht über die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen sowie der internen Limite erstellt und dem Vorstand der Berlin Hyp vorgestellt.

#### **Gesamtbild der Risikolage und interne Kapitaladäquanz**

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des konzernübergreifenden Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und den Konzern jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen.

Die Risikotragfähigkeit des Konzerns war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach den internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben. Das Gesamtrisiko betrug per Jahresende 1.744 Mio. € (Vorjahresstichtag: 1.243 Mio. €). Die Risikodeckungsmasse betrug 3.122 Mio. € (31. Dezember 2012: 3.482 Mio. €), die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der intern betrachteten LBBH-Gruppe beliefen sich auf 3.845 Mio. € (Vorjahresstichtag: 4.200 Mio. €). Die Gesamtkennziffer der LBBH betrug per 31. Dezember 2013 15,00 %, die Kernkapitalquote der LBBH 11,83 %. Die bilanzielle Risikovorsorge für den IFRS-Konzern betrug 686 Mio. €.

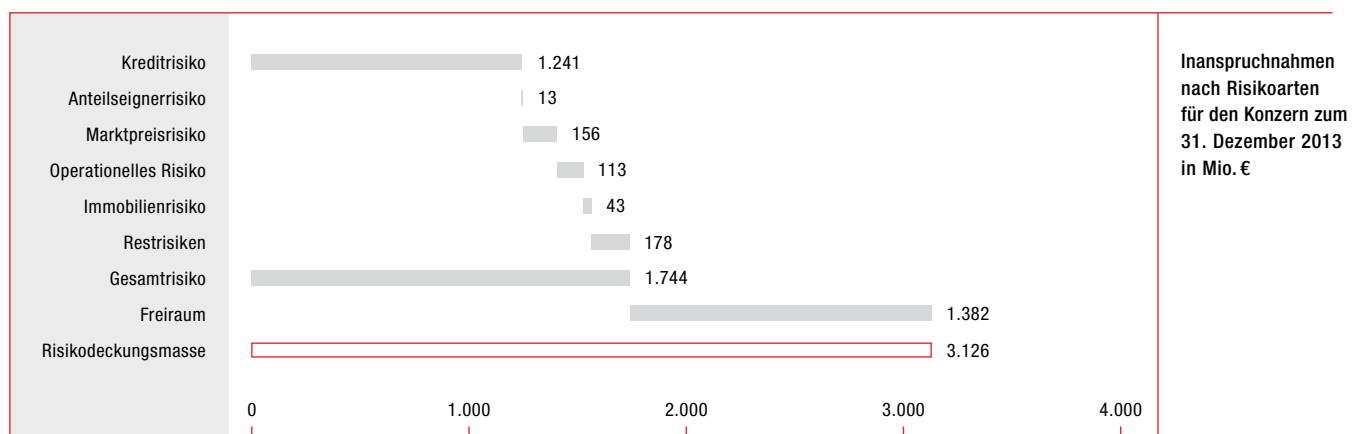
Die Entwicklung der Risiken und der Risikodeckungsmasse wird im Rahmen der Mittelfristplanung und darüber hinaus in den weiteren Prozessen wie zum Beispiel bei der Planung von Kapitalmaßnahmen berücksichtigt. Die Planung erfolgt unter Berücksichtigung der absehbaren Risiko- und Kapitaleffekte sowohl auf Ebene der strategischen Geschäftsfelder als auch auf Konzernebene mit dem Ziel, die Risikotragfähigkeit (RTF) im Planungszeitraum sicherzustellen.

Die nachfolgenden quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes, das heißt, die Risikolage des Konzerns wird auf Basis der Daten dargestellt, nach denen die interne Risikosteuerung und Berichterstattung, gegliedert nach Risikoarten, an den Vorstand und die Gremien erfolgten. Die interne Risikosicht weicht teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Wesentliche Ursachen für die Unterschiede zwischen interner Steuerung und externer Rechnungslegung liegen in abweichenden Konsolidierungskreisen und der Definition des Kreditvolumens als „Exposure“ (Inanspruchnahme beziehungsweise Marktwerte plus offene externe Zusagen).

Die interne Risikodeckungsmasse (RDM) des Konzerns wird auf Basis des Eigenkapitals nach IFRS zuzüglich eines angemessenen Teils des Nachrangkapitals definiert. Im Januar 2013 wurde die Methode zur Ermittlung der Risikodeckungsmasse unter Berücksichtigung der Anforderungen zum ICAAP (Internal Capital Adequacy Assessment Process) in Form von Prudential Filters erweitert. Es wird nunmehr der Vollabzug des Goodwills (im Wesentlichen der Firmenwert der LBB) berücksichtigt, die Berücksichtigung der stillen Lasten beziehungsweise Reserven wurde angepasst.

Insgesamt beeinflussten die genannten methodischen Änderungen den Freiraum der Risikotragfähigkeit in Höhe von –1.145 Mio. €. In den letzten zwölf Monaten sank die Risikodeckungsmasse von 3.482 Mio. € per 31. Dezember 2012 auf 3.126 Mio. € per 31. Dezember 2013.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum stellten sich zum 31. Dezember 2013 im Konzern wie folgt dar. Wesentliche Veränderungen der Risiken werden in den Abschnitten zu den einzelnen Risikoarten erläutert.



Im Berichtsjahr erfolgten neben methodischen Anpassungen bei der RDM auch Anpassungen bei der Risikoermittlung, die auf die Maßnahmen zur Behebung von Prüfungsfeststellungen zurückzuführen sind. Dies betrifft das Kredit- und das Restrisiko und in Konsequenz das Gesamtrisiko. So ist das Restrisiko gegenüber 2012 erheblich gestiegen und erreichte mit 309 Mio. € im Mai 2013 seinen Höchstwert. Ursächlich dafür war die erweiterte Berücksichtigung von Modellrisiken aufgrund erkannter Modellschwächen. Im Laufe des Jahres wurde das Modell für die Bestimmung der Adressenausfallrisiken

erweitert und der Anrechnungswert im Modellrisiko konnte auf 170 Mio. € gesenkt werden. Im Restrisiko befinden sich neben dem Modellrisiko noch kleine Risikopositionen aus Gesellschaften, die nicht über die standardisierten Schnittstellen in die Risikowerte nach Risikoart eingepflegt werden.

Die Aggregation der einzelnen Risikoarten zu einem Gesamtrisiko erfolgte seit Juli 2013 im reinen Additionsverfahren. Diversifikationseffekte werden nicht mehr berücksichtigt.

In Kombination der Verringerung der Risikodeckungsmasse mit dem höheren Gesamtrisiko hat sich der Freiraum erheblich verringert. Die Reduktion des Freiraums wurde bei der Überprüfung und Festsetzung der Limite berücksichtigt. Die Risikotragfähigkeit war sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahme und bei theoretischer Vollauslastung des Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.

Im Dezember 2013 wurden weitere Anpassungen am Risikotragfähigkeitskonzept beschlossen, die sich auf die Höhe der Risikodeckungsmasse auswirkten. Im Wesentlichen ist dabei die Einführung eines veränderten Risikopuffers zu nennen. Die Anpassungen gelten ab 1. Januar 2014. Ab diesem Zeitpunkt gelten auf Konzernebene auch die neuen Limite. Das Gesamtrisikolimit erhöhte sich ebenfalls ab dem 1. Januar 2014 auf 2.839 Mio. € (2.134 Mio. € per Januar 2013). In der Erhöhung der Limite wurden unter anderem anstehende aufsichtsrechtliche Anforderungen an das Marktpreisrisiko berücksichtigt.

Eine Übersicht der einzelnen Segmente und ihrer Risiken ist folgender Tabelle zu entnehmen:

	Adressenausfall- risiko (inklusive Anteilseigner)	Liquiditäts- risiko	Marktpreis- risiko	Immobilien- risiko	Operationelles Risiko	Sonstige Risiken
<b>Segment</b>						
Private Kunden	✓		✓	✓	✓	✓
Firmenkunden	✓			✓	✓	✓
Immobilienfinanzierung	✓		✓	✓	✓	✓
Kapitalmarktgeschäft	✓		✓	✓	✓	✓
Refinanzierung und Zinsmanagement	✓		✓	✓	✓	✓
Sonstige	✓		✓	✓	✓	✓
<b>Konzern</b>	✓	✓	✓	✓	✓	✓
Corporate Center	✓			✓	✓	✓
Marktfolge	✓				✓	✓

Die Stresstests des Konzerns werden auf Basis von fünf Szenarien nach einheitlichem Verfahren durchgeführt. Dabei werden die Auswirkungen auf die wesentlichen Ertrags- und Risikokennzahlen und damit auf das bilanzielle, das ökonomische und das regulatorische Kapital und die aufsichtsrechtlichen Kapitalquoten ermittelt. Die regulatorische Risikotragfähigkeit war dabei im Jahr 2013 jederzeit gegeben. Bei der ökonomischen Risikotragfähigkeit war – bedingt durch den erheblich verringerten Freiraum im Normalfall – in den Stresstestszenarien Rezession und Aktiencrash der Freiraum bezüglich

der Risikotragfähigkeit seit dem Monat Juli 2013 aufgebraucht. In den anderen Szenarien war die ökonomische Risikotragfähigkeit jederzeit gegeben. Im Rahmen einer Stresstestreflexion hat der Vorstand erörtert, welche Maßnahmen zur Existenzsicherung ergriffen werden können, wenn eines der entsprechenden Szenarien eintritt.

Die Stresstestergebnisse des Szenarios mit der stärksten negativen Wirkung zum Jahresende auf Basis der Zahlen per November 2013 stellten sich wie folgt dar:

November 2013	Freiraum RTF in Mio. €	Kernkapitalquote SolvV %-Punkte	Gesamtkennziffer SolvV %-Punkte
Normal	1.153	13,1	15,5
<b>Veränderungen Stresstest</b> Stressszenario Rezession	-1.406	-1,8	-3,0

RTF: Risikotragfähigkeit; SolvV: Solvabilitätsverordnung

Im dargestellten Szenario „Rezession“ treten die größten Auswirkungen auf. Die Parametrisierung dieses Szenarios bildet eine schwere weltweite wirtschaftliche Krise ab. Die Effekte lassen sich im Wesentlichen aus den Veränderungen im Kreditrisiko erklären.

Die ermittelte theoretische Erhöhung der Kreditrisikovorsorge und des Kreditrisikos bewirkt die Veränderung des Freiraums der Risikotragfähigkeit in Höhe von circa –858 Mio. € der hier ausgewiesenen –1.406 Mio. €. Der Anteil des Kreditrisikos zur ausgewiesenen Verringerung der Gesamtkennziffer um 3,0 %-Punkte beträgt 2,3 %-Punkte.

Darüber hinaus ist ein Prozess zur Identifikation, Steuerung und zum Reporting von Risikokonzentrationen etabliert.

Eine weitere Form von Gesamtbank-Stresstests sind sogenannte „inverse Stresstests“. Bei diesen ist zu untersuchen, welche Ereignisse die Tragfähigkeit des Geschäftsmodells gefährden können. Hierzu zählt ein aufgebrauchter RTF-Freiraum oder eine Gesamtkennziffer von 8 %.

Ein separater „inverser Stresstest“ war aufgrund des bereits aufgebrauchten Freiraums in der Risikotragfähigkeit bei den oben benannten Szenarien nicht notwendig. Somit erübrigte sich eine spezielle Konstruktion eines die Existenz des Konzerns gefährdenden Szenarios.

### Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts oder entgangenen Gewinns aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies beinhaltet, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Weiterhin ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Wird statt eines Buchkredits ein Wertpapier gehalten, spricht man von einem Emittentenrisiko. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche und zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Kontrahentenrisiko (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäfts bei Ausfall eines Geschäftspartners), das Settlementrisiko (Risiko, dass bei der Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderrisiko (Transferrisiko).

Ziel eines jeden Geschäfts ist es, einen Beitrag zum wirtschaftlichen Erfolg und damit zu einer kontinuierlichen Wertsteigerung des Konzerns zu leisten. Geschäfte sind nur innerhalb bestehender Limite für die mit dem Engagement verbundenen Adressenausfallrisiken zulässig. Für die Einräumung von Handelslimiten gelten zum Teil besondere Prozesse, so zum Beispiel für Broker/Dealer und für Emittentenrisiken aus Aktien und Aktien-Derivaten im Handelsbuch. Risikokonzentrationen hinsichtlich Einzeladressen („Klumpen“), Regionen und Branchen sind nach Möglichkeit gering zu halten.

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken im Konzern basiert auf einer risikoadäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten- und Emittentenrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ (CCE)

quantifiziert. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung basierte im Wesentlichen auf dieser Größe.

Im Folgenden werden entsprechend IFRS 7.34(a) die intern genutzten Darstellungen auf Basis des CCE dargestellt.

Das gesamte CCE des Konzerns betrug zum 31. Dezember 2013 rund 86 Mrd. € (Vorjahresstichtag: rund 94 Mrd. €). Dabei entfielen wie im Vorjahr etwa 40 Mrd. € auf Kreditrisiken aus kommerziellem Kreditgeschäft (inklusive Geschäften, die durch die Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft abgesichert sind), die auf Grundlage von Restbuchwerten quantifiziert werden.

Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der Finanzinstrumente und sind in Höhe von rund 12 Mrd. € im CCE enthalten. In Abhängigkeit von der Aggregationsstufe können sich Nettingbeziehungsweise Aufrechnungseffekte in unterschiedlicher Höhe auswirken. Daraus resultieren die unterschiedlichen Gesamtsalden in den nachfolgenden Tabellen zum CCE. So summieren sich die Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken zum Beispiel aufgegliedert nach Geschäftsfeldern auf 46.593 Mio. €, aufgegliedert nach Branchen beträgt die Summe jedoch 46.062 Mio. €.

Neben dem CCE wird im Folgenden auch das Credit Exposure betrachtet. Dieses beinhaltet zusätzlich nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite. Bei diesen Limiten handelt es sich sowohl um widerrufliche als auch unwiderrufliche Zusagen. Das interne Reporting der Kreditrisiken an die Geschäftsleitung wurde zum Jahresende umgestellt und legt nun neben den Angaben zum CCE für die Darstellungen der Geschäftsfelder den Schwerpunkt auf das Credit Exposure.



Entsprechend der oben genannten Zusammensetzung des Credit Exposure sowie des CCE ergab

sich für den Konzern zum 31. Dezember 2013 folgende Aufteilung:

#### ADRESSENAUSFALLRISIKEN DES KONZERNES LBBH

in Mio. €	Credit Exposure		Current Credit Exposure		Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Konzern LBBH	96.130	104.751	85.665	94.081	39.679	40.294	45.986	53.788

Die Aufteilung nach Geschäftsfeldern zeigt, dass der überwiegende Teil des CCE unverändert auf die Geschäftsfelder Immobilienfinanzierung und Kapitalmarktgeschäft entfiel. Die Verminderung der Adressenausfallrisiken steht im Zusammenhang mit der im Jahr 2012 eingeleiteten Reduzierung von Risikopositionen im Nicht-Kundengeschäft der Geschäftsfelder Kapitalmarktgeschäft und Immobilienfinanzierung

zum Beispiel durch auslaufende Fälligkeiten sowie planmäßige Tilgungen. Das anfangs durch die eingeleiteten Maßnahmen zum Abbau der risikogewichteten Aktiva stark verringerte Neugeschäft in der Immobilienfinanzierung konnte erst in der zweiten Jahreshälfte wieder deutlich an Dynamik gewinnen. In der Konsequenz hat sich der Kreditbestand in der Immobilienfinanzierung rückläufig entwickelt.

#### CCE-DARSTELLUNG NACH GESCHÄFTSFELDERN

in Mio. €	Credit Exposure		Current Credit Exposure		Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Private Kunden	15.047	14.340	8.185	7.733	7.455	6.963	729	769
Firmenkunden	5.909	5.812	4.788	4.890	4.788	4.890	0	0
Immobilienfinanzierung	41.608	45.198	39.598	42.485	25.322	26.336	14.276	16.150
davon Hypothekendarlehen	27.245	28.820	25.273	26.213	25.273	26.213	0	0
Kapitalmarktgeschäft	28.549	33.059	28.077	32.632	2.114	2.105	25.963	30.528
Sonstige	5.625	7.190	5.625	7.189	0	0	5.625	7.189
<b>Summe Geschäftsfelder<sup>1)</sup></b>	<b>96.738</b>	<b>105.599</b>	<b>86.273</b>	<b>94.929</b>	<b>39.679</b>	<b>40.294</b>	<b>46.593</b>	<b>54.636</b>

<sup>1)</sup> Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Netting-Kreise begründet.

Der Konzern geht vornehmlich Kreditrisiken in der Bundesrepublik Deutschland sowie zu einem geringeren Teil auch im europäischen Ausland ein. Im Rahmen der gewerblichen Immobilienfinanzierung betreut der Konzern Kunden mit Beleihungsobjekten

im Inland und in ausgewählten Auslandsmärkten. Das Kapitalmarktgeschäft führt zu Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken sowohl im In- als auch im Ausland.

## CCE-DARSTELLUNG NACH REGIONEN

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2013 in Mio. €	2012 in Mio. €	2013 in %	2012 in %	2013 in Mio. €	2012 in Mio. €	2013 in %	2012 in %
Deutschland	32.473	33.061	82	82	24.315	29.181	53	54
Berlin	12.124	12.957	31	32	4.537	4.543	10	8
Alte Bundesländer	16.374	15.840	41	39	18.126	22.143	39	42
Neue Bundesländer	3.975	4.264	10	11	1.652	2.495	4	4
Ausland	7.206	7.231	18	18	21.747	24.722	47	46
EU	5.343	5.465	13	14	15.529	19.195	34	36
Rest Ausland	1.863	1.766	5	4	6.218	5.527	13	10
Sonstige Inländer	0	2	0	0	0	0	0	0
<b>Summe CCE Regionen<sup>1)</sup></b>	<b>39.679</b>	<b>40.294</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>46.062</b>	<b>53.903</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

<sup>1)</sup> Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Netting-Kreise begründet.

Die Branchenaufteilung zeigt ein analoges Bild:  
Das Portfolio der Kreditrisiken wird stark durch Immobilienfinanzierungen und das Privat- und Firmenkundengeschäft bestimmt. Emittenten- und

Kontrahentenrisiken werden insbesondere durch Geschäfte mit Kreditinstituten und Gebietskörperschaften eingegangen.

## CCE-DARSTELLUNG NACH BRANCHEN

	Kreditrisiken				Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken			
	2013 in Mio. €	2012 in Mio. €	2013 in %	2012 in %	2013 in Mio. €	2012 in Mio. €	2013 in %	2012 in %
Immobilienfinanzierung	23.224	23.779	59	59	479	734	1	1
Kreditgewerbe	3.794	4.054	9	10	29.398	33.783	64	63
Privatpersonen	6.696	6.307	17	16	0	1	0	0
Handel & Gewerbe	1.432	1.458	4	3	74	352	0	1
Dienstleistungen	2.346	2.311	5	6	149	228	0	0
Gesundheit & Soziales	243	276	1	1	1	2	0	0
Gebietskörperschaften	246	206	1	0	15.663	18.497	34	35
Beteiligungsgesellschaften	1.230	1.391	3	4	233	237	1	0
Versicherungen	22	23	0	0	3	4	0	0
Chemische Industrie	36	38	0	0	12	31	0	0
Sonstige	410	451	1	1	50	34	0	0
<b>Summe CCE Branchen<sup>1)</sup></b>	<b>39.679</b>	<b>40.294</b>	<b>100</b>	<b>100</b>	<b>46.062</b>	<b>53.903</b>	<b>100</b>	<b>100</b>

<sup>1)</sup> Abweichungen zu den Konzernzahlen der Tabelle Adressenausfallrisiken des Konzerns LBBH sind durch unterschiedliche Aufrechnungs- und Netting-Kreise begründet.

## Kreditqualität

In der folgenden Tabelle wird die Kreditqualität der finanziellen Vermögenswerte, die weder überfällig

noch wertgemindert sind, anhand ihrer Risikoklasse dargestellt.

Risikoklassen in Mio. €	Kreditrisiken		Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	2013	2012	2013	2012
1 bis 3	24.455	23.830	44.335	51.911
4 bis 7	6.640	7.656	1.285	1.451
8 bis 12	4.853	5.076	350	339
13 bis 15	491	528	2	12
keine Risikoklasse verfügbar	148	420	7	2
<b>CCE Konzern LBBH – weder überfällig noch wertgemindert</b>	<b>36.587</b>	<b>37.510</b>	<b>45.979</b>	<b>53.715</b>
<i>Anteil am Gesamt-CCE Konzern LBBH</i>	<i>92,2 %</i>	<i>93,1 %</i>	<i>100,0 %</i>	<i>99,9 %</i>
<b>Konzern LBBH</b>	<b>39.679</b>	<b>40.294</b>	<b>45.986</b>	<b>53.788</b>

## EXPOSURE IN SCHULDINSTRUMENTEN IN AUSGEWÄHLTEN STAATEN ZUM 31. DEZEMBER 2013

in Mio. €	Nominalwert	Buchwert <sup>1)</sup>	Stille Effekte <sup>2)</sup>
<b>Irland (Republik)</b>	<b>187</b>	<b>164</b>	<b>0</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	187	164	0
Staat	0	0	0
<b>Italien</b>	<b>1.134</b>	<b>1.149</b>	<b>7</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	824	833	-9
Staat	310	316	16
<b>Portugal</b>	<b>161</b>	<b>160</b>	<b>-6</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	161	160	-6
Staat	0	0	0
<b>Spanien</b>	<b>725</b>	<b>757</b>	<b>2</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	383	401	-4
Staat	342	356	6
<b>Ungarn</b>	<b>173</b>	<b>190</b>	<b>0</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	0	0	0
Staat	173	190	0
<b>Summe</b>	<b>2.380</b>	<b>2.420</b>	<b>3</b>
Nichtstaatliche Kreditnehmer	1.555	1.558	-19
Staat	825	862	22

Das Exposure in Schuldinstrumenten, bezogen auf Nominal- und Buchwert, setzt sich aus direktem und indirektem Exposure in Anleihen, Schuldscheindarlehen, Asset Backed Securities und Credit Default Swaps zusammen. Ein indirektes Exposure liegt vor, sofern ein Unternehmen originär nicht in den ausgewählten Staaten ansässig ist, jedoch ein enger Zusammenhang über Konzern- beziehungsweise Garantiebeziehungen besteht.

<sup>1)</sup> Die Buchwerte berücksichtigen bereits die Anrechnung von Sicherungsgeber- beziehungsweise Sicherungsnehmerpositionen aus CDS-Geschäften.

<sup>2)</sup> Die hier aufgeführten stillen Effekte resultieren aus der Differenz von Markt- und Buchwerten der als Loans and Receivables (LaR) kategorisierten Bestände sowie aus den in der Neubewertungsrücklage ausgewiesenen Wertänderungen der Available for Sale (AFS) kategorisierten Bestände. In den Einzelinstituten des Konzerns existieren davon abweichende stille Effekte nach jeweiliger nationaler Rechnungslegung (in Deutschland nach HGB und in Luxemburg nach Luxembourg GAAP).

Die vorangegangene Tabelle zeigt das Engagement des Konzerns in solchen Ländern, deren Staatsverschuldung nach wie vor im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit steht. Im Jahr 2013 baute der Konzern das Engagement in diesen Staaten systematisch durch Rückzahlungen oder Verkauf ab, so dass sich der Nominalwert von 3,1 Mrd. € auf 2,4 Mrd. € verringerte.

Nachstehend ist das oben abgebildete Exposure (Nominalwerte) in ausgewählten Staaten nach IFRS-Bewertungskategorien per 31. Dezember 2013 aufgliedert:

#### BEWERTUNGSKATEGORIEN AUSGEWÄHLTER STAATEN

in Mio. €	31.12.2013
<b>Held for Trading / Fair Value-Option</b> (erfolgswirksame Bewertung)	344
<b>Available for Sale (AFS)</b> (erfolgsneutrale Bewertung im Eigenkapital)	749
<b>Loans and Receivables (LaR)</b> (fortgeführte Anschaffungskosten)	1.287
<b>Summe</b>	<b>2.380</b>

Die noch verbliebenen Staatsanleihen der im Fokus der Staatsschuldenkrise stehenden Länder mit einem Buchwert von 862 Mio. € (inklusive Berücksichtigung von abgegrenzten Zinsen, Abschreibungen sowie von Sicherungsbeziehungen) sind größtenteils den Kategorien LaR und AfS zugeordnet und werden überwiegend bis 31. Dezember 2016 fällig (67 %); die letzte Endfälligkeit ist im Juni 2018.

Das Engagement in Schuldinstrumenten spanischer Finanzinstitute beträgt 383 Mio. € (Nominalwerte). Die Nominalbeträge für Credit Default Swaps auf spanische Finanzinstitute in der Position des Sicherungsgebers beziehungsweise Sicherungsnehmers sind hierbei berücksichtigt. Aufgrund von Rückzahlungen und Verkäufen reduzierte sich der Nominalbestand im Jahr 2013 um rund 0,3 Mrd. €.

Für die Risiken in den Ländern Portugal, Italien, Spanien und Ungarn besteht aktuell eine Portfoliowertberichtigung in Höhe von 14 Mio. €. In Griechenland besteht noch ein geringes Exposure in Höhe von 0,2 Mio. €.

Die im Rahmen der Wertberichtigungen notwendigen Schätzungen und Beurteilungen erfolgen im Einklang mit dem jeweiligen Standard, werden fortlaufend neu überprüft und basieren auf historischen Erfahrungen und weiteren Faktoren, einschließlich Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Ereignisse, die unter den gegebenen Umständen vernünftig erscheinen.

#### Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden im Konzern verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Im Rahmen ihrer jeweiligen Risikostrategie formulieren die Geschäftsfelder ihre Sicherheitsstrategie.

Entsprechend den unterschiedlichen Arten des Adressenausfallrisikos (Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiko) werden verschiedene Risikominderungstechniken angewendet. Bei den Kreditrisiken bildeten Sach- und Personensicherheiten im Gesamtwert von circa 30 Mrd. € das wesentliche Element.

Bei Emittentenrisiken erfolgt eine Risikominderung durch Aufrechnung von Long- und Short-Positionen. Zusätzlich werden Garantiebeziehungen berücksichtigt. Darüber hinaus kann eine Besicherung durch Kreditderivate vorgenommen werden, die in Höhe von etwa 0,7 Mrd. € hereingenommen wurden.

In der internen Überwachung des Adressenausfallrisikos erfolgt grundsätzlich die Berücksichtigung der Risikominderung durch Kreditderivate, während in der aufsichtsrechtlichen Darstellung gemäß Genehmigung durch die BaFin im Jahr 2012 eine Anrechnung im Anlagebuch in Abhängigkeit von festgelegten Kriterien erfolgt.

Für Kontrahentenrisiken aus Derivaten, Wertpapierleihen und Repogeschäften können aufgrund abgeschlossener Netting-Vereinbarungen (ausschließlich Close-Out-Netting) gegenläufige Risikopositionen verrechnet werden. Dieses Verfahren ermöglicht es, im Falle einer Kreditverschlechterung des Kontrahenten bis hin zu einer Insolvenz, Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufzurechnen. Kontrahentenrisiken des Handels wurden durch Vereinbarungen zum Close-Out-Netting um rund 9 Mrd. € reduziert. Zusätzlich erfolgt eine Risikominderung durch den Abschluss von Collateral-Vereinbarungen. Collaterals wurden mit einem Volumen von rund 1 Mrd. € hereingenommen. Es erfolgt produktspezifisch keine Ermittlung von Add-Ons in der internen Überwachung, sobald eine Collateral-Vereinbarung existiert, während in der aufsichtsrechtlichen Betrachtung Add-Ons grundsätzlich berücksichtigt werden. Entsprechend der Umsetzung der gesetzlichen Anforderungen zur Clearingpflicht von bilateral abgeschlossenen Derivaten hat der Konzern 2013 begonnen, Teile des Portfolios auf zentrale Kontrahenten zu übertragen. Aufgrund der Sicherungsmechanismen bei zentralen Kontrahenten ergeben sich daraus zusätzliche Risikominderungseffekte.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement bei Kreditrisiken liegt in der Marktfolge. Diese ist für den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung der Sicherheiten sowie für die Verwaltung der Kreditrisikominderungstechniken zuständig. Dazu werden die Sicherheiten in einem zentralen IT-gestützten Sicherheitensystem erfasst und verwaltet.

Bei der Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen differenziert der Konzern zwischen der Überwachung auf Basis von Marktschwankungen sowie der turnus- und anlassbezogenen Überprüfung.

Bei der Überwachung auf Basis von beobachteten Marktschwankungen nutzt der Konzern das jährlich aktualisierte Marktschwankungskonzept von „Die Deutsche Kreditwirtschaft (DK)“. Dieses wird für inländische Gewerbe- und Wohnimmobilien erstellt. Übersteigen die Marktschwankungen festgelegte Schwankungsbreiten, erfolgt eine Überprüfung der Bewertung der betroffenen Immobilienarten und Regionen. Im Jahr 2013 bestand entsprechend den Unterlagen des Konzerns hieraus kein Handlungsbedarf.

Der Konzern hat in seinem Regelwerk Kriterien zur turnus- und anlassbezogenen Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen definiert. Die ordnungsgemäße Durchführung wird jährlich durch den Bereich Wertermittlung der Berlin Hyp im Rahmen einer Stichprobe kontrolliert.

#### **Kreditrisikomessverfahren**

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Diese Rating- und Scoringverfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten ausgerichtet und führen zu einer Einstufung auf einer einheitlichen Ratingmasterskala mit den Klassen 1 bis 18, wobei innerhalb einzelner Klassen eine weitere Differenzierung erfolgt. Diese Masterskala wird in allen Geschäftsfeldern angewendet und ermöglicht den Vergleich der Kreditnehmerbonitäten über die Segmente hinweg.

Der Konzern verwendet kundengruppenspezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die er in Projekten mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt hat. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig durch das Kreditrisikocolling überprüft und optimiert. Das Kreditrisikocolling nimmt die Aufgaben der Adressrisikouberwachungseinheit nach § 152 der SolV wahr.

Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherungsgrad eines Engagements werden für die interne Steuerung zu einer Risikoklasse verdichtet. Für diese wird ebenfalls die Masterskala verwendet. Die Risikoklasse ist maßgebliches Kriterium der Kreditvergaberichtlinien und für die Intensität der Kreditüberwachung. Sie bestimmt die Kreditkompetenz.

Entsprechend der Risikoklasse lässt sich das Portfolio unterteilen in:

- Good Loans (Risikoklasse 1 bis 12),
- Subperforming Loans (Risikoklasse 13 bis 15),
- Nonperforming Loans (Risikoklasse 16 bis 18).

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolios mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifischen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem sogenannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis des Konfidenzniveaus von 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die wesentlichen Konzern-, Instituts- und Geschäftsfeldportfolios ermittelt. Im Jahr 2013 wurden Modellanpassungen bezüglich der Bestimmung des CreditVaR vorgenommen. Dies betraf unter anderem die Berücksichtigung von Beständen aus ausgefallenen Engagements und die Einführung der sogenannten „Risikolast“. Hierunter wird das gesamte CreditVaR zum Konfidenzniveau von 99,9 % abzüglich der bereits in der Bilanz als wertmindernd angebrachten Kreditrisikovorsorge aus nicht ausgefallenen Positionen verstanden. Die Risikolast betrug 1.241 Mio. € per 31. Dezember 2013.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposure, der Ratingklasse, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen. Die größten Risikokonzentrationen werden monatlich im Top Management Report (TMR) dargestellt.

Das Kreditportfoliomodell berücksichtigt Wertänderungen kapitalmarktnaher Finanzinstrumente (Bonds, CDS, Wandelanleihen) aufgrund von Ratingmigrationen.

### Reporting

Die Adressenausfallrisiken werden monatlich im Rahmen des Top Management Reports berichtet. Ein ausführlicher Kreditrisikoreport wird quartalsweise erstellt. Um Risikokonzentrationen zeitnah erkennen zu können, wird ein monatlicher Klumpenreport generiert. Dieser Bericht wird dem Vorstand im Rahmen des Top Management Reports zur Kenntnis gegeben. Darüber hinaus wird eine Auswahl der größten Risikokonzentrationen quartalsweise im Kreditrisikoreport dargestellt.

Neben der monatlichen und quartalsweisen Berichterstattung wird der Vorstand gemäß MaRisk täglich über gegebenenfalls eingetretene Limitüberschreitungen unterrichtet.

### **Kreditüberwachung**

Der Konzern überwacht das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren, um Kreditrisiken früh zu erkennen und aktiv zu managen. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Bei Rating-Verschlechterungen wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, setzt der Konzern Frühwarnsysteme ein. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Überwachungslisten erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Der Konzern aktualisiert und verfeinert die Qualität seiner Kreditüberwachung permanent, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse werden von der internen Revision regelmäßig überprüft. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

### **Risikobeschränkung**

Adressenausfallrisiken werden sowohl auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer als auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert.

### **Einzelkreditnehmerlimite**

Die Adressenausfallrisiken werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer für die Parameter Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und einem täglichen MaRisk-Prozess unterworfen.

Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend maschinell unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Höhe des Engagements und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgt dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

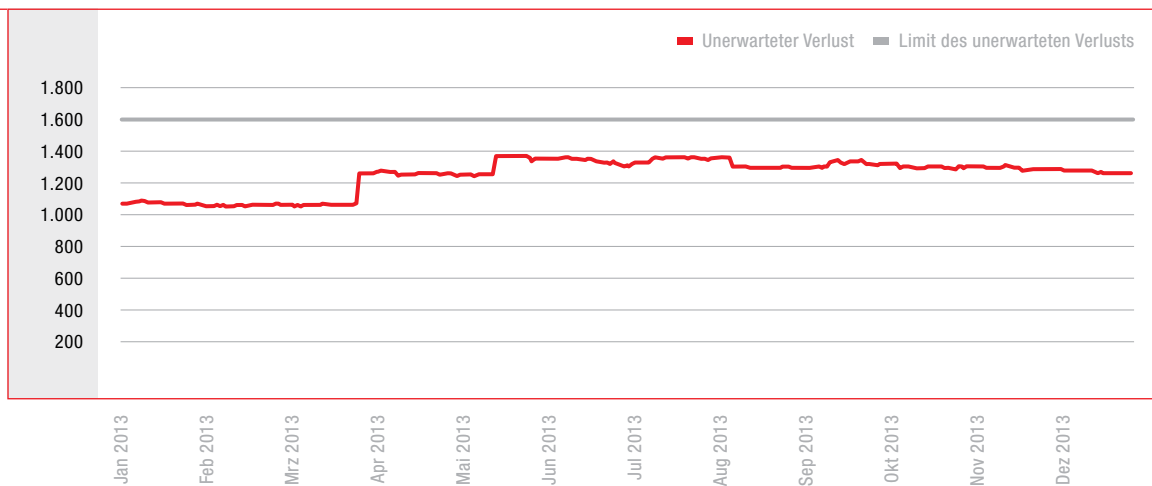
### **Portfoliosteuerung**

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden täglich durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für die Risikolast (bis März 2013 Limite für den unerwarteten Verlust) zum Konfidenzniveau von 99,9% der Portfolien der Geschäftsfelder wie auch der Konzernbanken und des gesamten Konzerns.

Der unerwartete Verlust ging bis Februar 2013 in die Risikotragfähigkeit ein, seit März 2013 wird dafür die Risikolast verwendet.

Im Folgenden sind für den Konzern bis Mitte Mai 2013 der unerwartete Verlust (99,9%) sowie ab 15. Mai 2013 die Risikolast und deren Limitierung im Jahresverlauf 2013 dargestellt. Im Rahmen der Validierung wurden zum Ultimo März 2013 neue Parameter (Quotenanpassungen) eingesetzt, so dass sich der Unexpected Loss sichtbar erhöhte. Bis zur Automatisierung im Mai wurde die Risikolast im Rahmen der Limitüberwachung manuell berechnet.

Credit-Value-at-Risk-Kennzahlen Konzern in Mio. €



Zusätzlich werden Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite beschränkt. Die jeweiligen Limithöhen werden dabei vom Vorstand unter Berücksichtigung des Risikogehalts der jeweiligen Volkswirtschaft sowie der Entwicklung des individuellen Kreditportfolios beschlossen. Mit Ausnahme

einiger Länder mit einem Länderrating von 1 (AAAA) existieren für alle Länder Länderlimite, die die Geschäftsausweitung begrenzen.

Das Länderrisiko wird als Summe der Länderexposure und Reservierungen (netto) ausgewiesen.

## Auslandsvolumen

in Mio. €	Exposure	
	2013	2012
<b>Ohne Limitierung des Auslandsvolumens</b>	<b>6.348</b>	<b>6.742</b>
Euro-Zone	4.006	4.103
Rest EU	1.176	1.248
Europa	1.166	1.391
Nordamerika	0	0
<b>Limitiertes Auslandsvolumen mit</b>	<b>18.261</b>	<b>22.492</b>
geringem Transferrisiko	18.078	21.856
mittlerem Transferrisiko	147	590
erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating	36	46
<b>Konzern LBBH</b>	<b>24.609</b>	<b>29.234</b>



Organisationen mit höchster Bonität wie zum Beispiel die Europäische Investitionsbank werden nicht limitiert, können jedoch aufgrund ihres Aktivitätsspektrums in der Tabelle nicht direkt einer Region, zum Beispiel Europa, zugeordnet werden und sind im Exposure von 25 Mrd. € nicht enthalten. Das Exposure der Organisationen betrug zum Stichtag 2,7 Mrd. €. Das Exposure inklusive Organisationen betrug demnach 27,3 Mrd. €.

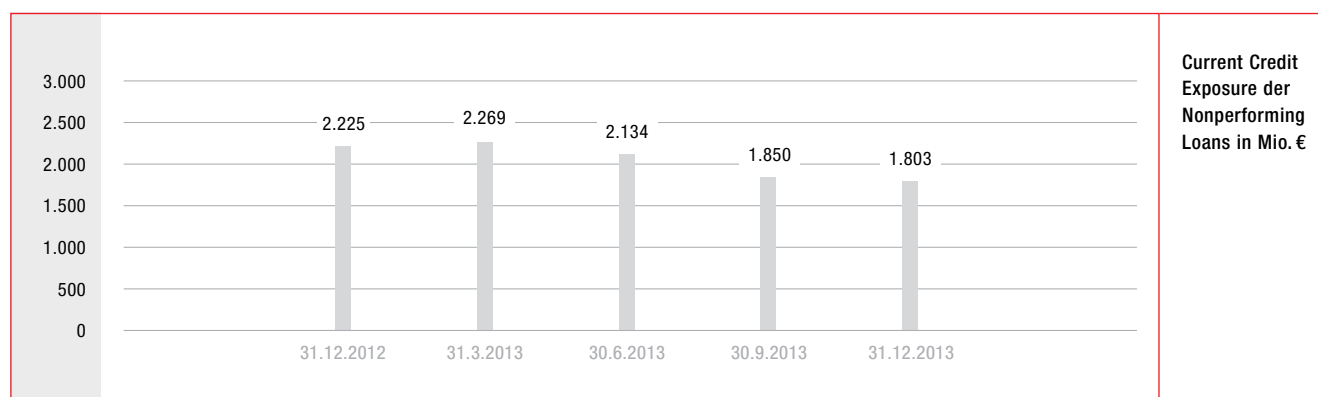
Neben dieser Limitierung erfolgt ein regelmäßiges Reporting der Kreditvolumina nach weiteren Kategorien. Eine gesonderte Votierungseinheit des Risikocontrollings, die für die Kreditengagements in Verantwortung des Gesamtvorstands ein zusätzliches Votum abgibt, prüft die Portfolioverträglichkeit von Großengagements.

### Behandlung von Problemkrediten

Gefährdete Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung der Risikobetreuungsbereiche, in welchen diese Kredite saniert oder abgewickelt werden.

Das CCE und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie infolge der Anrechnung von Sicherheiten weitgehend abgesichert.

Das CCE der Nonperforming Loans, das heißt der ausgefallenen Kredite, ist im Berichtsjahr kontinuierlich gesunken. Der Anteil am Gesamtexposure des Konzerns lag zum 31. Dezember 2013 bei 2,1 % (Vorjahresstichtag: 2,4 %).



### Bildung der Kreditrisikovorsorge

Die Kompetenz der Risikobetreuungsbereiche umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder entscheidet der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

Sowohl über die unterjährig gebildete Risikovorsorge als auch über die erwartete weitere Entwicklung wird monatlich an den Vorstand berichtet. Die Höhe der Einzelwertberichtigungsvorschläge beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfolio-betrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Risikoparameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Exposure at Default und Verlustquote ein.

### Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass der Konzern zu einem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, seinen Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit).

Die zentrale Liquiditätsversorgung des Konzerns zu gewährleisten, ist Aufgabe des Bereichs Treasury. Ziel der Liquiditätsplanung und -steuerung ist, die jederzeitige Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern auch in Krisensituationen sicherzustellen.

Im Jahr 2013 war der Konzern für alle beobachteten Szenarien jederzeit zahlungsfähig. Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern gemäß §11 KWG wurden eingehalten.

### Auswirkungen der Finanzkrise

Die Refinanzierungsmöglichkeiten für Banken an den Geld- und Kapitalmärkten sind seit Beginn der Finanzkrise im dritten Quartal 2007 eingeschränkt. Das Refinanzierungsumfeld für europäische Banken zeigte sich im Jahr 2013 jedoch im Vergleich zu den beiden Vorjahren verbessert, wobei insbesondere weiterhin vorhandene Hilfsmaßnahmen der EZB mit großem Volumen die allgemeinen Marktstörungen milderten. Grundsätzlich führten die Auswirkungen der Finanz- und Staatsschuldenkrise auch im Jahr 2013 mit unterschiedlicher Intensität zu Einschränkungen in der Funktion der Geld- und Kapitalmärkte. So führten die Zypern-Krise in der ersten Jahreshälfte sowie die anhaltenden Spekulationen über ein weiteres Rettungspaket für Griechenland zu anhaltenden Unsicherheiten.

In diesem fragilen und weiterhin angespannten Umfeld stellt sich die Liquiditäts- und Refinanzierungssituation des Konzerns stets geordnet dar. So konnte das Geschäftsvolumen unter Vorhaltung ausreichender Reserven vollständig in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten refinanziert werden.

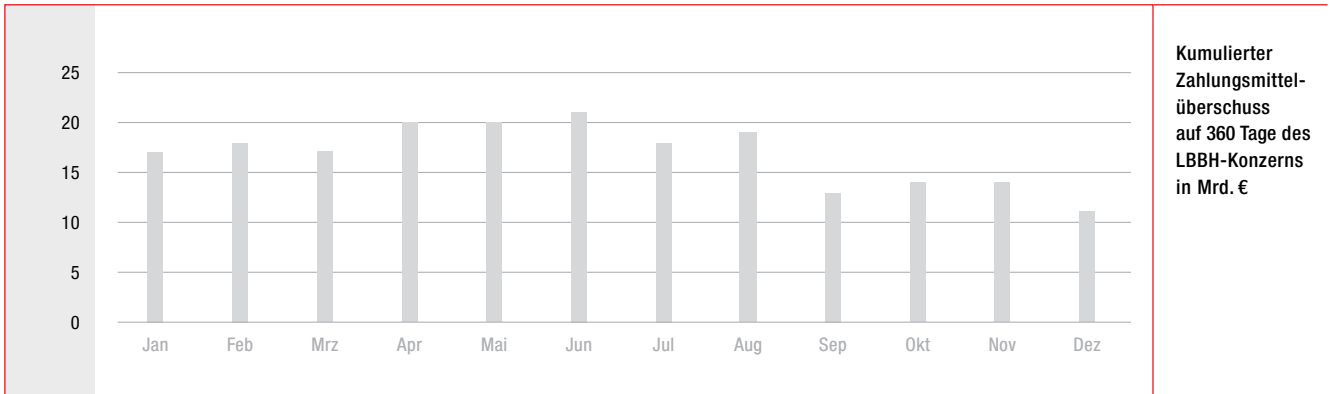
### Grundlagen und Liquiditätskennziffern

Im Konzern wird das Liquiditätsrisiko nach § 11 KWG und dem internen Liquiditätsrisikomessverfahren überwacht. § 11 KWG regelt, dass Kreditinstitute ihre Mittel so anlegen müssen, dass jederzeit eine ausreichende Zahlungsbereitschaft gewährleistet ist.

Die Liquidität einer Bank gilt nach der „Verordnung über die Liquidität der Institute“ (Liquiditätsverordnung) als ausreichend, wenn die in den nächsten 30 Kalendertagen zur Verfügung stehenden Zahlungsmittel die Zahlungsverpflichtungen mindestens abdecken. Darüber hinaus werden mit einem Horizont bis 360 Tage Beobachtungskennziffern errechnet. Maßgebliche Bestimmungsgrößen sind tatsächliche und erwartete Zahlungsströme sowie der Bestand an hochliquiden Vermögenswerten. Die Liquiditätskennziffer gibt das Verhältnis zwischen den verfügbaren Zahlungsmitteln und den abrufbaren Zahlungsverpflichtungen innerhalb des ersten Monats an. Die Liquidität wird als ausreichend angesehen, wenn die Liquiditätskennziffer mindestens 1,0 beträgt.

Die Liquiditätskennziffer muss täglich erfüllt und jeweils mit Stand Monatsultimo bis zum 15. Werktag des Folgemonats an die Bundesbank gemeldet werden. Als Differenz zwischen den Zahlungsmitteln und Zahlungsverpflichtungen kann ein Zahlungsmittelüberschuss errechnet werden.

Unter Berücksichtigung der Restlaufzeiten für Vermögenswerte ergeben sich die kumulierten Zahlungsmittelüberschüsse der LBBH auf 360 Tage gemäß Liquiditätsverordnung.

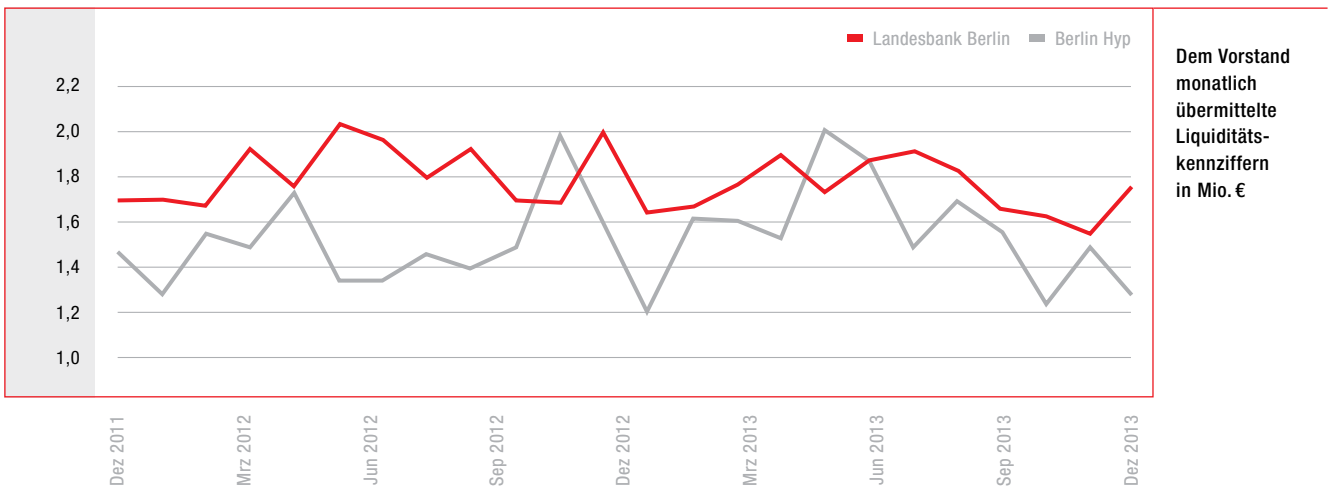


Es ist erkennbar, dass durch das Liquiditätsmanagement jederzeit ein positiver Zahlungsmittelüberschuss auf 360 Tage sichergestellt wurde.

erfolgt prinzipiell nach der Logik der Liquiditätsverordnung, determinierte und stresstestbasierte Liquiditätsabflüsse durch liquidierbare Aktiva decken zu können.

Die interne Liquiditätsrisikomessung und -steuerung des Konzerns wird im Folgenden beschrieben und

Die folgende Grafik zeigt die monatliche Entwicklung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern.



Die Liquiditätskennziffern wurden jederzeit eingehalten. Zum Jahresultimo ergeben sich folgende Zahlen:

Liquiditätskennziffer	2013	2012
Landesbank Berlin	1,76	2,00
Berlin Hyp	1,27	1,58

### Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Für den Konzern wird zusätzlich ein über die Liquiditätsverordnung hinausgehendes Liquiditätsrisikoccontrolling vorgenommen. Dazu werden täglich Berechnungen unter Stressannahmen durchgeführt. Die Modellparameter dieser Stressszenarien basieren auf den Vorgaben der Liquiditätsverordnung und erfüllen die Anforderungen der MaRisk.

Das interne Liquiditätsrisiko wird unterteilt in das kurzfristige Beschaffungsrisiko, das mittel- und langfristige Fristenrisiko sowie das Preisrisiko. Diese interne Einteilung berücksichtigt das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Refinanzierungsrisiko und das Marktliquiditätsrisiko. Das Marktliquiditätsrisiko wird in Form von Wertabschlägen bei der Bildung der Liquiditätsreserve berücksichtigt.

Das Liquiditätsrisiko im engeren Sinne, das Beschaffungsrisiko, stellt das Risiko dar, kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen in den nächsten 30 Tagen bei einem versperrten Zugang zum unbesicherten Geldmarkt im Krisenfall nicht mehr fristgerecht und in vollem Umfang nachkommen zu können.

Unter Fristenrisiko wird das Risiko verstanden, dass mittel- und längerfristige Refinanzierungsmittel, denen keine entsprechende Aktivfälligkeit gegenübersteht, aufgrund von Bonitätsproblemen oder aus marktbedingten Gründen nur noch kurzfristig prolongiert werden können.

Das Preisrisiko ist das Risiko, dass Anschlussrefinanzierungen in der Zukunft auf Grundlage veränderter Refinanzierungsspreads getätigt werden. Das Volumen des Preisrisikos wird unter Berücksichtigung von angepassten Refinanzierungskonditionen errechnet.

Grundlage für alle Liquiditätsrisiko-Betrachtungen durch das Risikoccontrolling ist die Kapitalablaufbilanz, die das Cashflow-Profil des Konzerns abbildet. Die Kapitalablaufbilanz bildet das komplette Laufzeitpektrum aller im Konzern gebuchten Finanzinstrumente ab. In der Kapitalablaufbilanz werden neben den vertraglich vereinbarten Zahlungsströmen folgende Annahmen berücksichtigt:

- Prolongation von Aktivfälligkeiten,
- modelliertes Abzugsverhalten von Einlagen,
- Abschläge bei der Verwertung von Wertpapierbeständen,
- auf der Passivseite erschwerte Refinanzierungsbedingungen,
- die partielle Ziehung zugesagter Kreditlinien.

Konzerninterne Zahlungen werden bei der Erstellung der Kapitalablaufbilanz nicht berücksichtigt. Durch dieses Vorgehen wird die korrekte Darstellung und Liquiditätswirksamkeit jedes Zahlungsstroms sichergestellt.

Hiervon ausgehend werden im kurzfristigen Bereich mit einer Laufzeit von bis zu 30 Tagen die täglich zu deckenden Refinanzierungssalden ermittelt. Diese werden durch das Risikocontrolling überwacht, so dass auch unter den vorgenannten restriktiven Annahmen die jederzeitige Zahlungsfähigkeit des Konzerns gewährleistet ist.

An diese kurzfristige Risikobetrachtung schließt sich im Laufzeitbereich von 31 bis 360 Tagen die Limitierung der Refinanzierungssalden in diesen Fälligkeiten an. Hierzu werden die Cashflows in verschiedene, teilweise überlappende Laufzeitbänder eingeteilt. Dadurch wird in einem unterstellten Krisenfall, in dem der Zugang zur mittel- und längerfristigen unbesicherten Geldmarktrefinanzierung beeinträchtigt ist, der zusätzliche Bedarf an kurzfristigen Refinanzierungsmitteln begrenzt. Die Obergrenzen der Limite basieren auf der für den gesamten Zeitraum verfügbaren Liquiditätsreserve. Die Liquiditätsreserve setzt sich aus qualitativ hochwertigen Wertpapieren gemäß MaRisk zusammen. Neben dieser Begrenzung durch die unverbrauchte Liquiditätsreserve werden die Salden auch nominell limitiert.

#### **Reporting der Liquiditätsrisiken**

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation, der aktuellen Risikoausnutzungen und des kurzfristigen Refinanzierungsbedarfs wird täglich erstellt und dem Vorstand monatlich im Rahmen des Top Management Reportings zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus

wird der Überwachungsvorstand zweimal wöchentlich im Rahmen der gesonderten Darstellungen zur Liquiditätslage an die BaFin informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen greifen. Die Auslastung der Limite war 2013 sowohl für das Beschaffungs- als auch für das Fristenrisiko im Jahresverlauf unbedenklich.

#### **Steuerung der Liquiditätsrisiken**

Die Liquiditätsrisikopolitik des Konzerns beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva zur Abdeckung tatsächlich vorhandener sowie aus Stresstests berechneter Liquiditätsbelastungen.

Das Liquiditätsmanagement erfolgt konzernweit durch den Bereich Treasury. Dabei werden das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der internen Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

#### **Risikokonzentrationen**

Eine Konzentration des Liquiditätsrisikos besteht, wenn Refinanzierungsmittel zu stark auf bestimmte Bereiche (Adressen, Branchen, Währungen und Produkte) konzentriert sind. Eine zu geringe Diversifikation kann bei Ausfällen einzelner Bereiche zu Refinanzierungsschwierigkeiten und somit unmittelbar zu einem erhöhten Beschaffungsrisiko führen.

Der Konzern nutzt einen ausgewogenen Mix an Instrumenten zur Refinanzierung seines Aktivgeschäfts. Dazu zählen Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Kunden, Pfandbriefe, andere verbrieft Verbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die regionale Herkunft der Refinanzierungsmittel konzentriert sich überwiegend auf den deutschen Raum mit einer zusätzlichen Konzentration der Einlagen von Kunden auf unsere Kernregion Berlin-Brandenburg. Die Fälligkeitsstruktur der Refinanzierungsmittel ist ausgewogen und wird aktiv gesteuert.

Die Refinanzierung des Konzerns kann sich auf eine große Anzahl von Einlagengebern und Investoren stützen. Der im Zeitvergleich erhöhte Bestand der Kundeneinlagen von Privat- und Firmenkunden ist stark diversifiziert. Der Anstieg des Einlagevolumens dieser Kundengruppen seit Beginn der Finanzkrise spiegelt die positive Wahrnehmung der Marke „Sparkasse“ in der Öffentlichkeit als „sicherer Hafen“ wider. Bei der Emission von Pfandbriefen und anderen verbrieften Verbindlichkeiten verfügt die LBB über ein großes Spektrum institutioneller Investoren. Hervorzuheben sind dabei Investoren aus der S-Finanzgruppe. Für den Spitzenausgleich im besicherten und unbesicherten Geldmarkt steht uns eine Vielzahl von Adressen zur Verfügung. Das Refinanzierungsvolumen des Konzerns in Fremdwährungen ist aufgrund der überwiegend in Euro getätigten Aktivgeschäfte im Vergleich zur Bilanzsumme gering, währungsbezogene Risikokonzentrationen bestehen daher ausschließlich in der Heimatwährung Euro.

Die LBB setzte auch im Jahr 2013 ihre Strategie fort, notwendige Refinanzierungen überwiegend mit Hilfe von klassischen Kundenprodukten und Privatplatzierungen durchzuführen. Die Konditionen der Mittelaufnahmen waren mit den gezahlten Konditionen anderer bonitätsstarker Marktteilnehmer vergleichbar. Eine ähnliche Strategie wurde auch im Pfandbriefbereich verfolgt. Während lediglich im ersten Quartal des Jahres ein Jumbo-Hypothekenspfandbrief (Emissionsvolumen 1 Mrd. €, fällig 5. Februar 2018) durch die Berlin Hyp begeben und im vierten Quartal aufgestockt wurde, erfolgten die restlichen Refinanzierungen ebenfalls mit Hilfe von gedeckten Privatplatzierungen zu marktgerechten Konditionen.

Die LBB konzentrierte auch im Geschäftsjahr 2013 ihre Kreditvergabe- und Investitionstätigkeit auf liquide Kernmärkte in Europa. Engagements an liquiditätsmäßig engen Märkten werden bewusst vermieden.

#### **Restlaufzeitengliederung**

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verpflichtungen des Konzerns per 31. Dezember 2013, gegliedert nach ihren vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten. Die Daten basieren auf der Kapitalablaufbilanz des internen Liquiditätsrisikocontrollings. Es handelt sich hierbei um eine reine Cashflow-Sicht, die sich wie im IFRS 7 vorgegeben von den Angaben in der Bilanz unterscheidet. Berücksichtigt werden hierbei zusätzlich zukünftige Zinszahlungen beziehungsweise bei derivativen Verbindlichkeiten die voraussichtlichen undiskontierten Nettozahlungsströme, wenn diese Zahlungsströme ermittelt werden können. Anderenfalls finden die beizulegenden negativen Zeitwerte Verwendung. Die Cashflows werden mit ihren jeweils frühestmöglichen Zahlungsterminen berücksichtigt.

## VERBINDLICHKEITEN NACH RESTLAUFZEITEN

in Mio. €	2013	2012
<b>Kreditinstitute</b>		
<= 1 Monat	12.677	9.818
> 1 Monat und <= 1 Jahr	6.832	12.267
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	791	1.065
> 5 Jahre	806	956
<b>Gesamt</b>	<b>21.106</b>	<b>24.106</b>
<b>Kunden</b>		
<= 1 Monat	26.173	26.104
> 1 Monat und <= 1 Jahr	2.889	2.987
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	6.487	6.979
> 5 Jahre	7.635	8.311
<b>Gesamt</b>	<b>43.184</b>	<b>44.381</b>
<b>Emittierte Wertpapiere</b>		
<= 1 Monat	1.393	928
> 1 Monat und <= 1 Jahr	7.162	7.857
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	22.478	27.074
> 5 Jahre	4.263	3.989
<b>Gesamt</b>	<b>35.296</b>	<b>39.848</b>
<b>Derivate Verbindlichkeiten</b>		
<= 1 Monat	3.323	3.858
> 1 Monat und <= 1 Jahr	2.175	3.427
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	4.210	8.447
> 5 Jahre	1.664	3.578
<b>Gesamt</b>	<b>11.372</b>	<b>19.310</b>

**Marktpreisrisiken**

Marktpreisrisiken bestehen in einem potenziellen Wertverlust, der seine Ursache in nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern hat.

Der Konzern geht Marktpreisrisiken insbesondere in Form von Credit-Spread-, Zins-, Aktien-, Options- und Währungsrisiken in den Bereichen des Kapitalmarktgeschäfts (Handel) sowie im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement (Bankbuch) ein. Das Marktrisiko wird ganzheitlich berechnet, limitiert und gesteuert. Das heißt, sowohl allgemeine als auch besondere Zinsrisiken finden Eingang in das ermittelte CaR. Es werden branchen-/sektorspezifische Kategorien sowie kreditnehmerindividuelle Credit-Spread-Risiken berücksichtigt. Ebenso finden alle Aktienkursrisiken Eingang in das ermittelte CaR.

Im Vordergrund der Zinsänderungsrisikosteuerung im Bankbuch stehen der Ausgleich von Zinsänderungsrisiken aus Kundengeschäften und der langfristigen Refinanzierung sowie die langfristige Generierung von Fristentransformationserträgen aus der Zinsstrukturentwicklung und eine Ertragserzielung aus der Anlage des Eigenkapitals. Ergänzend werden im Segment Refinanzierung und Zinsmanagement Investitionen innerhalb anderer Risikoarten im Rahmen langfristiger Strategien eingegangen.

**Steuerung der Marktpreisrisiken**

Die Handelsaktivitäten sind in die schriftlich fixierte Risikostrategie eingebunden. Sowohl für Handels- als auch Bankbuchaktivitäten wird auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimits (Capital-at-Risk (CaR)-Limite; 10-tägiger Capital-at-Risk auf einem Konfidenzniveau von 99 %) transformiert und vom Vorstand der LBB verabschiedet.

Die Risikosteuerung für die **Handelsaktivitäten** erfolgt durch die Frontoffice-Bereiche auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimits/-auslastungen, der Stresstestergebnisse und der Gewinn- und Verlust (P&L)-Analysen pro Geschäftsfeld und pro Handels-tisch beziehungsweise Händler. Sie wird ergänzt durch Tages- und Jahresverlustlimite und weitere, je nach Geschäftsfeld unterschiedliche, auf den jeweiligen Geschäftstypus zugeschnittene Frontoffice-Verfahren (zum Beispiel Basis-Point-Value-, Duration-Limite oder Vega-Limite).

Die Steuerung des **Bankbuchs** erfolgte durch den Dispositionsausschuss des Vorstands, der alle zwei Wochen beraten und über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des eingegangenen Zinsänderungs- und Kursrisikos entschieden hat. Hierzu wurden ebenfalls die genannten Verfahren zur Kontrolle der Handelsgeschäfte genutzt und ökonomische Ertragseffekte (Substanzwertveränderungen) und Analysen hinsichtlich des laufenden Ertrags, insbesondere des Zinsüberschusses, herangezogen. Durch die Berücksichtigung der wirtschaftlichen Ertragseffekte wird die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten ermöglicht. Die Steuerung der Gewinn- und Verlustrechnung wird durch die Analysen des laufenden Ertrags weiter unterstützt.

Regelmäßig und bei Bedarf tritt das Allgemeine-Produkt-Komitee zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Allgemeinen-Produkt-Komitees. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

### **Kontrolle der Marktpreisrisiken**

Die Kontrolle der Marktpreisrisiken erfolgt unabhängig vom Handel im Bereich Risikocontrolling.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken besteht aus einem System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Das regelmäßige Reporting der Marktpreisrisiken ist dabei elementarer Bestandteil, da hierdurch der Informationsfluss im Konzern sichergestellt wird. Gegebenenfalls notwendige Steuerungsmaßnahmen können somit den Kontrollen kurzfristig folgen.

Seit der aufsichtsrechtlichen Anerkennung der internen Verfahren (Full-Use-Modell inklusive besonderer Kurs- und Währungsrisiken) zur Marktpreisrisikoüberwachung wird die Marktrisikoposition auf Basis dieses internen Modells an die BaFin gemeldet.

### **Reporting der Marktpreisrisiken**

Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an alle Vorstandsmitglieder der LBB berichtet.

Der Konzern hat ein umfassendes und differenziertes Risikoreporting bei Marktpreisrisiken eingerichtet:

- Intraday-Monitoring der Risiken und Erträge der Handelsbereiche,
- täglicher Bericht gemäß MaRisk an den Vorstand,
- 14-tägiger Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- monatliche Berichterstattung an den Konzernvorstand mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf im Rahmen des Top Management Reports.



### Marktpreisrisikolimits und -inanspruchnahmen im Konzern

In der nachfolgenden Tabelle werden die Durchschnittswerte, Minima und Maxima den Limiten gegenübergestellt. Die Limits wurden turnusmäßig zum 1. Januar 2013 sowie unterjährig angepasst. Insbesondere wurde bis zum 31. Dezember 2013 das Limit für das Kapitalmarktgeschäft aufgrund der Risikoentwicklung durch dessen Abbau im Berichtszeitraum erheblich reduziert.

Im Zeitraum vom 20. Juni 2013 bis einschließlich 2. Juli 2013 kam es im Bankbuch des Konzerns zu einer Limitverletzung. Ursächlich hierfür waren hauptsächlich die gestiegenen Zinsvolatilitäten infolge eines starken Zinsanstiegs per 20. Juni um bis zu +18 Basispunkte. Als Grund für die stärkeren Marktbewegungen wird die damalige Ankündigung der amerikanischen Notenbank FED gesehen, die lockere Geldpolitik beenden zu wollen.

Details und das Management der Marktpreisrisiken werden in den folgenden Abschnitten beschrieben.

### CAPITAL-AT-RISK KONZERN

in Mio. €	Durchschnitt		Minimum		Maximum		Limit per	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	31.12.2013	31.12.2012
<b>Kapitalmarktgeschäft</b>	<b>22</b>	<b>70</b>	<b>10</b>	<b>24</b>	<b>42</b>	<b>114</b>	<b>50</b>	<b>170</b>
Client Business Distribution	0	0	0	0	0	0	0	0
Client Business Production	3	3	1	2	8	8	10	24
Treasury und Trading	22	69	10	24	43	110	50	170
Internationales Geschäft	0	0	0	0	0	1	1	5
<b>Bankbuch</b>	<b>53</b>	<b>49</b>	<b>23</b>	<b>29</b>	<b>154</b>	<b>86</b>	<b>140</b>	<b>195</b>
Bankbuch Landesbank	40	34	18	20	100	52	110	125
Sonstige Bankbücher	18	29	9	16	56	52	–	–
<i>davon Bankbuch Berlin Hyp</i>	<i>17</i>	<i>29</i>	<i>8</i>	<i>15</i>	<i>49</i>	<i>52</i>	<i>45</i>	<i>75</i>
<b>Konzern</b>	<b>54</b>	<b>84</b>	<b>29</b>	<b>32</b>	<b>159</b>	<b>148</b>	<b>140</b>	<b>320</b>
Aktienrisiko	2	4	1	2	4	7		
Währungsrisiko	7	10	3	6	14	21		
Zinsrisiko	45	35	23	16	109	64		
Credit-Spread-Risiko	25	59	10	29	49	123		
<b>Konzern</b>	<b>54</b>	<b>84</b>	<b>29</b>	<b>32</b>	<b>159</b>	<b>148</b>		

„Sonstige Bankbücher“ beinhalten die Berlin Hyp. Alle enthaltenen Einzelportfolien sind limitiert. Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnen sich die Konzernwerte nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

### Risikokonzentration

Im täglichen MaRisk-Reporting des Konzerns werden die in der Tabelle Capital-at-Risk Konzern enthaltenen Risiken dargestellt. Hinzu kommen zum Beispiel Angaben zu Unterportfolios sowie eine große Anzahl vorgegebener Detail-Stresstests, ein variabler Stresstest entgegen der jeweils aktuellen Positionierung sowie fünf Risikostress-Szenarien. Um Konzentrationsrisiken aufzuzeigen und zu vermeiden, gibt es ferner einen Pool verschiedener Stress-Szenarien, von denen jeweils die fünf größten Verlust-Szenarien berichtet werden. Darüber hinaus erfolgen Detailrisikoausweise für die verschiedenen Risikofaktorklassen, beispielsweise Laufzeiten und Währungen. Im Berichtsjahr gab es keine besonderen Konzentrationen von Marktpreisrisiken auf Einzeltitel.

### Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird im Konzern ebenfalls im Rahmen der VaR-Berechnungen bestimmt und unterliegt somit der Limitierung und regelmäßigen Überwachung. Das Zinsänderungsrisiko wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Der Konzern war per Jahresende 2013 gegenüber Zinsschwankungen aktivisch aufgestellt. Das ausgewiesene Exposure im Konzern stieg im Vergleich zum Vorjahr, was im Wesentlichen auf veränderte Kundenbestände im Bankbuch zurückzuführen war.

Die Auswirkungen einer allgemeinen Änderung der Zinsen um +100 und –100 Basispunkte (BP) werden im Rahmen der Szenario-Berechnungen ermittelt.

in Mio. €	+100 BP		–100 BP	
	2013	2012	2013	2012
<b>Konzern</b>	<b>–229</b>	<b>–168</b>	<b>268</b>	<b>135</b>
LBB	–159	–102	193	40
Berlin Hyp	–50	–48	52	82
Andere	–20	–17	23	13

Die Zinsänderungsrisiken des Anlagebuchs der LBB AG sind gemäß Vorgabe der Solvabilitätsverordnung bezüglich der Änderungen um +200 und –200 Basispunkte zu betrachten:

in Mio. €	+200 BP		–200 BP	
	2013	2012	2013	2012
LBB (Anlagebuch)	–318	–235	170	41

Die Methodik der Szenario-Berechnung beruht für Kredite und Einlagen auf einer mathematischen Approximation auf Basis der Zinssensitivitäten. Für Kapitalmarktprodukte kommt eine komplette Neubewertung des Portfolios unter Berücksichtigung optionaler Bestandteile, mit einer Begrenzung der Zinsbewegung nach unten bei null im Szenario +200 und –200 Basispunkte, zum Tragen. Daraus resultierte im Wesentlichen die zu beobachtende Asymmetrie bei Zinsanstieg und Zinsverfall. Jenseits dieser aufsichtsrechtlich geforderten Zinsbegrenzung wurden im Konzern jedoch wie geplant die relevanten Bewertungsmodelle angepasst, um auch in einem eventuellen Umfeld negativer Zinsen eine angemessene Risikosteuerung sicherzustellen.

### Währungsrisiken

Der Konzern geht keine wesentlichen Positionen in Fremdwährungen ein. Das in der Übersicht Capital-at-Risk Konzern aufgezeigte Währungskursrisiko in Höhe von durchschnittlich 25 Mio. € (Vorjahr: 10 Mio. €) stammt überwiegend aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Assets und deren Refinanzierung, Restbeträgen bei Kundengeschäften, der Liquiditätssicherung in Fremdwährung und aus einzelnen Handelspositionen mit Vermögenswerten in Fremdwährung. Das größte Fremdwährungsrisiko per Jahresende bestand in Wechselkursänderungen des britischen Pfund.

### Aktien- und Fondsrisiken

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten, welche jedoch im Rahmen der Beendigung des kundenbezogenen Kapitalmarktgeschäfts sukzessive abgebaut werden. Verluste treten überwiegend bei fallenden Aktienkursen auf.

Das Fondsportfolio ist überwiegend im Anlagebuch verbucht. Die Fonds werden hier wie Aktien behandelt. Bei den verbleibenden Fonds des Handelsbuchs wird nach Möglichkeit eine Durchschau vorgenommen. Für eine weitere Überwachung des Risikos werden darüber hinaus spezifische Stresstests für verschiedene Fondsgattungen vorgenommen.

### Credit-Spread-Risiken

Das Credit-Spread-Risiko stellt neben dem Zinsänderungsrisiko eines der bedeutendsten Risiken im Konzern dar. Die möglichen Änderungen aus unterschiedlichen Credit-Spread-Entwicklungen sind in der folgenden Tabelle dargestellt. Die „Ausweitung fremder Credit Spreads“ beinhaltet eine ratingspezifische, laufzeitabhängige Ausweitung fremder Credit Spreads (+ 30 bis + 300 BP), die „Einengung eigener Credit Spreads“ eine laufzeitabhängige Einengung unbesicherter eigener Credit Spreads (– 30 BP unbesichert, – 100 BP Nachrang).

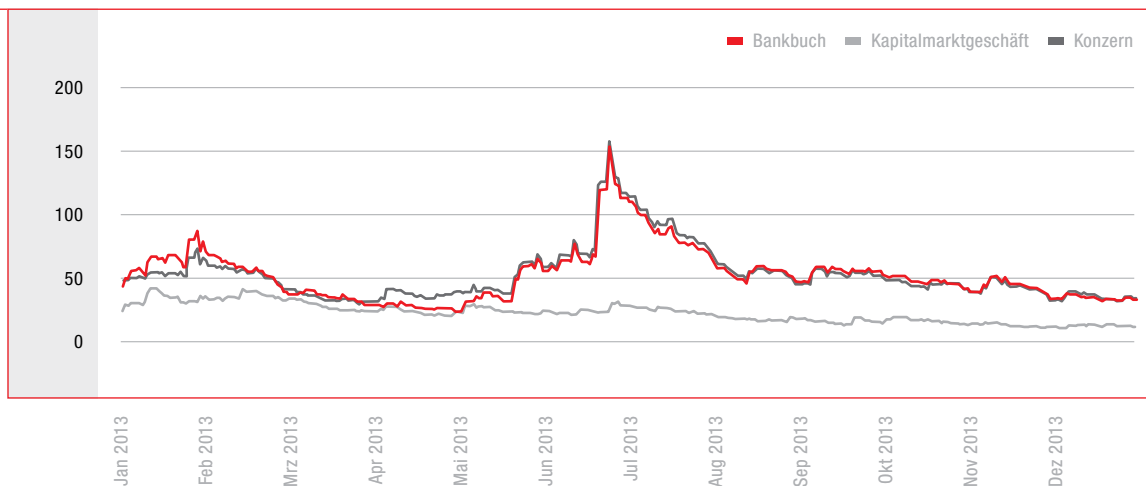
in Mio. €	Ausweitung fremder Credit Spreads		Einengung eigener Credit Spreads	
	2013	2012	2013	2012
<b>Konzern</b>	<b>– 359</b>	<b>– 371</b>	<b>– 236</b>	<b>– 274</b>
KMG	– 182	– 183	– 20	– 26
Bankbuch	– 176	– 188	– 216	– 248

### Verlauf des Marktpreisrisikos des Konzerns

Das Marktpreisrisiko ist per Ende 2013 im Vergleich zum 31. Dezember 2012 um 14 Mio. € auf 34 Mio. € gesunken. Im Jahresdurchschnitt 2013 betrug es 54 Mio. €.

Im Verlauf des Jahres waren leichte Risikoanstiege aufgrund von gestiegenen Credit-Spread-Volatilitäten im Zuge der Preisbewegungen insbesondere bei italienischen und spanischen Finanztiteln und Staatsanleihen zu beobachten. Darüber hinaus sorgten die teilweise unerwarteten Zinsschritte der Europäischen Zentralbank für kurzfristig ansteigende Zinsvolatilitäten. Über das Jahr betrachtet ist das Risiko jedoch vorrangig infolge von rückläufigen Zins- und Credit-Spread-Volatilitäten insgesamt zurückgegangen. Darüber hinaus haben auch Portfolioumschichtungs- und Abbaumaßnahmen im Rahmen des Umbaus der LBB zur Berliner Sparkasse zum Risikorückgang beigetragen.

Marktpreisrisiko  
des Konzerns  
in Mio. €



Im Jahresverlauf 2013 ergaben sich die obigen Auslastungen für den Konzern (Limit: 140 Mio. €), das Kapitalmarktgeschäft (Limit: 50 Mio. €) und das Bankbuch (Limit: 140 Mio. €).

#### Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung sämtlicher Marktrisikofaktoren einschließlich Optionsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

Die Korrelationen der aktuell circa 11.000 Risikofaktoren (beispielsweise Wechselkurse, Aktienkurse, Zinskurvenpunkte, Volatilitätspunkte et cetera) werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Regelungen hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und an die Vorstandsmitglieder berichtet.

Die Prognosegüte der Modelle wird mittels Clean Backtesting (das heißt Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios

im Nachhinein) ermittelt. Die Anzahl der Backtesting-Ausreißer, also die Anzahl der Tage, an denen diese Wertänderung im Konzern die zum obigen Konfidenzniveau ermittelte Verlustschwelle unterschritt, lag zum Jahresende 2013 mit sechs im „gelben Bereich“. Die Backtesting-Ausreißer sind unter anderem auf Äußerungen des US-Notenbankchefs zu den US-amerikanischen Leitzinsen und die daraus resultierenden Marktbewegungen im zweiten und dritten Quartal des Berichtsjahres zurückzuführen. Darüber hinaus hatten die Restrukturierungspläne der österreichischen Bank Hypo Alpe Adria unerwartete Marktbewegungen im vierten Quartal des Jahres zur Folge, die für Backtesting-Ausreißer verantwortlich waren.

Für die Ermittlung der Kapitalunterlegung der aufsichtsrechtlichen Marktrisikoposition der LBB gemäß internem Modell wird das eigentliche Marktrisiko um die gesetzlich vorgeschriebenen Komponenten Krisenrisikobetrag (Stressed VaR) und zusätzliches Ausfall- und Migrationsrisiko (Incremental Risk Charge, IRC) ergänzt. Die Ermittlung des Stressed VaR basiert dabei auf der gleichen methodischen und technischen Grundlage wie die Ermittlung des VaR. Die IRC wird im für die Kreditrisikosteuerung verwendeten Kreditportfoliomodell durch geeignete Parametrisierung berechnet.

Es erfolgt eine untertägige Überwachung von Risiken, Ergebnissen und der Limiteinhaltung in den Handelsbereichen. Dies ermöglicht auch im Tagesverlauf eine effektive Überwachung der Handelsaktivitäten.

### Sicherungsbeziehungen

Zur bilanziellen Abbildung ökonomischer Sicherungszusammenhänge wendet der Konzern das sogenannte Hedge Accounting nach IAS 39 an. Im Rahmen von Mikro Fair Value-Hedges werden Fair Value-Änderungen von Finanzinstrumenten gegen Schwankungen, die sich aus der Änderung von Referenzzinssätzen oder Währungen ergeben können, gesichert. Hiervon betroffen sind unter anderem das Emissionsgeschäft des Konzerns sowie festverzinsliche Wertpapierbestände. Zur Absicherung werden Zinsswaps, Währungsswaps sowie Zinswährungsswaps verwendet. Ferner werden nach IFRS im Rahmen eines Makro Cashflow-Hedges die Schwankungen von Cashflows aus variabel verzinslichen Krediten, Wertpapieren und Verbindlichkeiten der Aktiv-/Passivsteuerung mittels Zinsswaps abgesichert.

Wir verweisen weiterhin auf unsere Darstellungen unter Note 8.6 im Konzernabschluss.

### Verbriefungstransaktionen

In Anlehnung an die Empfehlungen des Financial Stability Forums wird im Folgenden über das Engagement des Konzerns im Verbriefungsgeschäft berichtet. Der Konzern hat seit langem in ein diversifiziertes und vergleichsweise konservativ ausgerichtetes Portfolio von Verbriefungstransaktionen investiert. Aktuell besteht dieses hauptsächlich aus klassischen ABS/MBS. Das Portfolio wird zentral durch das Geschäftsfeld Treasury gesteuert und ist in die Risikoüberwachung und -steuerung des Konzerns vollständig eingebunden. Neue Engagements werden weiterhin sehr selektiv und in begrenztem Umfang in einfachen europäischen ABS-Transaktionen vorgenommen. Eine Emissionstätigkeit in diesem Marktsegment erfolgt nicht, ebenso sind keine derartigen Emissionen des Konzerns ausstehend.

### VERBRIEFUNGSPORTFOLIO DES KONZERNS PER 31. DEZEMBER 2013

in Mio. €	Nominalwert	Buchwert	Buchwert nach externem Rating						
			AAA	AA	A	BBB	Non-inv. Grade	Default	Not rated
<b>Ausgewählte strukturierte Verbriefungen</b>	<b>2.351</b>	<b>2.321</b>	<b>1.697</b>	<b>277</b>	<b>195</b>	<b>4</b>	<b>146</b>	<b>0</b>	<b>1</b>
CMBS	17	17	0	0	4	0	13	0	0
RMBS	1.373	1.343	1.148	0	57	4	133	0	1
Verbriefte Auto Loans	548	548	548	0	0	0	0	0	0
Verbriefte Student Loans	373	373	2	277	94	0	0	0	0
Verbriefte Credit Loans	40	40	0	0	40	0	0	0	0
<b>CDO</b>	<b>898</b>	<b>898</b>	<b>169</b>	<b>591</b>	<b>104</b>	<b>30</b>	<b>5</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Synthetische CDOs	0	0	0	0	0	0	0	0	0
True-Sale-CDOs von nicht strukturierten Underlyings	898	898	169	591	104	30	5	0	0
CDO of ABS	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Sonstige strukturierte Verbriefungen</b>	<b>105</b>	<b>105</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>35</b>	<b>14</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>56</b>
<b>Konzern LBBH</b>	<b>3.354</b>	<b>3.324</b>	<b>1.867</b>	<b>868</b>	<b>334</b>	<b>47</b>	<b>151</b>	<b>0</b>	<b>57</b>

CMBS: Commercial Mortgage Backed Security; RMBS: Residential Mortgage Backed Security; CDO: Collateralized Debt Obligation; ABS: Asset Backed Security

Bei den in der Tabelle aufgeführten sonstigen strukturierten Verbriefungen handelt es sich um Verbriefungen, die keiner der darüber genannten Kategorien zuzuordnen sind, sowie um nicht geratete Fonds (56 Mio. €), die Verbriefungen enthalten.

### Immobilienrisiken

Das Immobilienrisiko bezeichnet die Gefahr, durch Wertänderungen Verluste gegenüber dem aktuellen Marktwert zu erleiden.

Das Immobilienportfolio des Konzerns umfasst Objekte, die von den Instituten selbst oder von Tochterunternehmen gehalten werden. Hinzu kommen Finance Lease-Objekte sowie Objekte in Fonds. Ein großer Teil des Exposure entfällt auf selbst genutzte Verwaltungsgebäude innerhalb Berlins. Strategisches Ziel ist es, den fremdgenutzten Teil des Immobilien-Portfolios weiter abzubauen.

Das Risiko ist im Jahresverlauf 2013 aufgrund von Regelabschreibungen und technischen Anpassungen um circa 21 Mio. € auf 43 Mio. € gefallen.

Die Risiken werden nach dem Value-at-Risk-Verfahren gemessen. Das Exposure (aktuelle Buchwerte, Impairment- beziehungsweise Gutachtenwerte) der Objekte wird einzelnen standort- und nutzungsbezogenen Immobilienindizes zugeordnet, deren Volatilität auf Basis der Preisentwicklung der vergangenen 15 Jahre berechnet wird. Bei der Aggregation der Risiken werden auch Korrelationen zwischen den Immobilienindizes berücksichtigt.

Im Rahmen des gesamtbankweiten Stresstests werden die Modellparameter Fair Value der Immobilien und die Werte für die Immobilienindizes variiert. Aufgrund der Zusammensetzung des Portfolios und der Risikostrategie sind hinsichtlich Risikokonzentrationen keine weiteren Steuerungsmaßnahmen notwendig. Die Überwachung der Risikokonzentrationen erfolgt qualitativ über regelmäßige Risikoanalysen und das Reporting im Top Management Report.

Die Steuerung der Immobilienrisiken erfolgt auf Basis eigenständiger Limite sowohl für den Konzern als auch für die Geschäftsfelder. Deren Auslastung wird turnusmäßig überwacht. Das Reporting erfolgt vierteljährlich.

Aufgrund der strategiekonformen, starken Reduktion in den vergangenen Jahren wird das Immobilienrisiko ab dem Jahr 2014 nicht mehr als wesentliche Risikoart geführt. Der berechnete Risikowert wird in der Position Restrisiko der Risikotragfähigkeitsberechnung berücksichtigt. Der Wertansatz wird im Rahmen der Risikoinventur einmal jährlich mit den bisherigen Methoden ermittelt. Ergänzt wird dies durch eine interne Ad-hoc-Informationspflicht bei relevanten Buchwertänderungen.

### Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko wird gemäß § 269 Abs. 1 SolvV definiert als die Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken. Unter Rechtsrisiken werden die Risiken aus der Verletzung geltender sowie sich ändernder rechtlicher Bestimmungen, insbesondere von vertraglichen, gesetzlichen oder gerichtlich entwickelten Rechtsvorschriften, verstanden. Dies umfasst das Risiko von Verstößen gegen Rechtsbestimmungen aufgrund von Unkenntnis, nicht ausreichend sorgfältiger Rechtsanwendung (nachlässige Interpretation), fahrlässigen Handelns oder nicht zeitgerechter Umsetzung.

Generell wird angestrebt, die Verluste aus operationellen Risiken, die den Geschäftserfolg des Konzerns nachhaltig beeinträchtigen können, soweit möglich zu minimieren. Die auf Geschäftsfeld- und Bereichsebene dafür zu definierenden Ziele und Maßnahmen werden von den verantwortlichen dezentralen Risikomanagern bestimmt.

### Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risikocontrolling verantwortet. Diese unabhängige Einheit ist für die Entwicklung und Pflege eines Rahmenwerks zum Management operationeller Risiken verantwortlich, das Strategie, Grundsätze und Verfahren der Identifizierung, Messung, Bewertung, Steuerung/Überwachung, Analyse und Berichterstattung umfasst. Außerdem befasst sich die Einheit mit der Überwachung und Anwendung bestehender und neuer aufsichtsrechtlicher Auflagen zum Thema operationelle Risiken. Änderungen des Rahmenwerks werden dem Vorstand zur Abstimmung vorgelegt.

Gemäß der Strategie des Konzerns für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung des oben genannten Rahmenwerks und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion bei operationellen Risiken. Das Komitee setzt sich aus den Vertretern der Geschäftsbereiche sowie der zentralen Bereiche und Konzerngesellschaften zusammen. Das Gremium dient unter anderem dem Informationsaustausch über neue Controlling-Instrumente und über die aktuelle Risikoentwicklung sowie der Klärung von Fragen zu operationellen Risiken (zum Beispiel zu neuen aufsichtsrechtlichen Regelungen). Über die gefassten Beschlüsse des OpRisk-Komitees wird der verantwortliche Ressortvorstand (Risikovorstand) in Kenntnis gesetzt.

### Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung des Konzerns einbezogen. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung des Konzerns festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Die aktuelle Situation operationeller Risiken wird dem Gesamtvorstand monatlich berichtet. Spezielle Detailreports über operationelle Risiken für die einzelnen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen (Risikomanagern) zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet, die größtenteils auch Bestandteil des Rechenmodells für operationelle Risiken sind. Wesentliche Instrumente sind:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem Bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenario-Analyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien des Konzerns verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren) sowie
- das Maßnahmencontrolling (identifizierte Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment werden erfasst und überwacht) und
- der Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Der Konzern hat eigene Software-Tools zur Erarbeitung und Verwaltung und zum Reporting der vorgenannten Daten entwickelt.

### **Messung der operationellen Risiken**

Die Berechnung des ökonomischen und regulatorischen Kapitals für operationelle Risiken erfolgt mittels eines fortgeschrittenen Messansatzes (AMA – Advanced Measurement Approach) gemäß § 278 SolvV, der zur Jahreswende 2011/2012 genehmigt wurde. Unter Anwendung des AMA, welcher die gemäß SolvV vorgegebenen Modellbestandteile berücksichtigt, wurde im Jahr 2013 eine regulatorische Eigenkapitalunterlegung für den Konzern in Höhe von 116 Mio. € (Vorjahr: 121 Mio. €) ermittelt.

Die Risikoberechnung nach dem AMA-Modell im Rahmen der Risikotragfähigkeit ergab per 31. Dezember 2013 für den Konzern einen Wert von 113 Mio. € (Vorjahresstichtag: 116 Mio. €). Das operationelle Risiko schwankte im Jahresverlauf 2013 in den einzelnen Berichtsmonaten zwischen 1% bis 7% im Vergleich zum Jahresultimo 2012 aufgrund aktualisierter Szenario-Analysen, neuer Schäden sowie Ergebnissen der Validierung. Mögliche Risiken aus dem Projekt Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse wurden in der Szenario-Analyse berücksichtigt. Für die Risiken aus dem Umbauprojekt sind Gegenmaßnahmen vorgesehen, die bei Risikoeintritt die erwarteten Konsequenzen für den Konzern gering halten sollen. Aufgrund des Verkaufs der LBB-INVEST wurde das operationelle Risiko entsprechend angepasst; dieser Effekt trug zur Reduzierung des OpVaR zum Jahresende 2013 bei.

### **Compliance**

Compliance steht allgemein für die Einhaltung gesetzlicher und regulatorischer Bestimmungen sowie Handeln im Einklang mit den ethischen Werten des Unternehmens (compliancegerechtes Verhalten).

Im Konzern umfasst die Zuständigkeit des Bereichs Compliance über die gesetzlich vorgegebenen Aufgaben der Wertpapier- und MaRisk-Compliance, des Datenschutzes und der Geldwäsche- und Betrugsprävention hinaus alle Maßnahmen zur Vermeidung von Reputationsschäden, die sich aus einem nicht compliancegerechten Handeln von Mitarbeitern oder Externen ergeben können (Corporate Compliance). Ein regelmäßig erscheinender Compliance-Newsletter mit aktuellen Themen dient außerdem dazu, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Konzern noch stärker mit diesen Aufgabenstellungen vertraut zu machen.

Die seit 2013 geforderte Compliance-Funktion nach MaRisk ist für eine Koordination der erforderlichen Änderungen/Anpassungen im Unternehmen aufgrund von Gesetzesnovellierungen verantwortlich und ist neben der internen Revision und dem Risikoccontrolling bei wesentlichen Umstrukturierungen und Prozessanpassungen einzubinden.

Jährlich wird eine Gefährdungsanalyse erstellt, in der alle Bereiche und die Prozesse des Konzerns daraufhin untersucht werden, welche Präventionsmaßnahmen in Bezug auf Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und sonstige strafbare Handlungen existieren. Dabei werden die Wirksamkeit der zentralen und dezentralen Schlüsselkontrollen (zum Beispiel Vier-Augen-Prinzip) sowie der Kontrollen zur Geldwäsche- und Betrugsprävention, zur Verhinderung von Terrorismusfinanzierung und Embargoverstößen analysiert und bewertet.



### Personalrisiken

Der Konzern überwacht und steuert das Personalrisiko gemäß den nachfolgend genannten vier Risikofaktoren der MaRisk mit dem Ziel, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren:

- **Fluktuationsrisiko:** Durch geeignete Vertretungsregelungen in den Unternehmensbereichen wird dafür Sorge getragen, dass das Ausscheiden von Mitarbeitern nicht zu nachhaltigen Störungen der Betriebsprozesse führt.
- **Verfügbarkeitsrisiko:** Die Steuerung der qualitativen und quantitativen Personalausstattung wird auf Basis der individuellen Ziele und Anforderungen der Unternehmensbereiche, insbesondere der Geschäftsaktivitäten, der Risikostrategie und der Risikosituation, vorgenommen.
- **Qualifikationsrisiko:** Der Konzern führt zielgerichtete Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen durch, damit die Qualifikation der Mitarbeiter fortlaufend dem aktuellen Stand der Entwicklungen entspricht.
- **Motivationsrisiko:** Aus den regelmäßig durchgeführten Stimmungsbarometern können negative Entwicklungen erkannt und gegebenenfalls Maßnahmen bestimmt werden. Veränderungsprozesse erfolgen unter breiter Beteiligung der Mitarbeiter (Dialogrunden). Durch spezielle Vergütungs- und Incentive-Programme wird Fehlanreizen beziehungsweise Interessenkollisionen entgegengesteuert. Der Vergütungsausschuss berät den Vorstand bei der Überwachung der Angemessenheit der Vergütungssysteme unterhalb der Ebene des Vorstands.

Beeinflusst werden alle vier Faktoren durch das 2013 eingeleitete Projekt zum Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse. Zum einen wirkt der bis 2017 abzubauen Personalüberhang in Höhe von rund 950 Stellen kostenseitig entlastend, zum anderen jedoch bleibt es bei Spezialistenfunktionen unverändert schwierig, eine Nachbesetzung vorzunehmen. Es ist eine Herausforderung, innerhalb der von den Umbaumaßnahmen betroffenen Bereiche die Mitarbeitermotivation entsprechend den qualitativen Anforderungen aufrechtzuerhalten.

Das Fluktuationsrisiko wird durch die Fachbereiche verantwortet, durch die entsprechende Maßnahmen zu ergreifen sind.

Durch einen terminierten Abbau von Geschäftstätigkeiten und einen parallel angelegten Stellenabbau wird dem Verfügbarkeitsrisiko begegnet.

Das Qualifikationsrisiko wird durch ein erhöhtes Angebot „freier“ Mitarbeiter mit entsprechendem Know-how weiter reduziert. Parallel hierzu werden die zielgerichteten Aus- und Weiterbildungsmaßnahmen insbesondere für Nicht-Abbaubereiche unverändert fortgeführt.

Dolosen Handlungen wird durch ein umfangreiches internes Kontrollsystem entgegengewirkt.

### IT- und Systemrisiken

Außergewöhnliche IT- und Systemrisiken können aus unzureichender Sicherheit und Qualität sowie aus Fehlleistungen oder Störungen wesentlicher IT-Systeme und -Prozesse resultieren.

Derzeit werden im Konzern keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet. Durch die konsequente Steuerung und Weiterentwicklung von Technologien, Infrastrukturelementen und IT-Prozessen unter Abwägung der Faktoren Wirtschaftlichkeit, Dringlichkeit (gesetzliche oder technologische Notwendigkeit), Innovation und Risiken ist ein geordneter IT-Betrieb auch für die Zukunft sichergestellt. Die Restrukturierungs- und Qualitätsziele sowie die Umsetzung gesetzlicher Anforderungen wurden erreicht.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosenibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung im Rahmen etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht. Dies ermöglicht es dem Konzern, operative IT-Risiken zu erkennen und risikoreduzierende Maßnahmen einzuleiten.

Der Konzern hat ein umfassendes Regelwerk zur Informationssicherheit sowie die erforderlichen Organisationsstrukturen und Verfahren implementiert. Durch die in der Branche üblichen Qualitätsstandards bei der Ausgestaltung der IT-Systeme und -Prozesse sowie durch die Orientierung an Best Practices werden die Integrität, Verfügbarkeit und Vertraulichkeit der Informationen und Informationsgüter sichergestellt.

Dabei orientiert sich die Qualität der Informationssicherheit am Best-Practice-Standard „Sicherer IT-Betrieb“ der Finanz Informatik (FI). Hiermit ist eine Steigerung der Sicherheitsanforderungen verbunden, um nachhaltig ein höheres Sicherheitsniveau zu erreichen.

Eine kontinuierliche und unabhängige Auditierung des Informationssicherheitsmanagementsystems (ISMS) erfolgt unter anderem durch externe Auditoren, zum Beispiel durch das SIZ (Sparkassen Informatikzentrum). Ebenso wird das Qualitätsmanagement konsequent weiterentwickelt. So ist die S-Servicepartner GmbH als wesentliches Auslagerungsunternehmen nach DIN EN ISO 9001 seit 2008 zertifiziert (Re-Zertifizierung erfolgte 2012).

Die Aufrechterhaltung der Geschäftsfähigkeit im Krisen- oder Notfall wird regelmäßig durch entsprechende Zertifizierungen und Notfallübungen erfolgreich nachgewiesen.

Im Fokus des IT-Projektportfolios im Jahr 2013 standen die Umsetzung und Weiterentwicklung von Projekten zur

- Erfüllung geänderter gesetzlicher und regulatorischer Anforderungen,
- Fortsetzung der Konsolidierung und Standardisierung der IT-Infrastruktur im Sinne der IT-Strategie der LBB (Einsatz von Standardlösungen der FI),
- Aktualisierung der Basisinfrastruktur auf Windows 7 und Office 2010 für die LBB,
- Ausweitung des Drittkundengeschäfts der S-Servicepartner GmbH und
- Definition des IT-Zielbilds für die Berliner Sparkasse im Rahmen des Umbauprojekts.

Aufgrund der weitestgehenden Migration auf die IT-Systeme der Finanz Informatik bis Ende 2014 wird sich das bankeigene IT-Risiko reduzieren. Hintergrund ist die dann künftige Nutzung der bundesweit von vielen Sparkassen angewendeten IT-Systeme der Finanz Informatik, die die bisherigen Eigensysteme der LBB/Berliner Sparkasse weitgehend ablösen werden.

Die Steuerung operationeller Risiken und die Notfallvorsorge sind wesentliche Elemente der Projektanforderungen. Damit ist auch künftig sichergestellt, dass Projekte regelmäßig zur Reduzierung operationeller Risiken beitragen.

### Sicherheits- und Notfallmanagement

Für Katastrophensituationen hat der Konzern einen Krisenstab gebildet, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt. Dazu finden regelmäßig Übungen statt.

Darüber hinaus verfügt der Konzern über eine umfangreiche schriftliche Notfallplanung der kritischen und hochkritischen Geschäftsprozesse zwecks Sicherung des Bankbetriebs und Reduzierung von Verlusten im Fall einer schweren Betriebsstörung. Auch für diese Prozesse finden regelmäßige Notfallübungen statt.

Der Konzern hat zur Koordination und Überwachung der Informationssicherheit sowie zur Überwachung des Notfallmanagements einen Chief Security Officer (CSO) benannt.

Eine enge Zusammenarbeit der Einheit Operationelle Risiken im Bereich Risiko und Controlling mit den Kernkompetenzbereichen (zum Beispiel CSO, Arbeitsgruppe Informationssicherheit und Notfallplanung für IT und Non-IT) erfolgt in regelmäßigen Arbeitstreffen und Komitees.

### Outsourcing

Im Konzern wird regelmäßig eine Risikoanalyse für MaRisk-relevante Auslagerungen zur Bestimmung der Wesentlichkeit und der mit der Auslagerung einhergehenden Risiken durchgeführt. Die Risikoanalyse stellt Kriterien zur Ermittlung der Risikosituation beim Dienstleister sowie Risikogesichtspunkte zur Ableitung der Wesentlichkeit bereit.

Im Bereich Einkaufsmanagement wurde die Steuerung der Dienstleister gebündelt. Die Einheit Dienstleistersteuerung überwacht die Durchführung der Leistungsüberwachung bei MaRisk-relevanten Auslagerungen und steht als zentrale Evidenz zum Thema Leistungsüberwachung und Dienstleistersteuerung zur Verfügung.

Die Wahrung des Datenschutzes bei der Beauftragung von externen Dienstleistern, derer sich der Konzern im Rahmen von Auftragsdatenverarbeitungen bedient, wird durch detaillierte, verbindliche interne und vertragliche Regelungen und Prozessabläufe sichergestellt.

Die entsprechenden Dienstleister werden vom Konzern sorgfältig ausgewählt. Der Konzern überzeugt sich regelmäßig von den beim Auftragnehmer getroffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Einhaltung von Datenschutz und Datensicherheit.

### Rechtsrisiken

Rechtsrisiken begegnet der Konzern grundsätzlich durch die Beobachtung des rechtlichen Umfelds, die Vorgabe von Richtlinien und die Verwendung von Standardverträgen. Für Rechtsrisiken sind ausreichend Rückstellungen gebildet.

### Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG

Wie bereits in den Lageberichten der Vorjahre dargestellt, haben die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der Berlinovo GmbH (IBG), vormals firmierend unter Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 sogenannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die BaFin hat mitgeteilt, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachtet. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

### Risiken aus der Umsetzung der Detailvereinbarung und aus der Veräußerung der wesentlichen im Immobiliendienstleistungsgeschäft tätigen Konzerngesellschaften an das Land Berlin

Der Konzern der Landesbank Berlin Holding AG (Konzern) ist durch die „Detailvereinbarung über die Abschirmung des Konzerns der Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobiliendienstleistungsgeschäft“ (DetV) vom 16. April 2002 durch das Land Berlin weitestgehend abgeschirmt. Die Abschirmung bezieht sich unter anderem auf bestimmte Patronate sowie auf die von den Konzernbanken herausgelegten Kredite an bestimmte Unternehmen des Immobiliendienstleistungsgeschäfts (IDL). Für die Übernahme der verschiedenen Garantien ist von der Holding eine Avalprovision, die sich zurzeit auf 15 Mio. € pro Jahr beläuft, zu zahlen. Daneben wurde ein an bestimmte Bedingungen geknüpfter Besserungsschein vereinbart, dessen Kosten von der Holding als der Hauptbegünstigten der DetV allein zu tragen sind.

Etwaigen Abwicklungsrisiken wird durch die einvernehmliche Abstimmung von Handlungsweisen mit der vom Land Berlin installierten Berliner Gesellschaft zum Controlling der Immobilien Altrisiken mbH (BCIA) sowie durch ein geeignetes Risikomanagement begegnet.

### Sonstige Risiken Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen

Unter strategischem Risiko versteht der Konzern das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele infolge von fehlerhaften, unvorbereiteten oder auf falschen Annahmen beruhenden strategischen Entscheidungen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.

Die durch den Vorstand der LBB verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie stellt die Zusammenfassung der Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Corporate Center dar und besteht aus dem Strategiedokument, den strategischen Bereichszielen und der Planung. In der jährlichen Strategieklausur werden die langfristigen Unternehmensziele und die strategischen Rahmenbedingungen vom Vorstand festgelegt.

Die Überwachung und Steuerung der strategischen Ziele der strategischen Geschäftsfelder und Bereiche erfolgen einmal jährlich anhand der definierten Zielerreichungsindikatoren und Zielwerte. Zusätzlich erfolgt eine unterjährige Überwachung ausgewählter Finanz- und Risikoziele anhand standardisierter Reports.

Zu den strategischen und allgemeinen Geschäftsrisiken erfolgen zweimal pro Jahr (erstmalige Erhebung per 30. Juni 2013) eine Befragung der Geschäftsfelder und deren Auswertung durch den Bereich Risikocontrolling. Eventuell notwendige Aktivitäten werden daraus abgeleitet und adressiert. Die Ergebnisse gehen in die Risikoinventur ein.

## Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Die LBB übernimmt neben der eigenen Rechnungslegung auf der Grundlage von Geschäftsbesorgungsverträgen auch Aufgaben der Rechnungslegung für die Holding, die RVG sowie für weitere Konzernunternehmen. Für die LBB und die Holding umfasst die Rechnungslegung, neben der laufenden Finanzbuchhaltung, insbesondere die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen sowie von Lage- und Konzernlageberichten. Für die RVG werden IFRS-Konzernabschlüsse erstellt. Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen. Die Rechnungslegungsprozesse sind standardisiert und unterliegen kontinuierlichen Kontrollen, die im Rahmen der Gesamtstrategie zur Risikobegrenzung durchgeführt werden.

Hierbei werden IDW PS 261 sowie DRS 20 beachtet. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren (Regelungen) zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und die Sicherstellung der Wirksamkeit der Kontrollen in Bezug auf die Rechnungslegung. Das rechnungslegungsbezogene interne Risikomanagementsystem (RMS) umfasst Maßnahmen zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung der Risiken, die dem Ziel der Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätze der HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüsse sowie der Lage- und Konzernlageberichte entgegenstehen.

Die Implementierung der Kontrollen erfolgt auf Basis der Beurteilung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ziel des IKS ist es, die auftretenden Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und anderen internen Richtlinien vollständig, zeitnah und richtig zu erfassen, zu verarbeiten und zu dokumentieren sowie Aktiva und Passiva im Abschluss zutreffend anzusetzen, auszuweisen und zu bewerten und somit Erfolge sachgerecht zu ermitteln. Die Kontrollen dienen auch dem Zweck, diese Abschlussinformationen möglichst zeitnah, verlässlich und vollständig bereitzustellen.

Bestandteile des rechnungslegungsbezogenen IKS sind prozessintegrierte und prozessunabhängige Maßnahmen. Die prozessintegrierten Maßnahmen umfassen organisatorische Sicherungsmaßnahmen wie Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Richtlinien und Kompetenzregelungen sowie Kontrollen durch manuelle Soll/Ist-Vergleiche und programmierte Plausibilitätsprüfungen. Die prozessunabhängigen Maßnahmen bestehen in Form von Prüfungen der internen Revision und übergeordneten Durchsichten durch das Management. Das rechnungslegungsbezogene RMS besteht im Einklang mit der Gesamtrisikostategie aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Risikoerfassung (Schadenfalldatenbank, Self Assessment sowie Risikoindikatoren), Maßnahmen zur Risikosteuerung und Risikoüberwachung sowie der regelmäßigen Berichterstattung.

Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen und unterstand im Geschäftsjahr 2013 nach dem Geschäftsverteilungsplan unverändert dem Vorstandsressort von Herrn Dr. Evers.

Für die Bewertung der Finanzinstrumente greift Finanzen auf die Kursversorgung des Bereichs Risiko und Controlling zurück. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt in den Bereichen Kredit und Risikobetreuung und wird für den Prozess der Abschlusserstellung übernommen.

Durch den Bereich Finanzen werden zentral einheitliche Vorgaben für die Erstellung von HGB-Jahres- und IFRS-Konzernabschlüssen, Lage- und Konzernlageberichten sowie für Steuerbilanzen gemacht. Für die Erstellung von Konzernabschlüssen erfolgt dies insbesondere durch ein Konzernhandbuch.

Die LBB hat eine Prozess- und Verfahrensdokumentation für die Erstellung von Abschlüssen und Lageberichten, welche auch die durchzuführenden Kontrollen im Prozess umfasst. Die Geschäftsvorfälle werden mittels IT-Systemen verarbeitet und gebucht. Die Handelsbücher und sonstigen Bestandsnachweise werden in elektronischer Form geführt.

Das zentrale Finanzbuchführungssystem in der LBB ist SAP ECC, Modul FI. Die Konsolidierung im Konzern erfolgt mittels SAP SEM, Modul BCS. Das Rechnungswesen ist in der Weise eingerichtet, einem sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die finanzielle Lage vermitteln zu können. Sofern das Rechnungswesen für die in den Konzernabschluss und Konzernlagebericht einbezogenen Tochterunternehmen nicht durch die LBB erfolgt, haben diese individuelle Softwareanwendungen und eigene Prozesse und Kontrollen für ihr Rechnungswesen im Einsatz. Eine interne Revision überwacht jeweils die Einhaltung des Regelsystems.

Die Steuerung der Risiken in der Rechnungslegung ist Bestandteil der Steuerung operationeller Risiken. Das Management der operationellen Risiken wird ausführlich separat beschrieben.

Impliziter Bestandteil des Prozesses zur Rechnungslegung sind Kontrollen, die systemgestützte Abgleiche, Einzelkontrollen, Stichproben, Plausibilitätsprüfungen sowie Abgleiche zu vorhandenen Datenquellen zum Gegenstand haben. Werden bei Kontrollen Abweichungen zum Sollprozess festgestellt, erfolgt die Evaluierung und Überarbeitung der betroffenen Rechnungslegungsprozesse sowie der relevanten Kontrollen. Eine Überprüfung dieser Prozesse und die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS erfolgen auch bei Veränderung der eingesetzten rechnungslegungsbezogenen Systeme sowie bei Veränderungen der Aufgaben in den betroffenen Bereichen.

Die interne Revision führt als unternehmensinterne und unabhängige Stelle prozessunabhängige Maßnahmen durch, um die Einhaltung der Regelungen und damit die Wirksamkeit des IKS zu überwachen. Die interne Revision berücksichtigt dies in ihrer rollierenden Jahresplanung und führt regelmäßig in den Bereichen Finanzen und Informationstechnologie Prüfungen durch. Daneben sind Kontrollen durch das Management (high-level controls) in Form eines Berichts- und Anweisungswesens installiert.

## Chancen- und Prognosebericht / Ausblick

### Erwartete Entwicklung / Einschätzung der wirtschaftlichen Lage

Im Nachgang einer durch hohe private und öffentliche Schuldenstände geprägten Rezession sollte die Weltwirtschaft weiterhin nur mäßige Zuwachsraten aufweisen. Vor allem in den USA und Teilen des Euro-Raums fallen die fiskalischen Einschnitte nicht mehr so deutlich aus, so dass eine stabile Entwicklung erwartet werden darf. Doch lässt die Dynamik in den Schwellenländern nach, weil der Preistrend bei Rohstoffen nicht mehr stützt und Kapitalzuflüsse spärlicher fließen, sobald sich konkrete Korrekturen der äußerst expansiven Geldpolitik in wichtigen Industriestaaten abzeichnen. Auch strukturelle Wachstumshürden kommen in diesem Länderkreis nunmehr stärker zur Geltung.

Im Euro-Raum sollten nur bescheidene Zuwachsraten erzielt werden. Da zyklische Übertreibungen bereits in den Vorjahren korrigiert worden sind und die Liquiditätsbedingungen großzügig bemessen bleiben, sollte ein Rückfall in die Rezession jedoch ausbleiben. Deutschland könnte 2014 im Jahresdurchschnitt eine Steigerung seiner Wirtschaftsleistung noch oberhalb des Trendwachstums erzielen. Die Binnen- nachfrage dürfte das Rückgrat dieser Entwicklung bilden. Mit vergleichsweise komfortablen Auftragspolstern, einer immer noch stabilen Beschäftigungslage, hohen Finanzreserven in der Realwirtschaft und einer nach wie vor guten preislichen Wettbewerbsfähigkeit wird erwartet, dass sich die Entwicklung in Deutschland auch weiterhin positiv vom übrigen Euro-Gebiet abhebt.

Die Region Berlin und Brandenburg bleibt durch eine im Bundesvergleich schwächere Einkommens- und Vermögensstruktur der Privathaushalte sowie durch eine überwiegende Zahl von Unternehmen in kleineren Umsatzgrößenklassen geprägt. Im Trend ist von einer fortgesetzten Aufholbewegung und einem insgesamt schwankungsärmeren Konjunkturverlauf auszugehen. Dies ist letztlich der Branchenmischung zuzuschreiben, die stark auf Dienstleistungen ausgerichtet ist. Namentlich sollten der Ausbau des Tourismus und die damit verbundene Stärkung des Einzelhandels sowie die überdurchschnittliche Entwicklung bei unternehmensnahen Dienstleistungen für weitere Impulse sorgen. Darüber hinaus sollte aber auch die Baukonjunktur bei günstigen Finanzierungskonditionen und gesteigertem Interesse an Sachwerten robust bleiben.

Die Europäische Zentralbank nimmt Rücksicht auf die Verschuldungssituation an der Euro-Peripherie und behält ihren stützenden Kurs mit Blick auf die damit verbundenen Risiken für den Bankensektor bei. Trotz üppiger Liquidität bleibt die Inflation niedriger als von der gemeinschaftlichen Notenbank favorisiert. In Deutschland liegt die Teuerung nicht mehr unter dem Euro-Durchschnitt; große Diskrepanzen in die Gegenrichtung sind aber ebenfalls wenig wahrscheinlich. Der gemeinsame Währungsraum bleibt krisenanfällig. In zugespitzten Marktphasen reagiert die europäische Politik aber pragmatisch, wobei Marktinterventionen und die Fortführung von international abgestimmten Auffanglösungen weiterhin taugliche Mittel sind, um einen Zerfall des Euro-Raums abzuwenden. Eine nachhaltige Entschärfung der Staatsschuldenproblematik gelingt auf diese Weise aber nicht. Temporär erhöhte Risikoaufschläge für wettbewerbsschwächere Länder sind folglich nicht auszuschließen.

Im Kreditgewerbe schmilzt mit zunehmender Dauer der Niedrigzinsphase der Ergebnisbeitrag aus der Fristentransformation ab. Gleichzeitig nehmen die Risiken zu, die im Zuge eines späteren Zinsanstiegs beispielsweise über Belastungen im Wertpapiergeschäft virulent würden. Höhere Anforderungen an das Eigenkapital sind auch künftig nicht ohne ein Abschmelzen der Bilanzen zu erreichen. Die Errichtung der europäischen Bankenunion, die sich mit Schaffung eines neuen Abwicklungsregimes wandelnden Refinanzierungsbedingungen sowie zusätzliche Anforderungen im Zuge einer europäischen Trennbankenregelung sorgen für weitere Unwägbarkeiten. Somit bewegen sich die Finanzinstitute in einem ausgesprochen schwierigen Umfeld. Dies trifft in besonderer Weise auf diejenigen Banken zu, die sich im Rahmen des Comprehensive Assessment der EZB im Jahr 2014 dem Balance Sheet Assessment und einem daran anschließenden Stresstest unterziehen müssen, deren methodische Rahmenbedingungen bislang nur teilweise bekannt beziehungsweise öffentlich sind.

### Geschäftliche Ausrichtung

Unter Berücksichtigung unserer Einschätzung zur wirtschaftlichen Lage und den nachstehend dargestellten Arbeiten zum Umbau der LBB ist die LBB/Berliner Sparkasse verstärkt darauf ausgerichtet, in ihren strategischen Geschäftsfeldern die Position im Kundengeschäft weiter auszubauen. Hierbei gilt es, die Qualität der Produkte und Dienstleistungen stetig zu verbessern. Andererseits erfordern die anstehenden qualitativen und quantitativen Eigenkapitalanforderungen nach dem CRD-IV-Gesetzeswerk eine zielgerichtete Investitions- und Desinvestitionspolitik in den jeweiligen Asset-Klassen und mindern damit die Ertragskraft.

Die Berliner Sparkasse hat eine starke Marktstellung in ihrer Kernregion Berlin. Das überregionale Kreditkarten- und Konsumentenkreditgeschäft soll die strukturell bedingt begrenzten Wachstumschancen in der Kernregion ausgleichen. Die S-Kreditpartner und die S-Servicepartner nehmen zudem immer stärker eine Rolle als Dienstleister der Sparkassenfinanzgruppe ein.

Die Steuerung des Holding-Konzerns erfolgt grundsätzlich auf Basis der nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) ermittelten Steuerungskennzahlen, die im Kapitel „Geschäftstätigkeit im Konzern“ definiert sind. Für die LBB/Berliner Sparkasse ist auf Basis der nationalen Rechnungslegungsvorschriften (Handelsgesetzbuch) die wesentliche Steuerungskennzahl das HGB-Ergebnis. Darüber hinaus erfolgt die Steuerung über die Eigenkapitalquoten gemäß Solvabilitätsverordnung und die Liquiditätskennziffer gemäß § 11 KWG sowie die Mitarbeiterkapazitäten. Die Prognosen für das Geschäftsjahr 2014 und der Vergleich zum Abschluss per 31. Dezember 2013 der Steuerungskennzahlen auf Basis der IFRS-Rechnungslegung können dem Konzernlagebericht der Landesbank Berlin Holding, Prognosebericht, entnommen werden.

In die Planung für die Geschäftsjahre 2014 bis 2018 sind die Empfehlungen der Verbandsvorsteher in ihrer Eigenschaft als Vertreter der unterbeteiligten Sparkassen vom 3. Dezember 2012 zur künftigen Zusammenarbeit von LBB und DekaBank sowie – daraus abgeleitet – zur strategischen Fortentwicklung der LBB/Berliner Sparkasse eingeflossen.



Die wesentlichen Ziele und Maßnahmen sind dabei:

- Verkauf des kundenorientierten Kapitalmarktgeschäfts mit Sparkassen und Drittkunden (Kunden-KMG) und der LBB-INVEST an die DekaBank (Transaktionsgegenstand), um dort ein bedeutender Teil der Wertpapierhaus-Strategie der DekaBank zu werden. Die Transaktionen wurden mit Ablauf des 31. Dezember 2013 realisiert. Die Zertifikatebestände aus dem Kunden-KMG verbleiben bis zu ihrer Einlösung, längstens bis zum Ablauf des 31. Dezember 2015 im Bestand der Berliner Sparkasse.
- Die Berlin Hyp wird geschäftlich und organisatorisch verselbstständigt und als überregionaler gewerblicher Immobilienfinanzierer für die gesamte Sparkassen-Finanzgruppe positioniert. In diesem Zusammenhang wird das bestehende Patronat der LBB zum Jahresende 2014 beendet. In 2014 werden die Portfolien zwischen der Berliner Sparkasse und der Berlin Hyp final aufgeteilt und entsprechend auf das jeweilige Unternehmen übertragen.
- Schaffung einer klar konturierten, in der Hauptstadt deutlich sichtbaren und wettbewerbsfähigen Berliner Sparkasse. Hierzu wurde in der neuen Mittelfristplanung für die Jahre 2014 bis 2018 die Berliner Sparkasse klar von den anderen Aktivitäten des Konzerns abgegrenzt. Damit sind Vergleichbarkeit und Transparenz während des Umbaus sichergestellt. Das Geschäftsvolumen wird sich im Planungszeitraum von etwa 70 Mrd. € auf 40 Mrd. € verringern.
- Verkauf an die DekaBank: Die Ergebnis- und Volumenanteile an den Transaktionsgegenständen an die DekaBank sind nicht mehr Bestandteil unserer Planung. Das Ergebnis aus dem Abgang des Transaktionsgegenstands wurde bereits im Jahresabschluss 2013 berücksichtigt.
- Kostenprogramm: Mit dem Umbau wurden noch einmal sämtliche Organisations- und Kostenstrukturen auf den Prüfstand gestellt. In der Konsequenz werden die Landesbankstrukturen abgebaut und damit Komplexität und Kosten erheblich reduziert. Damit einher gehen eine drastische Senkung der Sachkosten und auch der bereits angekündigte Abbau von rund 950 Mitarbeiterkapazitäten bis Ende 2017 auf dann insgesamt rund 3.800 Mitarbeiterkapazitäten in der Berliner Sparkasse und der S-Servicepartner. Weitere Elemente in diesem Zusammenhang sind die geplante Auflösung der Konzernstruktur des LBB-Konzerns bis Ende 2014/Anfang 2015, eine Kommunikationsoffensive ab 2014, die Umstellung auf HGB-Rechnungslegung ab 2015 und die Realisierung von IT-Standardlösungen (insbesondere OSPlus) in der Berliner Sparkasse.
- Treasury: Das bisherige Treasury ist hinsichtlich Größe und Komplexität auf die alten Landesbankstrukturen ausgerichtet. Es wird auf eine für Sparkassen übliche Dimension zugeschnitten und die Liquiditätsreserve, Depot-A-Geschäfte sowie die strategische Fristentransformation und die Anlage der Eigenmittel umfassen.
- Zinsprognoseeffekt: In der Mittelfristplanung 2014 bis 2018 wurde eine Zinsprognose berücksichtigt, die von einem deutlich niedrigeren Zinsniveau und einem späteren Zinsanstieg gegenüber der bisherigen Mittelfristplanung 2017 ausgeht. Das Niedrigzinsniveau führt somit im Planungszeitraum zu geringeren Zinskonditionenbeiträgen im Kundengeschäft, weil die Zinsrückgänge am Geld- und Kapitalmarkt nicht in vollem Umfang auf die Kundenkonditionen übertragen werden können.

Damit ergeben sich gegenüber dem Geschäftsjahr 2013 deutliche Auswirkungen auf die geschäftliche Situation des Jahres 2014:

Das HGB-Ergebnis der LBB/Berliner Sparkasse wird per 31. Dezember 2014 auf Basis der Planung einen Verlust in Höhe von 59 Mio. € ausweisen (31. Dezember 2013: –191 Mio. €). Dieses negative Ergebnis 2014 ist auf die Kostenremanenz aus dem Umbau der LBB zurückzuführen; die in diesem Zusammenhang geplanten Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen werden ihre volle Wirkung erst mittelfristig entfalten.

Für das Jahr 2014 wurden Mindesteigenkapitalquoten gemäß Solvabilitätsverordnung (Gesamtkennziffer: 10,5%; Kernkapitalquote: 9,0%) geplant, die deutlich unter denen nach Feststellung des Jahresabschlusses der LBB per 31. Dezember 2013 (Gesamtkennziffer: 19,2%; Kernkapitalquote: 15,3%) liegen. In dieser Planung der Kapitalquoten wurden die bislang absehbaren Effekte, unter anderem aus dem neuen CRR-Regelwerk, konservativ berücksichtigt. Unsicherheiten bestehen in Bezug auf etwaige zusätzliche Aufschläge auf die gewichteten Risikoaktiva, die im Rahmen des Balance Sheet Assessment durch die Aufsicht festgelegt werden können. Sollten sich aus dem Balance Sheet Assessment oder dem daran anschließenden Stresstest Erfordernisse zum Abschmelzen von Risikoaktiva ergeben, die über den in der Planung vorgesehenen Rückgang hinausgehen, sind negative Implikationen auf die Ertragslage nicht auszuschließen. Die Planung der Liquiditätskennziffer gemäß § 11 KWG geht von einer Mindestplanziffer von 1,2 (31. Dezember 2013: 1,76) aus.

Im Rahmen des Umbaus der LBB und des damit im Zusammenhang stehenden Kostenprogramms ist für 2014 in der LBB der Abbau von rund 400 Mitarbeiterkapazitäten (Vorjahr: 242) geplant. In diesem Abbau sind auch 65 Mitarbeiterkapazitäten enthalten, die mit Ablauf des 31. Dezember 2013 auf die DekaBank übergegangen sind.

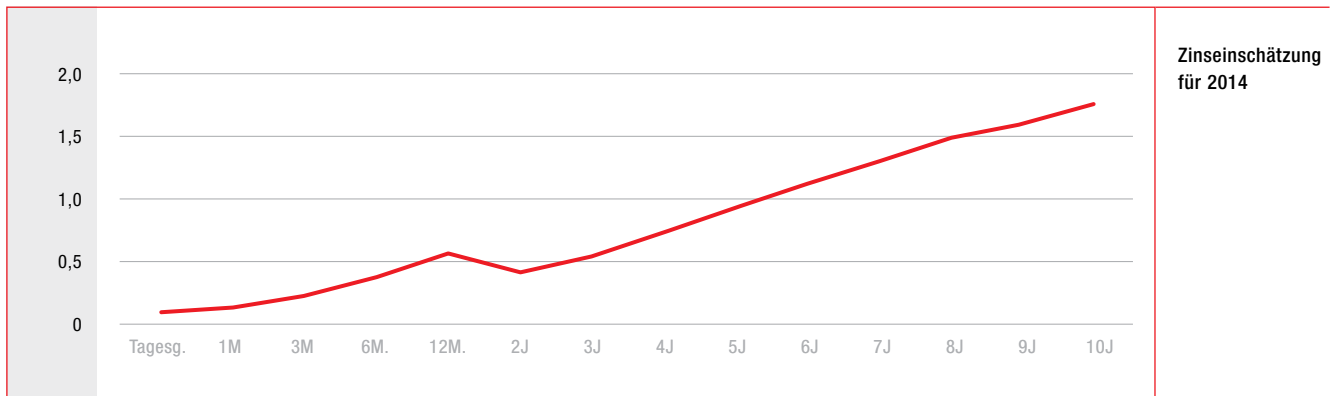
### Elemente der Mittelfristplanung

Den geschäftlichen Planungen und Prognosen liegen volkswirtschaftliche Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung zugrunde. Die anhaltende Finanz-, Wirtschafts- und Staatsschuldenkrise sowie die anstehenden veränderten qualitativen und quantitativen Eigenkapitalanforderungen nach dem CRD-IV-Gesetzeswerk sind in den Planungen berücksichtigt.

Basierend auf diesen Annahmen wurden neben den strategischen Aspekten weitere zentrale Eckpunkte festgelegt. Dabei wurden die Ziele hinsichtlich Kunden/Marktstellung, Neugeschäft, Erträgen und Risiken geplant sowie Investitionen und Kosten im Einzelnen definiert.

Aufgrund der strategischen Neuausrichtung ergeben sich ab 2014 zum Teil deutliche Anpassungen in der Abgrenzung der Geschäftsfelder des Konzerns. Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung umfasst nunmehr ausschließlich die Berlin Hyp. Das Geschäftsfeld Firmenkunden beinhaltet künftig auch das regional ausgerichtete gewerbliche Immobiliengeschäft und das Internationale Geschäft der Berliner Sparkasse. Im Geschäftsfeld Treasury werden die Liquiditätsreserve, die Depot-A-Geschäfte, die strategische Fristentransformation und die Anlage der Eigenmittel der Berliner Sparkasse zusammengefasst; die Steuerung über die bisherigen Geschäftsfelder Kapitalmarktgeschäft und Refinanzierung/Zinsmanagement entfällt. Mit der Neuausrichtung des Treasury auf die Dimensionierung der Zielsparkasse wurde zur Ertragsstabilisierung ein ergänzendes Übergangsgeschäft für vier Jahre definiert.

Bei der Entwicklung des kommenden Jahres legen wir für ausgewählte Parameter unserer Geschäftsentwicklung die folgenden Prämissen zugrunde:



- Inflationsrate Deutschland: 1,5 %
- Zuwachsrates Bruttoinlandsprodukt Berlin: 1,8 %
- Zuwachsrates Bruttoinlandsprodukt Brandenburg: 1,7 %
- Sparquote Berlin: 9,2 %
- Arbeitslosenquote Berlin: 11,0 %
- Tarifsteigerungen im Bankgewerbe: 2,2 %

#### Entwicklung der strategischen Geschäftsfelder

Die Chancen der Berliner Sparkasse ergeben sich insbesondere aus der Neupositionierung im Zusammenhang mit dem Umbau der LBB. Hierbei stehen die Konzentration der Geschäftstätigkeit der Berliner Sparkasse auf den Berliner Markt und die Eigenständigkeit der Berlin Hyp im Mittelpunkt. Die Schaffung einer klar konturierten, in der Hauptstadt deutlich sichtbaren und wettbewerbsfähigen Berliner Sparkasse bietet die Chance, die Potenziale des Berliner Markts über unsere bisherigen Aktivitäten hinaus auszuschöpfen. Die Bündelung der überregionalen gewerblichen Immobilienfinanzierung in der Berlin Hyp und die damit verbundene Eigenständigkeit eröffnen erweiterte Chancen in der Zusammenarbeit mit den Sparkassen.

Risiken sehen wir bei einer unverändert ambitionierten Vertriebsplanung insbesondere in dem sehr wettbewerbsintensiven Berliner Bankenmarkt und der weiterhin sehr flachen Zinskurve, verbunden mit den zusätzlichen Risiken der von der EZB angedachten Negativzinsen. Eine weitere Risikokomponente ergibt sich aus der frist- und sachgerechten Umsetzung des herausfordernden Kostenprogramms und den Auswirkungen auf den Vertrieb. Darüber hinaus bestehen erhebliche Risiken bei der Realisierung der Komplexitätsreduktion, insbesondere im Zusammenhang mit der Umsetzung immer neuer regulatorischer Anforderungen.

Die Refinanzierungssituation erlaubt eine weiterhin kontinuierliche Ausweitung der Kundengeschäfte.

Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Marktfelds sowie der neuen geschäftlichen Ausrichtung werden in den einzelnen strategischen Geschäftsfeldern/Segmenten folgende Entwicklungen erwartet.

### **Private Kunden**

Das Privatkundengeschäft wird nach dem Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse unverändert in seiner Struktur gegenüber dem Vorjahr fortgeführt. Die Positionierung als „beste Bank in Berlin“ sowie „unter den 10 besten Sparkassen in Deutschland“ ist weiterhin das Ziel. Die Berliner Sparkasse hat im Jahr 2013 ihre marktführende Position bei Girokonten und im Einlagengeschäft weiter festigen können – trotz steigender Bedeutung gerade von Direktbanken auch als Hauptbankverbindung. Der Marktanteil bei Privatgirokonten liegt stabil bei rund 40 %; die Einlagen konnten erfreulich ausgeweitet werden, so dass wir auch für das Jahr 2014 von einer stabilen Marktakzeptanz ausgehen.

Die Verbindung der hohen Service- und Beratungsqualität der Berliner Sparkasse mit einem fairen Preis wird von den Kunden weiterhin honoriert. Unterstrichen wird dies neben der hohen Kundenbindung unter anderem durch die positiven Bewertungen bei Umfragen, Tests und seitens der Marktanalysten. Für 2014 wird angestrebt, dieses qualitativ hohe Niveau zu halten beziehungsweise weiter auszubauen, um noch stärker auf die individuellen Bedürfnisse unserer Kunden eingehen zu können.

Der stationäre Vertrieb der Berliner Sparkasse wird auch 2014 durch seine PrivatkundenCenter zur Versorgung der Kunden mit dem Service- und Tagesgeschäft in der Fläche vertreten sein. Die kompetente Beratung zu Themen wie Altersvorsorge, Vermögensaufbau, Geldanlage und Immobilienfinanzierung wird weiterhin mit den FinanzCentern, VermögensanlageCentern und ImmobilienCentern gewährleistet. Hierbei steht vor allem eine Steigerung der Beratungskompetenz und deren stärkere Kundenwahrnehmung im Vordergrund mit dem Ziel, die Kundenzufriedenheit und -bindung weiter zu erhöhen und dadurch das Geschäft mit unseren Kunden auszubauen.

Maßnahmen wie die Einführung eines Customer-Relationship-Management-Systems sowie Prozessoptimierungen bei der Beratung des Gesamt- und Wertpapiervermögens, aber auch bei Immobilienfinanzierungen und die Qualifizierung aller Anlageberater/-innen zum „Zertifizierten Vermögensberater“ unterstützen auch 2014 dieses Ziel.

Ergänzt wird der stationäre Vertrieb durch das Private Banking, in dem vermögende Kunden professionell betreut werden. Darüber hinaus ist die Mobile Beratung mit dem Konzept der Kundenbetreuung zu Hause oder am Arbeitsplatz erfolgreich am Markt.

Um dem Kundenverhalten hinsichtlich einer stärkeren Direktkanalnutzung Rechnung zu tragen, wird gezielt auch das Direktbankgeschäft gestärkt. Mit dem weiteren Ausbau des Vertriebsbereichs Direkt soll die Wirkungskraft unserer Direktkanäle bei der Kundenansprache deutlich erhöht werden. Darüber hinaus wird von der Berliner Sparkasse aktiv das Thema „Social Media“ besetzt. Der Fokus liegt dabei auf „Kundenservice/Kundenbetreuung“ einerseits und Image sowie Infotainment/Finanzthemen andererseits. Im überregionalen Kreditkartengeschäft werden im Jahr 2014 weitere Produktinnovationen die Wettbewerbsfähigkeit stärken.

Die Fortsetzung der eingeführten Vertriebsstrategie „Wege zum Kunden“ steht unter der Zielsetzung einer konsequenten Orientierung an den Bedürfnissen der Kunden und an den regionalen Belangen der international geprägten Stadt Berlin. Ein besonderer Fokus liegt im Hinblick auf das sich stetig verändernde Kundenverhalten weiterhin auf dem Direktvertrieb sowie auf weiteren Optimierungen im stationären Vertriebsnetz.

Die Marktführerschaft und die besondere Bedeutung der Berliner Sparkasse für unsere Stadt Berlin sollen im Jahr 2014 durch die Aktivitäten „Gesicht im Markt“ für Kunden und Nichtkunden noch erlebbarer werden. Dabei soll die Berliner Sparkasse noch stärker als **der** Partner für finanzielle Bildung positioniert werden, dem Kinder- und Jugendmarkt kommt auch weiterhin eine sehr hohe Bedeutung bei. Ein weiterer Schwerpunkt liegt hier auf „Kunst und Kultur“ und darauf ausgerichteten Maßnahmen.

Die starke Abhängigkeit des Ergebnisses vom Passivgeschäft soll im Jahr 2014 über steigende Provisionserträge, vor allem durch die weitere Hinwendung zu nachhaltigeren Bestandserträgen im Wertpapiergeschäft, einen weiteren Nettozuwachs bei den Privatgirokonten, weiteres Wachstum im Drittkartengeschäft sowie den weiteren Ausbau des Konsumentenkreditgeschäfts auf eine breitere Basis gestellt werden.

Im Finanzierungsbereich wird der wesentliche Fokus im Jahr 2014 auf den Immobilienfinanzierungen im Eigengeschäft liegen, auch um ein angemessenes Gegengewicht für das Einlagenvolumen aufzubauen. Im Konsumenten- und Autofinanzierungsgeschäft mit den Sparkassen strebt die **S-Kreditpartner** eine Marktstellung unter den Top-3-Finanzierungsinstituten in Deutschland – gemessen am Finanzierungsvolumen – bis 2018 an. Die S-Kreditpartner GmbH konnte das Ziel, in der Vergangenheit verlorene Marktanteile der Sparkassen im Konsumentenkreditgeschäft zurückzugewinnen, bereits ein gutes Stück umsetzen und hat inzwischen ein Kundenkreditvolumen von gut 3,4 Mrd. € erreicht. In der Planung ist ein moderat steigendes Ergebnis vorgesehen, das im Wesentlichen aus dem Ausbau der Kooperationsbeziehungen mit den Sparkassen resultieren wird.

Risiken in allen Vertriebslinien des Privatkundengeschäfts bestehen in 2014 bei weiter verschärften gesetzlichen und regulatorischen Eingriffen in die Produkt- und Preisgestaltung sowie in die Beratungsprozesse. Beide Faktoren würden sich neben der Rücknahme von Ertragspotenzialen auch in steigenden Kosten auswirken und damit die erforderliche Umsetzung des Kostenprogramms gefährden. Hinzu kommen noch nicht exakt quantifizierbare Auswirkungen aus der historischen Niedrigzinsphase, die die Margenspielräume im Passivgeschäft einengt.

Das Geschäftsfeld Private Kunden erwartet insbesondere aus den Auswirkungen der anhaltenden Niedrigzinsphase für das nächste Geschäftsjahr ein Ergebnis, das unterhalb des Niveaus des Vorjahres liegt.

#### **Firmenkunden**

Ab 2014 umfasst das Geschäftsfeld Firmenkunden neben den bisherigen Geschäfts-, Gewerbe- und Firmenkunden in der Hauptstadtregion zusätzlich auch die regionale gewerbliche Immobilienfinanzierung der Berliner Sparkasse (bisher Teil des Geschäftsfelds Immobilienfinanzierung) sowie das Internationale Geschäft (bisher Teil des Geschäftsfelds Kapitalmarktgeschäft). Für diese drei Portfolien stellt sich die Situation wie folgt dar:

Das **Firmenkundengeschäft** der Berliner Sparkasse ist kompetenter Partner für Geschäfts-, Gewerbe- und Firmenkunden in der Hauptstadtregion und gehört zu den führenden Marktteilnehmern. Kleinteilige wirtschaftliche Strukturen, ein hoher Anteil an Dienstleistungsunternehmen sowie eine geringe Industriedichte prägen diesen Regionalmarkt. Das Betreuungskonzept basiert auf einem breiten Spektrum an Finanzdienstleistungen, das auf die jeweiligen Bedürfnisstrukturen der Unternehmen in allen Konjunkturzyklen zugeschnitten ist.

Es ist unser zentraler Anspruch, die beste Bank für alle Firmenkunden in Berlin zu sein. Mit neuer Vertriebsstruktur wollen wir Geschäfts-, Gewerbe- und mittelständische Firmenkunden noch zielgenauer betreuen und zusätzliche Potenziale erschließen. Wir verfolgen für das Jahr 2014 das Ziel, die starke Marktposition in der Region weiter auszubauen, bestehende Kundenverbindungen zu vertiefen und den Kundenbestand weiter zu erhöhen. Ergänzend zum regionalen Fokus und zur Sicherung der Ertragsbasis werden die für eine Großsparkasse typischen Geschäftschancen bei überregionalen Unternehmen ausgewählter Branchen genutzt.

Berlin hat sich in den vergangenen Jahren zur „Gründungshauptstadt“ Deutschlands entwickelt. Die Berliner Sparkasse unterstützt Unternehmensgründer durch intensive Beratung und geeignete Finanzierungsmodelle. Damit leisten wir einen wesentlichen Beitrag zur Neuansiedlung junger und kreativer Unternehmen und kommen dem Auftrag zur Stärkung und zum Ausbau der Regionalwirtschaft nach. Auch Ausgründungen aus Hochschulen und Universitäten werden zukünftig eine wichtige Rolle spielen.

Zukunftspotenziale lassen besonders die Wachstumsbranchen der Region erwarten, zu denen die Gesundheitswirtschaft sowie die Umwelt- und Energietechnik in Verbindung mit der Forschungs- und Wissenschaftsinfrastruktur zählen. Um diese Potenziale zu erschließen, haben wir die Expertise für Zukunftsbranchen wie Energie, Infrastruktur und Gesundheit in unserer neuen Vertriebsstruktur gebündelt.

Wesentliche Werttreiber für das Firmenkundengeschäft sind das Kredit- und das kurzfristige Einlagengeschäft. Hier liegen Chancen, mit weiterer Fokussierung als Hauptstadtparkasse Marktanteile zu gewinnen. Auch im Dienstleistungsgeschäft besteht die Chance, über eine forcierte Potenzialausschöpfung den Ergebnisbeitrag zu steigern.

Risiken für die Ertragsentwicklung im Berliner Markt resultieren aus der zunehmenden Wettbewerbsintensität. Belastend wirkt sich weiter auch die historische Niedrigzinsphase aus, die wesentlich zu anhaltendem Druck auf die Zinsmargen beiträgt.

Die mit Jahresbeginn 2014 auch dem Geschäftsfeld Firmenkunden zugeordnete **regionale gewerbliche Immobilienfinanzierung** ist im Großraum Berlin aktiv. Im Fokus der Betreuung stehen Investoren und Wohnungsunternehmen. Die gewerbliche Immobilienfinanzierung ist erfolgreicher Immobilienfinanzierer mit langjährigem Markt-Know-how in der Hauptstadtregion und zeichnet sich durch stabile und langfristige Kundenbeziehungen aus. Regionale Kunden werden bei ihren Projekten auch überregional begleitet.

Bei weiterhin hohen Qualitäts- und Renditeanforderungen will die gewerbliche Immobilienfinanzierung ihre Position als bedeutender regionaler Anbieter von gewerblichen Immobilienkrediten weiter festigen.

Die Entwicklung der gewerblichen Immobilienfinanzierung wird in den nächsten Jahren stark von Effekten beeinflusst, die aus der sukzessiven geschäftlichen und organisatorischen Verselbstständigung der Berlin Hyp resultieren, mit der es gegenwärtig noch enge Verflechtungen gibt. Unbeschadet dieser Aktivitäten wird beim Neugeschäft ein moderates Wachstum erwartet.

Die Risiken der Staatsschuldenkrise in der Euro-Zone haben sich bislang nicht auf den deutschen Immobilienmarkt ausgewirkt. Die hohe Nachfrage – insbesondere auch durch die Aktivitäten ausländischer Investoren – führte auch im Großraum Berlin zu steigenden Preisen. Inwieweit und mit welcher Intensität diese Nachfrage anhält, bleibt abzuwarten. Der Anstieg der Kaufpreise mit entsprechender Finanzierung birgt für die Folgejahre Risiken. Hier spielt insbesondere auch das Zinsniveau eine Rolle. Es wird unverändert an den bewährten Qualitätsanforderungen festgehalten, was sich in der Konkurrenz zu teilweise aggressiveren Marktteilnehmern negativ auf das Neugeschäft auswirken könnte.

Das ebenfalls neu dem Geschäftsfeld Firmenkunden zugeordnete **Internationale Geschäft** bietet Leistungen für Kunden der Berliner Sparkasse an und arbeitet mit Sparkassen im gesamten Bundesgebiet zusammen. Auch das Netzwerk der Sparkassengruppe S-CountryDesk wird genutzt. Zu den Produkten zählen originäre Handelsfinanzierungen wie Akkreditive und Garantien sowie von staatlichen Exportversicherern gedeckte mittel- bis langfristige Exportfinanzierungen. Die Stärkung des Vertriebs der Sparkassen im Auslandsgeschäft ist für das Internationale Geschäft eine zentrale Aufgabe. In Zusammenarbeit mit anderen Sparkassen werden marktgängige Produkte zu wettbewerbsfähigen Preisen zur Verfügung gestellt.

Risiken für die Ertragsentwicklung resultieren aus der zunehmenden Wettbewerbsintensität im Auslandsgeschäft. Hier widmen die Privatbanken verstärkt dem exportorientierten, kleinen und mittelständischen Unternehmer ihre Aufmerksamkeit. Weitere Unsicherheiten bestehen hinsichtlich der innenpolitisch motivierten Haushaltsprobleme der USA, die bei einer erneuten Zuspitzung die konjunkturelle Entwicklung beeinträchtigen können. Darüber hinaus können auch regional begrenzte Krisen und Konflikte zumindest teilweise die Realisierung des Businessplans gefährden.

Das Ergebnis des neu strukturierten Geschäftsfelds Firmenkunden wird sich im kommenden Jahr insbesondere durch die Geschäftsfelderweiterung erhöhen. Der Vorjahresvergleich bezieht sich auf das bisherige Geschäftsfeld.

#### **Immobilienfinanzierung**

Das Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung wird ab dem Geschäftsjahr 2014 ausschließlich durch die Berlin Hyp repräsentiert. Die zukunftsgerichteten Aussagen des Geschäftsfelds beziehen sich deshalb im Kern auf die Berlin Hyp.

Mit ihrem soliden Gesellschafterhintergrund, der sich intensivierenden Einbindung in die Sparkassen-Finanzgruppe, der erfolgreichen Refinanzierungsstrategie und ihrer erfahrenen Belegschaft ist die Berlin Hyp für die Zukunft in diesem herausfordernden Umfeld gut aufgestellt und wird die sich bietenden Geschäftspotenziale aktiv nutzen. Die Position als führender Anbieter für Immobilienfinanzierungen will die Bank weiter festigen. Finanzierungen in ausgewählten Auslandsmärkten erfolgen weiterhin zum Zweck einer ausgewogenen Portfoliodurchmischung.

Neben der unveränderten strategischen Ausrichtung in der gewerblichen Immobilienfinanzierung auf bundesweite Investoren-Finanzierungen und individuelle Finanzierungsstrukturen bei risikoadäquatem Pricing wird sich das Geschäftsfeld zukünftig noch stärker als Verbundpartner der Sparkassen-Finanzgruppe inklusive der Entwicklung und Einführung neuer Produkte etablieren. Dazu gehören neben dem besicherten Immo-Schuldschein unter anderem auch diverse Giro- und Anlageprodukte für Bauträger und Developer sowie die webbasierte immobilien-spezifische Software icoio für Wohnungswirtschaftsunternehmen. Dies sollte das Geschäft nachhaltig und langfristig stärken.

Vor diesem Gesamthintergrund besteht in 2014 die Chance zur Erhöhung des Hypothekenkreditbestands. Das Kommunalkreditgeschäft wird, strategisch gewollt, weiter abschmelzen. Die Wertpapierbestände werden tendenziell ebenfalls leicht sinken.

Die weitere Entwicklung des deutschen Immobilienmarktes wird, neben der unverändert bestehenden Staatsschulden- und Euro-Krise, von der Entwicklung des Konjunkturmilieus bestimmt werden. Es wird für 2014 trotz des unverändert starken Wettbewerbs auf dem Finanzierungsmarkt ein Anstieg des Neugeschäftsvolumens angestrebt. Auf die damit verbundene Stabilisierung des Zinsüberschusses im Kerngeschäft können aber eine gestiegene Margensensibilität im Kundengeschäft und ein unverändert niedriges Zinsniveau in Verbindung mit einer flachen Zinsstrukturkurve gegenläufig wirken.

Inwieweit und mit welcher Intensität diese Nachfrage anhält, bleibt abzuwarten. Der Anstieg der Kaufpreise mit entsprechender Finanzierung birgt für die Folgejahre Risiken. Es wird unverändert an den bewährten Qualitätsanforderungen festgehalten.

Daneben wird die geschäftliche und organisatorische Verselbstständigung weiter umgesetzt. Dies wird im Jahr 2014 zu Mehrbelastungen aufgrund begonnener beziehungsweise geplanter Projekte im Verwaltungsaufwand führen.

Das neu strukturierte Geschäftsfeld Immobilienfinanzierung erwartet unter Berücksichtigung der genannten Veränderungen für das nächste Geschäftsjahr ein positives Ergebnis, welches unterhalb des im Vorjahr erreichten guten Ergebnisses liegt.

### **Treasury**

Ab 2014 werden die bislang getrennten Geschäftsfelder „Kapitalmarktgeschäft“ sowie „Refinanzierung und Zinsmanagement“ in dem neuen Geschäftsfeld „Treasury“ zusammengefasst. Das bisher noch zum Kapitalmarktgeschäft zählende Internationale Geschäft wird ab 2014 mit dem Segment Firmenkunden zusammengeführt.

Der Grund für diese tief greifenden Veränderungen des Kapitalmarktgeschäfts liegt im Verkauf des kundenorientierten Kapitalmarktgeschäfts mit Sparkassen und Drittkunden (K-KMG) und der LBB-INVEST an die DekaBank mit Ablauf des 31. Dezember 2013. Das neue Zielbild der Berliner Sparkasse ist verbunden mit einer deutlichen Verkleinerung des Treasury auf eine sparkassentypische Größe. Zur zielgerichteten Steuerung des Um- und Abbaus sowie zur besseren Vergleichbarkeit des Treasury der Berliner Sparkasse mit dem anderer Großsparkassen unterscheidet die künftige Treasury-Strategie drei Portfolien:

Im „Kerngeschäft“ erfolgt die Abbildung und Steuerung sparkassentypischer Treasury-Positionen. Hier besteht keine kurzfristige Gewinnmaximierungsabsicht, vielmehr wird ein langfristiger strategischer Ansatz verfolgt. Chancen aus dem Aufbau sparkassentypischer Transformationsvolumina ergeben sich dabei erst mit dem Ablauf der derzeitigen Niedrigzinsphase.

Das zweite Portfolio bildet das auf vier Jahre befristete „Übergangsgeschäft“. Im Mittelpunkt der Steuerung dieser Positionen steht die Chance auf Ergebniserzeugung aus Credit Spreads und unterjähriger Fristentransformation.



Alle übrigen, im Abbau befindlichen Bestände werden im dritten Portfolio als „Sonstiges Geschäft“ zusammengefasst. Im Mittelpunkt der Steuerung steht weniger die Chance auf Ertragsgenerierung als vielmehr die systematische Rückführung der Positionen auf Basis einer Minimierung möglicher Verlustpotenziale.

Insgesamt wird damit das Treasury-Portfolio bis 2018 sukzessive zurückgeführt. Neuinvestitionen erfolgen selektiv unter Berücksichtigung des zukünftigen Produktkatalogs und vor dem Hintergrund der Erfüllung regulatorischer Anforderungen an die Liquiditätssteuerung.

Die Ergebnisentwicklung des Treasury hängt damit maßgeblich von der weiteren Entwicklung beim Abbau des „Sonstigen Geschäfts“ sowie der Generierung zusätzlicher Erträge aus dem „Übergangsgeschäft“ ab. Daneben bestehen übergreifende Risiken aus dem weiteren Verlauf der Finanz- und Staatsschuldenkrise. Zudem wird das Geschäftsfeld stark durch zukünftige regulatorische Änderungen beeinflusst bleiben.

Das neu strukturierte Geschäftsfeld Treasury geht für das nächste Geschäftsjahr von einem gegenüber dem Vorjahr deutlich verbesserten Ergebnis aus.

### **Sonstiges**

Im Segment Sonstiges werden die Konzernsteuerungs- und Servicefunktionen zusammengefasst. Die Ergebnisse des Segments sind maßgeblich abhängig vom Leistungsumfang der Marktfolgebereiche sowie der Zentralstäbe und ihren Leistungsbeziehungen zu den Geschäftsfeldern. Somit werden die komplexitäts- und kostenreduzierenden Maßnahmen des Kostenprogramms die künftigen Ergebnisse dieses Segments maßgeblich beeinflussen. Das Ergebnis wird für das Geschäftsjahr 2014 aufgrund der im Geschäftsjahr 2013 erfassten Restrukturierungsaufwendungen deutlich besser als im Vorjahr abschneiden und wird auf dem Niveau des Jahres 2012 erwartet.

### **Zusammenfassung / Gesamtaussage**

Die Landesbank Berlin AG/Berliner Sparkasse erwartet für das Geschäftsjahr 2014 unverändert eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung der Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Die LBB/Berliner Sparkasse geht davon aus, ihre positive Entwicklung im kundengetragenen Geschäft fortsetzen zu können. Die anhaltende Niedrigzinsphase sowie die im Zuge der verschärften regulatorischen Anforderungen umgesetzten und noch umzusetzenden Maßnahmen wirken sich auch im kommenden Jahr für die LBB/Berliner Sparkasse belastend aus. Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass sich im Zusammenhang mit dem Balance Sheet Assessment oder dem daran anschließenden Stresstest zusätzliche aufsichtliche Anforderungen ergeben, die zusätzliche negative Implikationen auf die Ergebnissituation haben können.

Weiterhin wird die Geschäftsentwicklung 2014 in hohem Maße durch die Umsetzung der getroffenen Umbaumaßnahmen geprägt sein. Mit dem Verkauf des kundenorientierten Kapitalmarktgeschäfts zur DekaBank entfallen die entsprechenden Ergebnisbeiträge. Andererseits werden die geplanten Kosteneinsparungen und Effizienzsteigerungen ihre volle Wirkung erst mittelfristig entfalten. Aufgrund der abweichenden zeitlichen Wirksamkeit dieser beiden Effekte geht der Vorstand davon aus, dass die LBB/Berliner Sparkasse im Jahr 2014 ein negatives Ergebnis vor Steuern ausweisen wird, das aber deutlich geringer ausfallen soll als im Berichtsjahr. Ab dem Geschäftsjahr 2016 erwartet der Vorstand wieder nachhaltig ein positives Ergebnis vor Steuern.

# Bilanz der Landesbank Berlin AG

zum 31. Dezember 2013

## Aktiva

in T€	Textziffern	31.12.2013	31.12.2012
Barreserve		559.329	733.478
Kassenbestand		462.175	528.668
Guthaben bei Zentralnotenbanken		97.154	204.810
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		(70.952)	(204.243)
Forderungen an Kreditinstitute	1, 4, 5, 6, 14	19.684.812	21.917.403
Hypothekendarlehen		791	1.131
Kommunalkredite		1.626.594	1.417.595
andere Forderungen		18.057.427	20.498.677
darunter: täglich fällig		(919.157)	(1.369.377)
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren		(0)	(0)
Forderungen an Kunden	1, 4, 5, 14	19.101.215	21.548.349
Hypothekendarlehen		5.431.016	5.966.992
Kommunalkredite		5.411.811	6.884.620
andere Forderungen		8.258.388	8.696.737
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren		(11.586)	(17.301)
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	2, 4, 6, 8, 12, 14	21.491.451	24.804.751
Geldmarktpapiere		0	0
von öffentlichen Emittenten		0	0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		(0)	(0)
von anderen Emittenten		0	0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		(0)	(0)
Anleihen und Schuldverschreibungen		19.088.984	21.401.135
von öffentlichen Emittenten		4.211.955	4.972.337
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		(4.060.519)	(4.796.067)
von anderen Emittenten		14.877.029	16.428.798
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		(13.102.658)	(13.947.111)
eigene Schuldverschreibungen		2.402.467	3.403.616
Nennbetrag		(2.400.000)	(3.400.000)
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	7, 8, 12, 14	366.877	462.036
Handelsbestand	6, 9	5.625.777	10.699.081
Beteiligungen	8, 12	174.794	150.391
darunter: an Kreditinstituten		(42.633)	(42.624)
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten		(39.606)	(17.346)
Anteile an verbundenen Unternehmen	8, 12	1.460.834	1.460.984
darunter: an Kreditinstituten		(1.434.437)	(1.434.436)
darunter: an Finanzdienstleistungsinstituten		(0)	(0)
Treuhandvermögen	11	2	10
darunter: Treuhandkredite		(2)	(10)
Immaterielle Anlagewerte	10	53.145	65.790
selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte		1.761	1.212
entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten		51.384	64.578
Geschäfts- oder Firmenwert		0	0
geleistete Anzahlungen		0	0
Sachanlagen	10	97.376	109.993
Sonstige Vermögensgegenstände	15	1.669.628	2.793.009
Rechnungsabgrenzungsposten	16	29.979	51.168
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		15.159	30.865
andere		14.820	20.303
<b>Gesamt</b>		<b>70.315.219</b>	<b>84.796.443</b>

## Passiva

in T€	Textziffern	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1, 4, 5	12.220.161	16.711.864
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		197.286	179.464
begebene öffentliche Namenspfandbriefe		102.329	269.004
andere Verbindlichkeiten		11.920.546	16.263.396
darunter: täglich fällig		(809.926)	(1.193.955)
darunter: zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe		(0)	(0)
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	1, 4, 5	27.306.606	28.261.795
begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe		385.222	398.677
begebene öffentliche Namenspfandbriefe		289.361	270.255
Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist		5.646.036	5.784.544
von drei Monaten		3.006.447	3.353.830
von mehr als drei Monaten		2.639.589	2.430.714
andere Verbindlichkeiten		20.985.987	21.808.319
darunter: täglich fällig		(15.171.710)	(14.390.837)
darunter: zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe und öffentliche Namenspfandbriefe		(0)	(0)
Verbrieftes Verbindlichkeiten	1, 2, 4	15.168.455	18.799.407
begebene Schuldverschreibungen		15.168.455	18.184.151
Hypothekenspfandbriefe		2.148.662	2.301.898
öffentliche Pfandbriefe		843.020	1.117.925
sonstige Schuldverschreibungen		12.176.773	14.764.328
andere verbrieftes Verbindlichkeiten		0	615.256
darunter: Geldmarktpapiere		(0)	(615.256)
Handelsbestand	17	9.564.910	14.786.010
Treuhandverbindlichkeiten	11	2	10
darunter: Treuhandkredite		(2)	(10)
Sonstige Verbindlichkeiten	18	1.098.966	1.402.446
Rechnungsabgrenzungsposten	19	64.058	86.023
aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft		36.572	42.952
andere		27.486	43.071
Rückstellungen	20	1.252.219	989.032
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		666.472	624.664
Steuerrückstellungen		5.142	4.434
andere Rückstellungen		580.605	359.934
Nachrangige Verbindlichkeiten	4, 5, 21	819.078	892.746
Fonds für allgemeine Bankrisiken		6.203	5.867
davon Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB		(5.867)	(5.867)
Eigenkapital	22	2.814.561	2.861.243
Eingefordertes Kapital		1.853.318	1.900.000
Gezeichnetes Kapital			
Grundkapital		1.200.000	1.200.000
Stille Einlage		653.318	700.000
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen		0	0
Kapitalrücklage		920.038	920.038
Gewinnrücklagen		41.205	41.205
gesetzliche Rücklage		0	0
Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen		0	0
satzungsmäßige Rücklagen		0	0
andere Gewinnrücklagen		41.205	41.205
Bilanzgewinn / Bilanzverlust		0	0
<b>Gesamt</b>		<b>70.315.219</b>	<b>84.796.443</b>
Eventualverbindlichkeiten	34	648.212	942.166
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen		648.212	942.166
Andere Verpflichtungen	34	3.080.562	1.967.977
Unwiderrufliche Kreditzusagen		3.080.562	1.967.977

## Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2013

in T€	Textziffern	1.1. – 31.12. 2013	1.1. – 31.12. 2012
Zinsaufwendungen	23, 32	530.699	853.480
davon: Aufzinsung der bankspezifischen Rückstellungen		(170)	(86)
Provisionsaufwendungen	24, 32	140.063	131.742
Nettoaufwand des Handelsbestandes	25, 32	26.230	8.723
Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	26	825.913	820.269
Personalaufwand		343.465	365.575
Löhne und Gehälter		264.125	294.708
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung		79.340	70.867
darunter: für Altersversorgung		(34.401)	(25.557)
andere Verwaltungsaufwendungen		482.448	454.694
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	10	38.001	37.060
Sonstige betriebliche Aufwendungen		128.567	106.544
davon: Aufzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen		(49.361)	(47.461)
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft	27	88.077	17.671
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere	8	84.262	92.562
Aufwand Bankenabgabe		15.752	12.562
Aufwendungen aus Verlustübernahme	29	32.674	61
Außerordentliche Aufwendungen	30	254.022	22.593
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	31	0	–1
Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen		–1.134	–993
Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken		335	0
Aufgrund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne		0	250.066
Jahresüberschuss		–	0
<b>Summe der Aufwendungen</b>		<b>2.163.461</b>	<b>2.352.339</b>
Zinserträge aus	23, 28, 32	1.274.070	1.637.054
Kredit- und Geldmarktgeschäften		1.088.031	1.255.438
festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen		186.039	381.616
Laufende Erträge aus	23, 28, 32	20.725	24.933
Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren		14.661	17.836
Beteiligungen		6.064	7.097
Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen	23	121.456	128.155
Provisionserträge	24, 28, 32	379.985	347.614
Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren	8	39.924	110.519
Sonstige betriebliche Erträge	28	136.276	104.064
davon: Abzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen		(117)	(0)
Außerordentliche Erträge		210	0
Erträge aus Verlustübernahme		190.815	0
Jahresfehlbetrag		0	–
<b>Summe der Erträge</b>		<b>2.163.461</b>	<b>2.352.339</b>

## Anhang der Landesbank Berlin AG 2013

Die Landesbank Berlin AG, Berlin, (LBB) ist Tochtergesellschaft der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, (Holding), die alleinige Aktionärin der LBB ist.

Die Landesbank Berlin AG ist Muttergesellschaft für den Teilkonzern Landesbank Berlin AG (kleinster Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB). Sie ist in den Konzernabschluss der Landesbank Berlin Holding AG einbezogen. Gemäß § 291 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 HGB stellt die Landesbank Berlin AG einen Teilkonzernabschluss nach IFRS (gemäß § 315a Abs. 1 HGB) auf.

Die LBB wird in den Konzernabschluss der Regionalverbandsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH, Neuhardenberg, (RVG-Gruppe), (größter Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 HGB) einbezogen.

Die Konzernabschlüsse der RVG-Gruppe und der Holding sowie der LBB-Teilkonzernabschluss werden im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

## Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

### Bilanzierung

Der Jahresabschluss der LBB wurde nach den Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuchs (HGB) für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes, erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) aufgestellt. Ergänzend wurden die Vorschriften der Satzung beachtet. In den Jahresabschluss ist die teilrechtsfähige Anstalt öffentlichen Rechts Berliner Sparkasse, handelsrechtlich eine Zweigniederlassung der LBB, einbezogen.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten.

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen, wurden, da diese eine Gewährleistung der betreffenden Kredite durch das Land Berlin vorsieht, den Kommunalkrediten zugeordnet.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

### Bewertung

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV) wurde beachtet. Bei Vermögensgegenständen, die gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden und deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

### Forderungen und Verbindlichkeiten

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agio- und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinsten Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen.

Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt.

Forderungen und Verbindlichkeiten aus Wertpapierpensionsgeschäften und derivativen Finanzinstrumenten mit zentralen Kontrahenten werden aufgerechnet ausgewiesen, sofern kumulativ erfüllt ist, dass sie gegenüber einem Kontrahenten in gleicher Währung mit gleicher Fälligkeit bestehen und die Aufrechnung gegenseitiger Ansprüche vereinbart wurde bzw. eine Vereinbarung über die tägliche Zahlung einer Variation Margin zur Absicherung des aktuellen Wertes besteht. Zum 31.12.2013 betrug der Aufrechnungsbetrag 1.449,6 (i.Vj.: 1.241,2) Mio. €.

### Finanzanlagen

Finanzanlagen sind zu Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen gemäß dem Niederstwertprinzip vorgenommen. Bei nur vorübergehender Wertminderung wird grundsätzlich gemäß § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB der Wert beibehalten. Davon abweichend werden Investmentfondsanteile im Anlagevermögen auch bei nur vorübergehender Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB angesetzt.

### Wertpapiere der Liquiditätsreserve

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

### Handelsbestand

Die Finanzinstrumente des Handelsbestands werden zum beizulegenden Zeitwert abzüglich eines Risikoabschlags bewertet. Alle Handelsgeschäfte werden einem Mark-to-Market-Ansatz unterzogen. Dabei werden in den jeweiligen Portfolien zunächst alle Bewertungsergebnisse vereinnahmt. Anschließend wird ein portfolioorientierter und auf dem aufsichtsrechtlich genehmigten internen Value-at-Risk-Konzept basierender Risikoabschlag vorgenommen. Für jedes Portfolio wird das Maximum des Value-at-Risk für eine historische Periode von einem Jahr und einem exponentiell gewichteten kurzfristigen historischen Beobachtungszeitraum ermittelt. Die dem Verfahren zugrunde liegenden Parameter sind ein Konfidenzniveau von 99% und eine Haltedauer von 10 Handelstagen. Der Risikoabschlag in Höhe von 12 (i.Vj.: 14) Mio. € wird im Handelsbestand ausgewiesen.

Die Risiken aus den Portfolien unterliegen einem auf das jeweilige Portfolio zugeschnittenen Risikomanagement und Limitierungssystem. Die Portfolien werden im Rechnungswesen und in der Risikoüberwachung eindeutig von anderen Geschäften abgegrenzt.

## Marktbewertung

Soweit Marktwerte verfügbar sind, werden diese als beizulegende Werte herangezogen. Im Falle nicht aktiver Märkte erfolgt die Ermittlung der beizulegenden Werte auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittenten-spezifisch) eingehen. Für die Bestimmung Letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds oder Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben.

Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen, errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von am Markt verfügbaren Marktbedingungen ermittelt. Um auch dem Kontrahentenausfallrisiko aus OTC-Derivaten Rechnung zu tragen, wird ein Credit Valuation Adjustment (CVA) berücksichtigt.

Die Steuerung der Zinsmarge aller dem Bankbuch zugeordneten Geschäfte erfolgt gesamtheitlich. Zur Sicherstellung der verlustfreien Bewertung des Bankbuchs werden die Buchwerte der zugeordneten Finanzinstrumente deren Barwerten gegenübergestellt. Sofern sich hieraus unter Berücksichtigung von Refinanzierungs-, Risiko- und Verwaltungskosten ein Verpflichtungsüberschuss ergibt, wird eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet. Die IDW-Stellungnahme zur verlustfreien Bewertung von zinstragenden Geschäften des Bankbuchs (BFA 3) wird beachtet. Zum Stichtag bestand kein negativer Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung wurde dementsprechend nicht gebildet.

## Bewertungseinheiten

Grundsätzlich werden alle ökonomischen Sicherungsbeziehungen auch nach § 254 HGB als Bewertungseinheit dargestellt, es sei denn, sie sind Teil der Gesamtbanksteuerung. In diesem Fall werden ökonomische Sicherungsbeziehungen im Rahmen der Anwendung von BFA 3 berücksichtigt. Somit werden Bestände, die im Zusammenhang mit einem betrags-, währungs- und laufzeitkongruenten Sicherungsderivat stehen, als Bewertungseinheit betrachtet und entsprechend § 254 HGB behandelt. Hierbei werden Grundgeschäfte gegen Zinsänderungs-, Währungs- und/oder Bonitätsrisiken abgesichert. Dabei werden ausschließlich Bewertungseinheiten auf Micro-Ebene gebildet, d. h., dass den Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko des Grundgeschäfts einzelne Sicherungsinstrumente gegenüberstehen. Zum Nachweis des Ausgleichs der gegenläufigen Wertveränderungen aus dem Grund- und Sicherungsgeschäft wendet die Bank für alle Bewertungseinheiten die Critical Term Match-Methode an. Im Rahmen dieser Methode wird dokumentiert, dass die wesentlichen Parameter zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft übereinstimmen. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass sich die Wertveränderungen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft von Beginn der dokumentierten Bildung der Bewertungseinheit bis zur Fälligkeit der Geschäfte, bezogen auf das abgesicherte Risiko, vollständig ausgleichen. Der wirksame Teil einer Bewertungseinheit wird bilanziell entsprechend der Einfrierungsmethode abgebildet. Darüber hinaus bestehende Unwirksamkeiten, bezogen auf das nicht abgesicherte Risiko, werden nach den allgemeinen Bilanzierungsvorschriften behandelt. Derzeit werden keine Bewertungseinheiten gebildet, in die mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen einbezogen werden.

## Rückstellungen

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC). Sie werden mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dabei wird ein Zinssatz von 4,90 % (i.Vj.: 5,06 %) zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltssteigerungen werden 2,5–5,0 % (i.Vj.: 2,5–5,0 %) und als Rententrend 1,00–2,10 % (i.Vj.: 1,00–2,50 %) angesetzt. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck 2005 G, IGSS-Sterbetafeln) verwendet. Der Aufwand aus dem bei erstmaliger Anwendung des BilMoG im Jahr 2010 entstandenen Erhöhungsbetrag wird in Anwendung von Art. 67 Abs. 1 EGHGB auf voraussichtlich 15 Jahre verteilt.

Die übrigen Rückstellungen sind zu dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst.

## Währungsumrechnung

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt grundsätzlich zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen. Für Währungen, für die die EZB keine Referenzkurse ermittelt, wurden festgestellte Kurse vom 30.12.2013 16:30 Uhr verwendet. Terminkurse wurden hieraus abgeleitet.

Soweit Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Erfolgsrealisierung nach § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB.

## Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

### Bilanz

#### 1 Fristengliederung (Restlaufzeiten)

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>		
bis drei Monate	8.493	10.867
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5.499	7.253
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.464	2.943
mehr als fünf Jahre	1.229	854
<b>Insgesamt</b>	<b>19.685</b>	<b>21.917</b>
<b>Forderungen an Kunden</b>		
bis drei Monate	3.333	4.495
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.844	2.226
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6.972	8.187
mehr als fünf Jahre	5.952	6.640
davon mit unbestimmter Laufzeit	(1.320)	(1.936)
<b>Insgesamt</b>	<b>19.101</b>	<b>21.548</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>		
bis drei Monate	10.376	13.941
mehr als drei Monate bis ein Jahr	579	1.052
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	855	1.224
mehr als fünf Jahre	410	495
<b>Insgesamt</b>	<b>12.220</b>	<b>16.712</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>		
<b>Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten</b>		
bis drei Monate (Restlaufzeit)	20	32
mehr als drei Monate bis ein Jahr	2.605	2.383
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	14	13
mehr als fünf Jahre	1	3
<b>Insgesamt</b>	<b>2.640</b>	<b>2.431</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ohne Spareinlagen</b>		
bis drei Monate	19.764	20.408
mehr als drei Monate bis ein Jahr	706	437
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	1.048	1.308
mehr als fünf Jahre	143	324
<b>Insgesamt</b>	<b>21.661</b>	<b>22.477</b>
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>		
<b>Andere verbiefte Verbindlichkeiten</b>		
bis drei Monate	0	615
<b>Gesamt</b>	<b>0</b>	<b>615</b>



## 2 Beträge, die im Folgejahr fällig werden

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
<b>Enthalten in Position:</b>		
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	5.312	5.266
Verbriefte Verbindlichkeiten / Begebene Schuldverschreibungen	3.321	3.981

## 3 Bewertungseinheiten

Grundgeschäfte wurden mit folgenden Beträgen in die Bewertungseinheiten einbezogen und gegen folgende Risiken abgesichert:

31.12.2013	Grundgeschäft	Sicherungsgeschäft			
		Zins- änderungs- risiko	Währungs- risiko	Aktien- risiko	Bonitäts- risiko
Nominalbetrag in Mio. €					
Vermögensgegenstände	8.632	x	x		
Schulden	2.418	x	x		
schwebende Geschäfte	20	x			
darin sind Nominalwerte von Derivaten als Sicherungsgeschäfte enthalten: 10.773 Mio. €					

## 4 Beziehungen zu verbundenen Unternehmen

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	7.907	10.056
Forderungen an Kunden	233	104
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	701
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	2.058	1.124
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	292	273
Verbriefte Verbindlichkeiten	62	121
Nachrangige Verbindlichkeiten	199	273

## 5 Beziehungen zu Unternehmen mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	11	0
Forderungen an Kunden	61	39
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	47	46
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	17	26
Nachrangige Verbindlichkeiten	20	20

## 6 Nachrangige Aktiva

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	50	60
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	2
Handelsbestand aktiv	0	10

## 7 Investmentvermögen

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischen Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10 %:

31.12.2013 in Mio. €	Buchwert (BW)	Marktwert (MW)	Differenz MW-BW	Ausschüttung	unterlassene Abschrei- bungen
Rentenfonds	260	260	0	10	0
Mischfonds	84	84	0	1	0
Hedgefonds	0	0	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>344</b>	<b>344</b>	<b>0</b>	<b>11</b>	<b>0</b>

## 8 Entwicklung des Finanzanlagevermögens

in Mio. €	Schuldver- schreibungen und andere festverzins- liche Wert- papiere <sup>1)</sup>	Aktien und andere nicht fest- verzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
<b>Buchwert zum 31.12.2012</b>	<b>11.920</b>	<b>442</b>	<b>150</b>	<b>1.461</b>
Anschaffungs- / Herstellungskosten zum 31.12.2012	11.926	551	193	1.527
Zugänge 2013	446	0	25	0
Abgänge 2013	3.408	123	0	0
Umbuchungen 2013	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	- 41	0	0	0
Anschaffungs- / Herstellungskosten zum 31.12.2013	8.923	428	218	1.527
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2012	6	109	43	66
Zugänge 2013 <sup>2)</sup>	55	6	0	0
Abgänge 2013	62	30	0	0
Zuschreibungen 2013	11	5	0	0
Umbuchungen 2013	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2013	- 12	80	43	66
<b>Buchwert zum 31.12.2013</b>	<b>8.935</b>	<b>348</b>	<b>175</b>	<b>1.461</b>

<sup>1)</sup> In Vorjahren wurden Wertpapiere aus der Liquiditätsreserve in das Finanzanlagevermögen umgewidmet. Die Buchwerte bei Umwidmung wurden als Anschaffungskosten behandelt. Sofern sich in der Liquiditätsreserve vorgenommene Abschreibungen nach der Umwidmung als nicht dauerhaft erwiesen, erfolgt die Zuschreibung. Der Buchwert solcher Wertpapiere liegt dann über den im Anlagespiegel genannten Anschaffungskosten. Die tatsächlichen historischen Anschaffungskosten werden nicht überschritten.

<sup>2)</sup> Im laufenden Jahr wurden Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 in Höhe von 24 (i.Vj.: 6) Mio. € und nach § 253 Abs. 3 Satz 4 in Höhe von 37 (i.Vj.: 2) Mio. € vorgenommen.

Für folgende Wertpapiere des Anlagevermögens wurde auf Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert gem. § 253 Abs. 3 Satz 4 HGB verzichtet, weil die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird:

in Mio. €	31.12.2013			31.12.2012
	Buchwerte	beizulegende Zeitwerte	unterlassene Abschrei- bungen kumuliert	unterlassene Abschrei- bungen kumuliert
Schuldverschreibungen	1.967	1.919	48	241
Aktien	0	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>1.967</b>	<b>1.919</b>	<b>48</b>	<b>241</b>

Die Einschätzung, dass die Wertminderungen für Schuldverschreibungen nicht dauerhaft sind, stellt im Wesentlichen auf die Beurteilung der Ausfallwahrscheinlichkeit der Forderungen ab und nicht auf liquiditäts- bzw. credit-spread-induzierte Wertschwankungen. Dies folgt der Absicht, die Papiere bis zur Fälligkeit im Anlagevermögen zu halten.

## 9 Handelsbestand aktiv

Beizulegender Zeitwert in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.335	1.370
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	49	94
Forderungen	1	0
derivative Finanzinstrumente	4.241	9.235
<b>Gesamt</b>	<b>5.626</b>	<b>10.699</b>

## 10 Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände

Im Rahmen der eigenen Geschäftstätigkeit werden Immobilien mit einem Buchwert von 23 (i.Vj.: 23) Mio. € genutzt.

Gegenstände der Betriebs- und Geschäftsausstattung sind in Höhe von 74 (i.Vj.: 87) Mio. € enthalten.

Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige überwiegend lineare Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten.

Immaterielle Vermögensgegenstände / Sachanlagen	Nutzungsdauer
Gebäude	25 / 33 / 50 Jahre
Mietereinbauten	15 / 25 / 33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8 – 13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5 – 25 Jahre
Büromaschinen / EDV-Anlagen	3 – 8 Jahre
Fernsprechanlagen	8 – 10 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3 – 5 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150 € werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang behandelt. Für Wirtschaftsgüter bis 1.000 € netto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die über 5 Jahre abgeschrieben werden. Das Wahlrecht nach § 6 Abs. 2a EStG wird seit Einführung einheitlich ausgeübt. Für Wirtschaftsgüter bis maximal 2.000 € brutto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die differenziert je nach Anlageklasse über 3–13 Jahre abgeschrieben werden.

Entwicklung der Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenstände:

in Mio. €	a.) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	b.) entgeltlich erworbene Konzessionen, gew. Schutz- rechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	d.) geleistete Anzahlungen	Immaterielle Anlagewerte gesamt	Sachanlagen
<b>Buchwert zum 31.12.2012</b>	<b>1</b>	<b>65</b>	<b>0</b>	<b>66</b>	<b>110</b>
Anschaffungs- / Herstellungskosten zum 31.12.2012	1	205	0	206	307
Zugänge 2013	1	8	0	9	11
Abgänge 2013	0	20	0	20	25
Umbuchungen 2013	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0
Anschaffungs- / Herstellungskosten zum 31.12.2013	2	193	0	195	293
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2012	0	140	0	140	197
Zugänge 2013 <sup>1)</sup>	0	19	0	19	23
Abgänge 2013	0	17	0	17	24
Zuschreibungen 2013	0	0	0	0	0
Umbuchungen 2013	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0
Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2013	0	142	0	142	196
<b>Buchwert zum 31.12.2013</b>	<b>2</b>	<b>51</b>	<b>0</b>	<b>53</b>	<b>97</b>

<sup>1)</sup> Im laufenden Jahr wurden Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 3 HGB in Höhe von 5,0 (i.Vj.: 0,3) Mio. € vorgenommen.

Die Forschungs- und Entwicklungskosten belaufen sich im Geschäftsjahr auf 2,9 Mio. €, davon entfallen 1,0 Mio. € auf selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

## 11 Treuhandgeschäfte

Die ausgewiesenen Treuhandgeschäfte betreffen vollständig die Bilanzposten Forderungen an Kunden und Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten.

## 12 Börsenfähigkeit/Börsennotierung

in Mio. €	börsenfähig		börsennotiert		nicht börsennotiert	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	19.089	21.401	18.777	20.398	312	1.003
Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	57	70	3	6	54	64
Beteiligungen	3	0	0	0	3	0
Anteile an verbundenen Unternehmen	1.198	1.198	0	0	1.198	1.198

## 13 Bestände in Fremdwährung

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Vermögensgegenstände	2.785	3.940
Verbindlichkeiten	1.090	1.999

## 14 Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände

Nominalwert in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
verpfändet bei dem ESZB		
Anleihen und Schuldverschreibungen	14.199	11.251
Wirtschaftskredite	2.224	2.102
bei der Eurex hinterlegt		
Anleihen und Schuldverschreibungen	1.299	920
Sicherheitenstellung i.R.v. Pensions- und Leihegeschäften		
Anleihen und Schuldverschreibungen	645	576
Deckungsmasse für begebene Pfandbriefe		
Anleihen und Schuldverschreibungen	730	677
<b>Gesamt</b>	<b>19.097</b>	<b>15.526</b>

Am Jahresende betrug die Inanspruchnahme aus im Rahmen des ESZB für geldpolitische Instrumente an Zentralbanken als Sicherheiten verpfändete Vermögensgegenstände 1.700 (i.Vj.: 1.060) Mio. €.

Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere wurden zum Bilanzstichtag mit einem Marktwert von 2 (i.Vj.: 1) Mio. € zur Insolvenzversicherung von Altersteilzeitguthaben bei einer inländischen Bank hinterlegt.

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 4.959 (i.Vj.: 9.888) Mio. €.

Als Sicherheiten für emittierte Schuldverschreibungen wurden Refinanzierungsdarlehen in Form von Schuldscheindarlehen in Höhe von 255 (i.Vj.: 255) Mio. € an Sparkassen herausgelegt und an einen Sicherheitentreuhänder verpfändet.

## 15 Sonstige Vermögensgegenstände

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen aus Collateral	1.361	2.493
Forderungen aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	261	161
Übrige	48	139
<b>Gesamt</b>	<b>1.670</b>	<b>2.793</b>

## 16 Aktive Rechnungsabgrenzungsposten

Ausgewiesen werden Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag und Auszahlungsbetrag von Forderungen in Höhe von 7,3 (i.Vj.: 19,2) Mio. € sowie von Wertpapieren in Höhe von 2,7 (i.Vj.: 3,0) Mio. €.

Der Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten beläuft sich auf der Aktivseite auf 7,5 (i.Vj.: 11,2) Mio. €.

## 17 Handelsbestand passiv

Beizulegender Zeitwert in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten	5.586	5.502
derivative Finanzinstrumente	3.967	9.270
Zwischensumme	9.553	14.772
Risikoabschlag (VaR)	12	14
<b>Gesamt</b>	<b>9.565</b>	<b>14.786</b>

## 18 Sonstige Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Verbindlichkeiten aus Collateral	840	1.064
Verbindlichkeiten aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	152	117
Verbindlichkeiten ggü. Finanzbehörden	8	10
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	7	19
Abgegrenzte Zinsen für nachrangige Verbindlichkeiten	5	5
Übrige	87	187
<b>Gesamt</b>	<b>1.099</b>	<b>1.402</b>

## 19 Passive Rechnungsabgrenzungsposten

Unterschiedsbeträge zwischen dem Nennbetrag von Forderungen und deren Auszahlungsbetrag werden in Höhe von 5,4 (i.Vj.: 7,2) Mio. € ausgewiesen.

## 20 Rückstellungen

Entwicklung der Pensionsrückstellungen:

in Mio. €	31.12.2012	Verbrauch	Auflösung	Umbuchung	Zuführung	Aufzinsung	31.12.2013
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	625	34	0	-10	46	39	666
<b>Gesamt</b>	<b>625</b>	<b>34</b>	<b>0</b>	<b>-10</b>	<b>46</b>	<b>39</b>	<b>666</b>

Der zum Geschäftsjahresende in Anwendung der Übergangsregelung gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB noch nicht ausgewiesene Rückstellungsbetrag beläuft sich auf 140 (i.Vj.: 153) Mio. €.

Entwicklung der Steuerrückstellungen und der anderen Rückstellungen:

in Mio. €	31.12.2012	Verbrauch	Auflösung	Umbuchung	Zuführung	Aufzinsung	31.12.2013
<b>Steuerrückstellungen</b>	<b>4</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1</b>	<b>0</b>	<b>5</b>
Restrukturierung	120	18	3	0	237	7	343
Finanzgeschäfte	21	6	1	0	7	0	21
Kreditgeschäft	11	1	4	0	2	0	8
Personalbereich	94	47	2	0	15	1	61
Sparprämien	7	6	0	0	6	0	7
Ankaufsverpflichtungen aus Immobilienfonds	26	0	0	0	9	2	37
Sonstige	81	29	10	-11	72	1	104
<b>Andere Rückstellungen</b>	<b>360</b>	<b>107</b>	<b>20</b>	<b>-11</b>	<b>348</b>	<b>11</b>	<b>581</b>

Die Zuführung zu den Restrukturierungsrückstellungen wurde durch die beschlossene Reduzierung und Konzentration auf den Geschäftsumfang der Berliner Sparkasse erforderlich. Sie beinhaltet notwendige Trennungskosten im Rahmen des Mitarbeiterabbaus, Rückbauaufwendungen für Informationstechnologie und Geschäftsflächen sowie Kostenremanenzen aus der vorzeitigen Aufgabe von Standorten und IT-Leistungsbezügen, für die jeweils längerfristige vertragliche Verpflichtungen bestehen.

## 21 Nachrangige Verbindlichkeiten

Nominalwerte 31.12.2013 in Mio.					
lfd. Nr.	Währung		EUR	Zinssatz	Fälligkeit
(1) *	JPY	1.000	7	FRN	2018
(2) *	JPY	2.000	14	FRN	2018
(3)	EUR	1	1	6,70000	2018
(4)	EUR	10	10	6,70000	2018
(5)	EUR	20	20	6,62500	2018
(6)	EUR	5	5	6,61000	2018
(7)	EUR	20	20	6,60000	2018
(8)	EUR	1	1	6,60000	2018
(9)	EUR	1	1	6,60000	2018
(10)	EUR	5	5	6,64000	2018
(11)	EUR	5	5	6,63000	2018
(12)	EUR	5	5	6,65500	2018
(13)	EUR	10	10	6,68000	2018
(14)	EUR	10	10	6,82000	2018
(15)	EUR	10	10	6,82000	2018
(16) *	EUR	75	75	mindestens 4,75000	2019
(17)	EUR	500	500	5,87500	2019
(18)	EUR	1	1	5,67000	2019
(19)	EUR	5	5	5,67000	2019
(20)	EUR	1	1	5,60000	2019
(21)	EUR	10	10	5,85000	2020
(22) *	JPY	15.000	103	5,15000	2027

Die mit (\*) gekennzeichneten nachrangigen Verbindlichkeiten wurden bei verbundenen Unternehmen aufgenommen. Die Mittelaufnahmen (17) und (22) überstiegen jeweils 10 % des gesamten Nachrangkapitals.

Der Zinssatz für die nachrangige Verbindlichkeit (16) wurde wie folgt vereinbart: 4,75 % bis 31. März 2009, danach 4,75 % + 81 % der Differenz der am Zinstag gültigen 10-Jahres-Euro-Swap-Rate (Constant Maturity Swap) minus 4,75 %, jedoch mindestens 4,75 %.

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten 2013 betrug 22,0 (i.Vj.: 27,6) Mio. € unter Berücksichtigung von Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 24,1 (i.Vj.: 34,2) Mio. €.

Ansprüche von Gläubigern auf Rückzahlung dieser Verbindlichkeiten sind gegenüber anderen Gläubigern nachrangig. Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten erfüllen die Voraussetzungen des § 10 Abs. 5a KWG. Zum 31. Dezember 2013 sind 816,0 (i.Vj.: 871,2) Mio. € als haftendes Eigenkapital anrechenbar. Von den nachrangigen Verbindlichkeiten wurden 124,4 (i.Vj.: 198,0) Mio. € in Fremdwährung aufgenommen. 123,7 (i.Vj.: 30,8) Mio. € sind vor Ablauf von 5 Jahren fällig, davon sind 0,0 (i.Vj.: 30,8) Mio. € vor Ablauf von 2 Jahren fällig.

## 22 Eigenkapital

Das Grundkapital betrug gemäß § 3 der Satzung der LBB zum 31. Dezember 2013 1.200,0 Mio. € und ist in 1.200.000.000 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Weiterhin besteht eine typische stille Einlage der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Berlin in Höhe von brutto 700,0 Mio. €. Netto, d. h. nach Zuweisung anteiliger Verluste, wird die Einlage mit 653,3 (i.Vj.: 700,0) Mio. € ausgewiesen. Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 920,0 (i.Vj.: 920,0) Mio. €.

Die Gewinnrücklagen sind in der Höhe des Restbuchwerts der aktivierten, selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenstände von 1,8 Mio. € ausschüttungsgesperrt.

## Gewinn- und Verlustrechnung

### 23 Zinsüberschuss

in Mio. €	2013	2012
Zinserträge	1.274	1.637
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.088	1.255
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	186	382
Laufende Erträge	21	25
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	15	18
aus Beteiligungen	6	7
aus verbundenen Unternehmen	0	0
Erträge aus Gewinngemeinschaften	121	128
Zinsaufwendungen	531	853
für Einlagen	217	426
für verbrieftete Verbindlichkeiten	292	399
für nachrangige Verbindlichkeiten	22	28
<b>Gesamt</b>	<b>885</b>	<b>937</b>

Im Zinsüberschuss sind aperiodische Zinsaufwendungen in Höhe von 0,4 (i.Vj.: 1,5) Mio. € und aperiodische Zinserträge in Höhe von 1,0 (i.Vj.: 1,1) Mio. € enthalten.

### 24 Provisionsüberschuss

in Mio. €	2013	2012
Wertpapier- und Emissionsgeschäft	35	30
Wertpapiere / Vermögensanlagen	35	30
Emissions- u. Konsortialgeschäft	0	0
Zahlungsverkehr / Kontoführung	91	93
Kreditgeschäft	27	24
Kreditgeschäft	22	18
Avalprovisionen	1	2
Auslandsgeschäft	4	4
Kartengeschäft	74	61
Sonstiges Dienstleistungsgeschäft	13	8
Sorten- / Devisengeschäft	1	1
Sonstige Dienstleistungen	12	7
<b>Gesamt</b>	<b>240</b>	<b>216</b>



**25 Nettoaufwand / Nettoertrag des Handelsbestandes**

in Mio. €	2013	2012
Nettoaufwand / Nettoertrag des Handelsbestandes	-26	-9

**26 Andere Verwaltungsaufwendungen**

in Mio. €	2013	2012
Gebäude- und Raumkosten	105	108
EDV	129	133
Werbung und Marketing	26	23
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	55	27
Geschäftsbetriebskosten	50	49
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
Personalabhängige Sachkosten	10	9
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	106	104
<b>Gesamt</b>	<b>483</b>	<b>455</b>

Auf die Angabe des vom Abschlussprüfer berechneten Gesamthonorars wird gemäß § 285 Nr. 17 letzter Satzteil HGB verzichtet.

**27 Risikovorsorge**

in Mio. €	2013	2012
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	91	124
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	-3	-106
<b>Gesamt</b>	<b>88</b>	<b>18</b>

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt. Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung entsprechend erhöht, weil sich entweder die Sicherheitenbewertung und/oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Engagements, für die keine Einzelwertberichtigung erforderlich ist, werden pauschal wertberichtigt. Die Pauschalwertberichtigung wird auf Basis eines Portfolioansatzes unter Einbeziehung der Parameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Sicherheiten sowie Erlös- und Einbringungsquoten ermittelt.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft hat sich wie folgt entwickelt <sup>1)</sup>:

in Mio. €	Adressenrisiko							
	Direktabschreibungen		Einzelwertberichtigung		Pauschalwertberichtigung		Rückstellungen Kreditgeschäft	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
<b>Stand 1.1.</b>			<b>690</b>	<b>680</b>	<b>56</b>	<b>64</b>	<b>11</b>	<b>15</b>
Zuführungen			138	175	3		2	1
Inanspruchnahmen			290	113			1	1
Auflösungen			55	58	2	8	4	4
Direktabschreibungen	12	22						
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	4	4						
Umbuchungen <sup>2)</sup>			5	6				
Wechselkursänderungen								
<b>Stand 31.12. <sup>1)</sup></b>	<b>8</b>	<b>18</b>	<b>488</b>	<b>690</b>	<b>57</b>	<b>56</b>	<b>8</b>	<b>11</b>

<sup>1)</sup> Ohne EWB auf Altkredite in Höhe von 6,1 (i.Vj.: 9,7) Mio. €.

<sup>2)</sup> Auflösungen zugunsten der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 3,4 (i.Vj.: 0,6) Mio. €.

Der Bestand der Kredit-Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Forderungen an Kreditinstitute	14	16
Forderungen an Kunden <sup>1)</sup>	544	742
Rückstellungen	8	11
<b>Gesamt</b>	<b>566</b>	<b>769</b>

<sup>1)</sup> Angaben ohne Altkredite.

Länderrisiko Kreditgeschäft		Gesamt		davon GuV-wirksam	
2013	2012	2013	2012	2013	2012
12	12	769	771		
2	3	145	179	145	179
		291	114		
1	3	62	73	62	73
				12	22
				4	4
		5	6		
		0	0		
<b>13</b>	<b>12</b>	<b>566</b>	<b>769</b>	<b>91</b>	<b>124</b>

## 28 Geografische Aufteilung von Ertragspositionen

Die nachfolgende geografische Aufteilung der Ertragspositionen erfolgt nach dem Standort der den Ertrag erzielenden Bankteile.

in Mio. €	Erträge aus dem Inland		Erträge aus dem Ausland		Erträge insgesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Zinserträge	1.252	1.552	22	85	1.274	1.637
Laufende Erträge aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren, Beteiligungen und Anteilen an verbundenen Unternehmen	21	25	0	0	21	25
Provisionserträge	371	343	9	4	380	347
Sonstige betriebliche Erträge	135	103	1	1	136	104

Die Niederlassung London wurde in 2013 geschlossen. Die Niederlassung Luxemburg wird in 2014 geschlossen.

## 29 Aufwendungen aus Verlustübernahme

Die Aufwendungen aus Verlustübernahme resultieren ausschließlich aus der Verlustübernahme in Höhe von 32,7 (i.Vj.: 0,0) Mio. € für die S-Servicepartner GmbH.

## 30 Außerordentliche Aufwendungen

in Mio. €	2013	2012
Zuführung zu Restrukturierungsrückstellungen	237	10
Sonderabschreibungen im Zusammenhang mit der Restrukturierung	4	0
Zuführung zu Pensionsrückstellungen (Art. 67 Abs. 1 EGHGB)	13	13
<b>Gesamt</b>	<b>254</b>	<b>23</b>

## 31 Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Aufgrund der steuerlichen Organschaft mit der Holding wird das inländische Ergebnis bei dieser versteuert. Auch die ausländischen Niederlassungen weisen ansonsten keinen laufenden Ertragsteueraufwand aus, da sie über steuerliche Verlustvorträge verfügen bzw. ein negatives steuerliches Ergebnis erzielt haben.

Latente Steuern auf temporäre Differenzen, die auf das inländische Stammhaus der LBB entfallen, werden beim Organträger Holding ausgewiesen.

## 32 Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen

in Mio. €	Private Kunden	Firmenkunden	Immobilienfinanzierung	Aktivitäten am Kapital- und Geldmarkt	Gesamt
Zinsüberschuss	328	106	122	329	885
davon enthaltene Beteiligungserträge <sup>1)</sup>	1	2	0	3	6
Provisionsüberschuss	201	42	7	-10	240
Nettoaufwand / Nettoertrag des Handelsbestands <sup>2)</sup>	0	0	-1	-25	-26

<sup>1)</sup> Erträge ohne verbundene Unternehmen und Gewinngemeinschaften. Die Beteiligungserträge sind den strategischen Geschäftsfeldern entsprechend der Zuordnung der Beteiligungen zugeordnet.

<sup>2)</sup> Unter Immobilienfinanzierung sind Bewertungsverluste aus Derivaten im Zusammenhang mit notleidenden Krediten (Portfolio Credit Value Adjustments) enthalten.

## Sonstige Angaben

### 33 Außerbilanzielles Geschäft / Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin (Einzelheiten siehe Lagebericht) ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht einen Haftungsausgleich nach darin bestimmten Regeln vor, die sich im Wesentlichen an den Beteiligungsverhältnissen an der haftungsverursachenden Gesellschaft orientieren. Mit Vertrag vom 19. Dezember 2005 hat die Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) die wesentlichen von der Detailvereinbarung abgeschirmten Gesellschaften des Immobiliendienstleistungsgeschäfts an das Land Berlin veräußert. Die Detailvereinbarung enthält ferner Regelungen zu einem Besserschein, der als Teilgewinnabführungsvertrag mit der Holding mit einer Laufzeit von 15 Jahren ausgestaltet ist und sich an definierten Eigenkapitalquoten orientiert. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist durch die Holding ein Festbetrag von jährlich 15 Mio. € an das Land Berlin zu zahlen. Die interne Aufteilung dieser Kosten erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht eine teilweise Kostenerstattung durch die LBB entsprechend dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie abgeschirmten Kredite der LBB zu den insgesamt abgeschirmten Krediten vor.

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank war es erforderlich, den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank zu gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31. August 2005 entstanden sind, und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9. Dezember 2005 entstanden sind. Sie stellt kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung der LBB und Holding sind die genannten Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Die LBB ist zu 100 % an der Berlin Hyp AG beteiligt, welche der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen angeschlossen ist. Die LBB ist gemäß Erklärung vom 12. Dezember 2007 verpflichtet, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband e.V. als Träger der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen alle Aufwendungen einschließlich Zinsen und Zinsentgang für Hilfsmaßnahmen zu ersetzen, die nicht aus Mitteln des für die Berlin Hyp AG gebildeten Fonds bestritten werden können.

Gemäß § 5 Abs. 10 des Statuts für den Einlagensicherungsfonds des Bundesverbands der deutschen Banken ist die LBB darüber hinaus direkt verpflichtet, den Bundesverband deutscher Banken e.V. von Verlusten freizustellen, die bei ihm durch Maßnahmen zugunsten der netbank AG anfallen.

Die LBB selbst ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen. Deren jährliche Beiträge werden nach risikoorientierten Grundsätzen bemessen. Daraus resultiert für die LBB eine Nachschussverpflichtung in Höhe von 39 (i.V.: 67) Mio. €. Sofern ein Stützungsfall eintritt, können die Nachschüsse sofort eingefordert werden.

Im Rahmen der Gründung der S-Kreditpartner GmbH (SKP) haben die Gesellschafter Kreditbestände in die Gesellschaft übertragen. Für diese Kreditportfolien wurden jeweils Ertragswerte ermittelt. Die Gesellschafter übernahmen dabei eine Garantie für die im Rahmen der Ertragswertermittlung angesetzten Cashflows aus den Kreditverträgen (Zins- und Tilgungsleistungen, Provisionszahlungen, erwartete Kreditausfälle). Unterschreiten die tatsächlichen Cashflows die bei der Bewertung angesetzten, hat der jeweilige Gesellschafter einen entsprechenden Ertragszuschuss in die SKP zu leisten. Überschreiten die tatsächlichen Cashflows die bei der Bewertung angesetzten, kommt es zu anteiligen Ausgleichszahlungen zwischen den Gesellschaftern. Das Volumen des von der LBB garantierten Kreditportfolios betrug zum 31.12.2013 noch 48,1 Mio. €.

Die LBB trägt bei ihren Tochterunternehmen Berlin Hyp AG, Berlin, und Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg, von politischen Risiken abgesehen, dafür Sorge, dass diese Gesellschaften ihre Verpflichtungen erfüllen können. Das Patronat zugunsten der Berlin Hyp AG, Berlin endet zum 31.12.2014.

Aus Mietverträgen mit einzelnen Laufzeiten bis in das Jahr 2026 ergeben sich zukünftige Belastungen von insgesamt 836,7 (i.Vj.: 902,5) Mio. €; davon 0,0 (i.Vj.: 1,0) Mio. € gegenüber verbundenen Unternehmen.

Einzahlungsverpflichtungen für Beteiligungssachverhalte der Bank bestanden zum Jahresende in Höhe von 15,5 (i.Vj.: 18,1) Mio. €.

Aus dem Vertrieb geschlossener Immobilienfonds ist die LBB verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile im Jahre 2019 zu einem Preis von 100 % des Nominalbetrags (101,3 Mio. €) zu erwerben. Zur Abschirmung von sich daraus wahrscheinlich ergebenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 38,2 (i.Vj.: 26,7) Mio. €.

Wertpapierleihegeschäfte werden mit dem Ziel getätigt, die Lieferfähigkeit des Wertpapierhandels sicherzustellen und Shortbestände einzudecken sowie bestehende Handelspositionen gegen Gebühr zu verleihen. Dabei werden die entliehenen Wertpapiere in der Bilanz nicht ausgewiesen, verliehene Wertpapiere werden weiterhin bilanziert. Die Risiken aus diesen Geschäften bestehen im Settlementrisiko. Es lässt sich als Unterschiedsbetrag zwischen dem Marktwert der zugrunde liegenden Wertpapiere und den erhaltenen bzw. gestellten Sicherheiten definieren. Vorteile ergeben sich aus den Zusatzerträgen aus Leihegebühren für die verliehenen Wertpapiere. Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere im Wert von 3.983 (i.Vj.: 4.890) Mio. € verliehen und im Wert von 5.749 (i.Vj.: 6.449) Mio. € entliehen.

### 34 Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen

Das Risiko einer Inanspruchnahme der unter der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungsverträgen und unwiderruflichen Kreditzusagen wird aufgrund der gegenwärtigen Bonität und des bisherigen Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer als gering eingeschätzt. Erkennbare Anhaltspunkte, die eine andere Beurteilung erforderlich machen würden, liegen uns nicht vor.

### 35 Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite

in T€	2013	2012
Gesamtbezüge des Vorstands	4.709	5.068
(davon erfolgsabhängige variable Vergütung)	(317)	(210)
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats <sup>1)</sup>	257	262
Zuführung zu Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern	1.977	1.951
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern zum Jahresende zurückgestellt	11.503	11.142
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt <sup>2)</sup>	6.936	6.684
für Pensionsverpflichtungen gegenüber diesem Personenkreis zurückgestellt	70.194	67.932

<sup>1)</sup> ohne Umsatzsteuer

<sup>2)</sup> Darin enthalten für Vorjahre i.H.v. 128 (i.Vj.: 86) T€. Hierin nicht enthalten ist eine in 2013 für ein Vorstandsmitglied durch die Berlin Hyp AG ausgezahlte erfolgsabhängige (variable) Vorbehaltsvergütung für Vorstandstätigkeiten in den Jahren 2009 und 2010 i.H.v. 81 (i.Vj.: 81) T€.

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o. Ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in T€	2013	2012
an Mitglieder des Vorstands	5	4
an Mitglieder des Aufsichtsrats	170	179

Die Salden beinhalten zu Kundenkonditionen gewährte Annuitätendarlehen sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten.

### 36 Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	2013	2012
Vollzeitbeschäftigte	3.283	3.441
Teilzeitkräfte	1.050	1.074
Auszubildende	177	166
<b>Gesamt</b>	<b>4.510</b>	<b>4.681</b>

### 37 Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und anderen Mitarbeitern der LBB in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 1 und 2 zum Anhang dargestellt.

**38 Angaben über derivative Geschäfte**

## Anlagebuch

## Produktbereiche des derivativen Geschäfts per 31.12.2013

in Mio. €	Restlaufzeit			Nominalbetrag Summe	positive Marktwerte	negative Marktwerte
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre			
<b>Zinsderivate</b>	<b>5.541</b>	<b>26.318</b>	<b>10.090</b>	<b>41.949</b>	<b>2.044</b>	<b>1.776</b>
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	5.541	26.318	10.090	41.949	2.044	1.776
Zinsswaps	5.541	26.318	10.090	41.949	2.044	1.776
Forward Rate Agreements	0	0	0	0	0	0
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0
Swaptions	0	0	0	0	0	0
Options, Käufe	0	0	0	0	0	0
Options, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Caps, Floors	0	0	0	0	0	0
<b>Währungsderivate</b>	<b>96</b>	<b>826</b>	<b>0</b>	<b>922</b>	<b>14</b>	<b>17</b>
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	96	826	0	922	14	17
Devisentermingeschäfte	0	0	0	0	0	0
Cross-Currency-Swaps	96	826	0	922	14	17
Devisenoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0
<b>Aktienderivate und sonstige</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	0	0	0	0	0	0
Aktien-Index-Swaps	0	0	0	0	0	0
Aktien- / Indexoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Aktien- / Indexoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Embeddeds	0	0	0	0	0	0
<b>Kreditderivate</b>	<b>315</b>	<b>693</b>	<b>22</b>	<b>1.030</b>	<b>5</b>	<b>3</b>
<b>Gesamt</b>	<b>5.952</b>	<b>27.837</b>	<b>10.112</b>	<b>43.901</b>	<b>2.063</b>	<b>1.796</b>

Die Derivate der LBB im Anlagebuch dienen der Steuerung der Zinsänderungsrisiken im Bankbuch.

Die Steuerung des Zinsrisikos im Bankbuch erfolgt im Wesentlichen über Zinsswaps. Methodisch unterliegt die Steuerung wie im Handel dem Capital-at-Risk-Verfahren auf der Basis einer Haltedauer von 10 Handelstagen und einem Konfidenzniveau von 99%.

## Handelsbuch

## Produktbereiche des derivativen Geschäfts per 31.12.2013

in Mio. €	Restlaufzeit			Nominalbetrag Summe	positive Marktwerte	negative Marktwerte
	< = 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre			
<b>Zinsderivate</b>	<b>22.928</b>	<b>44.880</b>	<b>48.944</b>	<b>116.752</b>	<b>4.031</b>	<b>3.797</b>
börsengehandelt	191	0	0	191	0	0
Futures	177	0	0	177	0	0
Options	14	0	0	14	0	0
OTC	22.737	44.880	48.944	116.561	4.031	3.797
Zinsswaps <sup>1)</sup>	17.231	33.466	35.466	86.163	3.542	3.088
Forward Rate Agreements	0	0	0	0	0	0
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0
Swaptions	4.414	7.896	12.181	24.491	426	645
Options, Käufe	0	0	0	0	0	0
Options, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Caps, Floors	1.092	3.518	1.297	5.907	63	64
<b>Währungsderivate</b>	<b>2.656</b>	<b>759</b>	<b>22</b>	<b>3.437</b>	<b>42</b>	<b>45</b>
börsengehandelt	0	0	0	0	0	0
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
OTC	2.656	759	22	3.437	42	45
Devisentermingeschäfte	2.647	149	0	2.796	23	26
Cross-Currency-Swaps	9	610	22	641	19	19
Devisenoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0
<b>Aktienderivate und sonstige</b>	<b>3.195</b>	<b>1.599</b>	<b>197</b>	<b>4.991</b>	<b>188</b>	<b>128</b>
börsengehandelt	2.440	335	0	2.775	16	32
Futures	210	0	0	210	0	0
Options <sup>2)</sup>	2.230	335	0	2.565	16	32
OTC	755	1.264	197	2.216	172	96
Aktien-Index-Swaps	9	420	13	442	18	4
Aktien- / Indexoptionen, Käufe	350	531	135	1.016	154	0
Aktien- / Indexoptionen, Verkäufe	396	313	49	758	0	92
Embeddeds	0	0	0	0	0	0
<b>Kreditderivate</b>	<b>410</b>	<b>1.154</b>	<b>192</b>	<b>1.756</b>	<b>9</b>	<b>27</b>
<b>Gesamt</b>	<b>29.189</b>	<b>48.392</b>	<b>49.355</b>	<b>126.936</b>	<b>4.270</b>	<b>3.997</b>

<sup>1)</sup> Aufgrund der Bruttodarstellung der Geschäfte in der Derivatestatistik und der verrechneten Darstellung (Netting) in der HGB-Bilanz ergeben sich Abweichungen der Marktwerte bei den unter die CCP-Regelung fallenden Geschäften.

<sup>2)</sup> Aufgrund der Bruttodarstellung der Geschäfte in der Derivatestatistik und der verrechneten Darstellung (Netting) in der HGB-Bilanz ergeben sich Abweichungen der Marktwerte bei Eurex-Geschäften.

Die angegebenen Marktwerte stellen den beizulegenden Zeitwert dar, welcher durch Verkauf oder Glattstellung erzielbar beziehungsweise aufzuwenden ist, wobei Transaktionskosten nicht einfließen.

Die Handelsbuchderivate werden mit ihren positiven bzw. negativen Marktwerten in der Bilanzposition Handelsaktiva bzw. Handelspassiva ausgewiesen.

## Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten (risikogewichtet)

in Mio. €	31.12.2013	31.12.2012
Forderungsklasse Institute	207	293
Sonstige Forderungsklassen (Sonstige Unternehmen, Privatpersonen)	281	494
<b>Gesamt</b>	<b>488</b>	<b>787</b>

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie für die Meldung entsprechend der Solvabilitätsverordnung vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt, wobei das Kontrahenten-netting berücksichtigt ist.



**39 Liste des Anteilsbesitzes**

(§§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB)

Stand: 31.12.2013

Lfd. Nr.	Gesellschaft, Sitz	Kapitalanteil	abweichende Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
		in %	in %		in T€	in T€
<b>Verbundene Unternehmen</b>						
1.	Bavaria Immobilien Projektsteuerungs GmbH & Co. Objekt Berlin-Mitte Leipziger Straße KG, Berlin <sup>1)10)</sup>	100,00		EUR	-3.164	1
2.	BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin <sup>4)10)</sup>	94,90		EUR	51	0
3.	Berlin Hyp Immobilien GmbH, Berlin <sup>1)4)10)</sup>	100,00		EUR	26	0
4.	Berlin Hyp AG, Berlin <sup>3)4)10)</sup>	100,00		EUR	830.903	0
5.	Beteiligungsgesellschaft B & E Maßnahmen mbH, Berlin <sup>1)10)</sup>	100,00		EUR	-19	-28
6.	B & E Maßnahme Naumburg GmbH, Leipzig <sup>1)10)</sup>	100,00		EUR	-1.499	-1
7.	Crown Court Property London Ltd., London <sup>1)10)13)</sup>	100,00		GBP	17.316	756
8.	egs Entwicklungsgesellschaft Südhorn mbH, Berlin <sup>1)10)</sup>	94,00		EUR	-327	517
9.	Eurospeedway Lausitz Entwicklungs GmbH, Berlin <sup>1)8)</sup>	100,00		EUR	571	22
10.	GfBI Beteiligungsmanagement GmbH, Berlin <sup>1)10)</sup>	100,00		EUR	110	0
11.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin <sup>2)10)</sup>	76,71		EUR	-29.466	-1.904
12.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin <sup>10)</sup>	99,93		EUR	-3.980	-145
13.	Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR – STADT UND LAND-Fonds 1 –, Berlin <sup>10)</sup>	60,64		EUR	-4.316	-144
14.	Harpalus Verwaltungsgesellschaft mbH & Co. Vermietungs KG i. L., München <sup>1)8)</sup>	78,10		EUR	2	-37
15.	HaWe Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1)4)10)</sup>	100,00		EUR	26	0
16.	IDL Beteiligungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1)10)</sup>	100,00		EUR	19	0
17.	IDL Objektbeteiligungsgesellschaft mbH & Co. KG, Berlin <sup>10)</sup>	100,00		EUR	98	-7
18.	Landesbank Berlin International S.A., Luxemburg <sup>3)10)</sup>	100,00		EUR	189.957	22.361
19.	LBB Finance (Ireland) plc, Dublin <sup>10)</sup>	100,00		EUR	1.319	-24
20.	LBB Grundstücksgesellschaft mbH, Berlin <sup>4)10)</sup>	100,00		EUR	9.436	0
21.	LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin <sup>4)10)</sup>	100,00		EUR	1.405	302
22.	LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg <sup>10)</sup>	100,00		EUR	3.200	0
23.	Linden Grundstücks GmbH, Berlin <sup>10)</sup>	100,00		EUR	262	-10
24.	netbank Aktiengesellschaft, Hamburg <sup>10)</sup>	74,99		EUR	24.664	2.069
25.	SDZ Ostbrandenburg GmbH, Berlin <sup>1)4)10)</sup>	100,00		EUR	191	31
26.	SDZ Rhein-Ruhr GmbH, Düsseldorf <sup>1)4)10)</sup>	100,00		EUR	111	68
27.	S-Kreditpartner GmbH, Berlin <sup>10)12)</sup>	66,67		EUR	336.322	10.480
28.	S-Servicepartner GmbH, Berlin <sup>4)10)</sup>	100,00		EUR	2.699	0
29.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin <sup>4)10)</sup>	100,00		EUR	1.036	0
30.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1)10)</sup>	100,00		EUR	813	63
31.	Wohnbau Tafelgelände Beteiligungs GmbH, München <sup>1)7)</sup>	75,00		EUR	45	-1
32.	Wohnbau Tafelgelände GmbH & Co. KG, München <sup>1)7)</sup>	75,00		EUR	624	131

Lfd. Nr.	Gesellschaft, Sitz	Kapitalanteil	abweichende Stimmrechte	WKZ	Eigenkapital	Ergebnis
		in %	in %		in T€	in T€
<b>Sonstige Unternehmen von mindestens 20 v. H.</b>						
33.	Apollon Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. KG – Vierter IBV-Immobilienfonds für Deutschland –, Berlin <sup>1)10)</sup>	47,47		EUR	30.334	884
34.	Apollon Immobilien Verwaltungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>1)10)</sup>	30,00		EUR	92	4
35.	B + S Card Service GmbH, Frankfurt am Main <sup>9)</sup>	25,10		EUR	16.511	-2.589
36.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin <sup>10)</sup>	21,79		EUR	9.438	153
37.	CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin <sup>10)</sup>	50,00		EUR	171	10
38.	Gaia Immobilien Verwaltungs GmbH & Co. Objekt Bautzener Gesundbrunnen KG, Berlin <sup>1)7)</sup>	49,00		EUR	-227	-15
39.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH i. I., Berlin <sup>1)5)</sup>	49,00		EUR	3	-1
40.	Gartenstadt Stahnsdorf GmbH & Co. Projektentwicklungs KG i. I., Berlin <sup>1)6)</sup>	48,48		EUR	-2.987	-2.987
41.	NordEK Norddeutsche Einkaufskoordinationsgesellschaft der Landesbank Berlin AG und der Norddeutschen Landesbank Girozentrale Berlin und Hannover, Berlin/Hannover <sup>10)</sup>	0,00	50,00	EUR	128	31
42.	PEB Capital B. V. in liquidation, Hilversum <sup>10)</sup>	42,39		EUR	80	-10
43.	Projektgesellschaft Forum Neukölln GbR mit auf das Gesellschaftsvermögen beschränkter Haftung, Berlin <sup>1)6)</sup>	0,00	40,00	EUR	0	0
44.	SDZ Pfalz GmbH, Landau <sup>1)11)</sup>	30,00		EUR	k. A.	k. A.
45.	SDZ Südbayern GmbH, Schwabmünchen <sup>1)10)</sup>	30,00		EUR	589	51
46.	SDZ Westfalen-Lippe GmbH, Münster <sup>1)10)</sup>	30,00		EUR	702	-191
47.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, München <sup>10)</sup>	49,00	36,30	EUR	-2.266	271
<b>Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB i.V.m. § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)</b>						
48.	SCHUFA Holding AG <sup>10)</sup>	5,10		EUR	27.102	6.621

<sup>1)</sup> Mittelbar gehalten

<sup>2)</sup> Einschließlich mittelbar gehaltener Anteile

<sup>3)</sup> Für die Gesellschaft gilt die Patronatserklärung der Landesbank Berlin AG.

<sup>4)</sup> Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.

<sup>5)</sup> Es liegen Daten zum 31.12.2008 vor.

<sup>6)</sup> Es liegen Daten zum 31.12.2009 vor.

<sup>7)</sup> Es liegen Daten zum 31.12.2010 vor.

<sup>8)</sup> Es liegen Daten zum 31.12.2011 vor.

<sup>9)</sup> Es liegen Daten zum 30.09.2013 vor – abweichender Jahresabschlussstermin.

<sup>10)</sup> Es liegen Daten zum 31.12.2012 vor.

<sup>11)</sup> Neugründung 28.06.2013

<sup>12)</sup> Gemeinschaftsunternehmen (gemeinsch. Leitung lt. Gesellschaftsvertrag); keine Beherrschung trotz Mehrheit Kap. und Stimmrechte / kein TU

<sup>13)</sup> Kurs vom 31.12.2012: 1 EUR = 0,8161 GBP

#### Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin AG

Gesellschaft
1. BB-Grundstücksgesellschaft mit beschränkter Haftung, Berlin
2. Berlin Hyp AG, Berlin
3. LBB Grundstücksgesellschaft mbH, Berlin
4. LBB-Immobilien-Service GmbH, Berlin
5. S-Servicepartner GmbH, Berlin
6. Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin

## 40 Deckungsrechnung

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

Nominal in T€	Hypothekenregister		Öffentliches Register	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Nennwert Deckungsmasse	3.366.684	3.376.105	2.697.317	3.281.110
Nennwert Pfandbriefumlauf	2.725.250	2.892.815	1.245.000	1.634.327
<b>Nennwertüberdeckung</b>	<b>641.434</b>	<b>483.290</b>	<b>1.452.317</b>	<b>1.646.782</b>
Barwert Deckungsmasse	3.651.468	3.742.658	2.906.386	3.597.154
Barwert Pfandbriefumlauf	2.860.396	3.090.453	1.338.029	1.769.253
<b>Barwertüberdeckung</b>	<b>791.072</b>	<b>652.205</b>	<b>1.568.357</b>	<b>1.827.901</b>
Risikobarwert Deckungsmasse	3.525.811	3.608.794	2.823.529	3.497.540
Risikobarwert Umlauf	2.768.582	2.999.853	1.294.453	1.725.553
<b>Risikobarwertüberdeckung</b>	<b>757.229</b>	<b>608.941</b>	<b>1.529.076</b>	<b>1.771.987</b>

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:

### Laufzeitstruktur Hypothekenregister

Zinsbindungsfristen der Darlehen in T€	Anteil	Deckungs-	Anteil	Deckungs-
	%	masse	%	masse
	31.12.2013		31.12.2012	
Ersatzdeckung	9,44	317.796	7,98	269.424
bis zu einem Jahr	37,41	1.259.596	40,20	1.357.230
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	5,29	178.208	7,78	262.504
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	7,07	238.160	5,87	198.261
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	10,24	344.806	6,81	229.883
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	8,25	277.638	7,46	251.892
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	20,88	702.847	22,57	762.128
> 10 Jahre	1,41	47.633	1,33	44.783
<b>Gesamt</b>	<b>100,00</b>	<b>3.366.684</b>	<b>100,00</b>	<b>3.376.105</b>

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe in T€	Anteil	Deckungs-	Anteil	Deckungs-
	%	masse	%	masse
	31.12.2013		31.12.2012	
bis zu einem Jahr	27,99	762.750	19,78	572.065
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	7,72	210.500	26,37	762.750
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	13,52	368.500	6,93	200.500
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	10,07	274.500	13,08	378.500
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	17,43	475.000	8,71	252.000
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	23,26	634.000	25,13	727.000
> 10 Jahre	0,00	0	0,00	0
<b>Gesamt</b>	<b>100,00</b>	<b>2.725.250</b>	<b>100,00</b>	<b>2.892.815</b>

### Laufzeitstruktur Öffentliches Register

Zinsbindungsfristen der Darlehen in T€	Anteil %	Deckungs- masse	Anteil %	Deckungs- masse
	31.12.2013		31.12.2012	
Ersatzdeckung	0,00	0	0,00	0
bis zu einem Jahr	35,52	958.043	37,32	1.224.607
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	11,87	320.168	13,49	442.633
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	17,16	462.761	10,34	339.388
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	11,56	311.680	14,19	465.616
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	13,51	364.502	8,64	283.492
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	10,32	278.495	16,01	525.374
> 10 Jahre	0,06	1.669	0,00	0
<b>Gesamt</b>	<b>100,00</b>	<b>2.697.317</b>	<b>100,00</b>	<b>3.281.110</b>

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe in T€	Anteil %	Deckungs- masse	Anteil %	Deckungs- masse
	31.12.2013		31.12.2012	
bis zu einem Jahr	15,02	187.000	36,49	596.327
> 1 Jahr und bis zu 2 Jahren	9,64	120.000	11,44	187.000
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	23,82	296.500	7,34	120.000
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	6,83	85.000	18,14	296.500
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	16,51	205.500	5,20	85.000
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	28,19	351.000	21,38	349.500
> 10 Jahre	0,00	0	0,00	0
<b>Gesamt</b>	<b>100,00</b>	<b>1.245.000</b>	<b>100,00</b>	<b>1.634.327</b>

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG:

Es existieren keine Derivate, die einen Anteil an den Deckungsmassen gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 PfandBG darstellen würden.

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG:

### Hypothekendeckungsregister

Größenklassen in T€	31.12.2013	31.12.2012
bis 300.000 €	427.017	438.099
mehr als 300.000 bis 5.000.000 €	1.013.138	1.146.066
mehr als 5.000.000 €	1.608.733	1.522.516
<b>Gesamt</b>	<b>3.048.888</b>	<b>3.106.681</b>

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG:

**Objektspitting (wohnwirtschaftliche Objekttypen)**

Staaten	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Deutschland	84.673	86.545	170.109	174.964	957.044	939.820	1.211.825	1.201.328
Länder gesamt	84.673	86.545	170.109	174.964	957.044	939.820	1.211.825	1.201.328

Regionen	Wohnungen		Einfamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
Baden-Württemberg	0	0	75	76	2050	0	2.124	76
Bayern	0	0	956	1.071	35.660	47.253	36.616	48.324
Berlin	75.489	73.255	112.625	117.476	742.808	784.132	930.922	974.863
Brandenburg	5.765	8.416	55.629	54.645	47.640	43.331	109.034	106.392
Bremen	24	33	0	0	0	0	24	33
Hamburg	156	156	0	0	631	280	787	436
Hessen	101	145	0	0	14.879	9.538	14.980	9.683
Mecklenburg-Vorpommern	782	1.454	239	187	2.681	2.744	3.702	4.386
Niedersachsen	0	0	218	242	9.048	9.267	9.266	9.509
Nordrhein-Westfalen	2.124	2.148	0	133	42.025	19.153	44.149	21.434
Saarland	0	0	0	0	547	822	547	822
Sachsen	0	0	136	644	51.269	19.401	51.404	20.045
Sachsen-Anhalt	0	626	76	94	3.031	3.011	3.106	3.731
Schleswig-Holstein	72	99	157	395	3.903	0	4.132	494
Thüringen	160	213	0	0	871	887	1.031	1.100
<b>Gesamt</b>	<b>84.673</b>	<b>86.545</b>	<b>170.109</b>	<b>174.964</b>	<b>957.044</b>	<b>939.820</b>	<b>1.211.825</b>	<b>1.201.328</b>

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG:

**Objektsplitting (gewerbliche Objekttypen)**

Staaten	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
in T€						
Deutschland	701.025	724.219	463.863	440.997	163.799	247.737
Frankreich	273.443	258.604	0	0	0	0
Niederlande	19.800	19.800	0	0	0	0
Polen	31.200	18.480	0	0	0	0
<b>Länder gesamt</b>	<b>1.025.468</b>	<b>1.021.103</b>	<b>463.863</b>	<b>440.997</b>	<b>163.799</b>	<b>247.737</b>

Regionen	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012
in T€						
DE Baden-Württemberg	13.359	6.504	32.322	32.340	15.622	30.978
DE Bayern	24.595	36.293	19.673	13.123	8.621	8.621
DE Berlin	353.919	357.493	66.206	74.184	53.129	65.163
DE Brandenburg	16.344	20.644	33.810	36.511	16.404	23.337
DE Bremen	0	0	1.017	2.253	1.170	1.170
DE Hamburg	53.972	54.068	0	0	6.011	6.011
DE Hessen	71.285	67.484	59.305	61.184	39.744	56.822
DE Mecklenburg-Vorpommern	7.243	3.463	22.130	15.837	0	0
DE Niedersachsen	27.182	31.623	22.603	27.387	2.225	4.491
DE Nordrhein-Westfalen	73.100	88.698	45.963	60.941	12.999	33.245
DE Rheinland-Pfalz	7.604	7.637	15.044	5.701	0	0
DE Saarland	0	0	2.064	2.064	152	152
DE Sachsen	30.972	34.683	74.274	15.890	346	5.662
DE Sachsen-Anhalt	13.832	9.139	13.252	25.856	0	3.924
DE Schleswig-Holstein	1.335	403	26.412	27.505	6.950	6.950
DE Thüringen	6.284	6.086	29.789	40.220	425	1.211
FR Île-de-France	273.443	258.604	0	0	0	0
NL Gelderland	19.800	19.800	0	0	0	0
PL Lodz	12.720	0	0	0	0	0
PL Mazowieckie	18.480	18.480	0	0	0	0
<b>Gesamt</b>	<b>1.025.468</b>	<b>1.021.103</b>	<b>463.863</b>	<b>440.997</b>	<b>163.799</b>	<b>247.737</b>

Sonstige gewerblich genutzte Gebäude		Unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
182.691	194.602	0	0	1.241	914	1.512.619	1.608.469
0	0	0	0	0	0	273.443	258.604
0	0	0	0	0	0	19.800	19.800
0	0	0	0	0	0	31.200	18.480
<b>182.691</b>	<b>194.602</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.241</b>	<b>914</b>	<b>1.837.062</b>	<b>1.905.353</b>

Sonstige gewerblich genutzte Gebäude		Unfertige und nicht ertragsfähige Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
21.400	21.738	0	0	0	0	82.703	91.561
27.920	27.920	0	0	0	0	80.809	85.956
27.297	34.423	0	0	1.151	664	501.702	531.929
9.801	11.152	0	0	90	92	76.449	91.736
0	0	0	0	0	0	2.187	3.423
11.408	11.408	0	0	0	0	71.391	71.487
20.440	21.173	0	0	0	0	190.773	206.663
622	640	0	0	0	0	29.995	19.940
4.624	5.651	0	0	0	0	56.634	69.151
22.551	23.443	0	0	0	0	154.613	206.326
6.473	6.473	0	0	0	0	29.121	19.812
0	0	0	0	0	0	2.216	2.216
21.938	22.038	0	0	0	158	127.529	78.431
3.060	3.386	0	0	0	0	30.145	42.305
0	0	0	0	0	0	34.696	34.857
5.158	5.158	0	0	0	0	41.657	52.676
0	0	0	0	0	0	273.443	258.604
0	0	0	0	0	0	19.800	19.800
0	0	0	0	0	0	12.720	0
0	0	0	0	0	0	18.480	18.480
<b>182.691</b>	<b>194.602</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>1.241</b>	<b>914</b>	<b>1.837.062</b>	<b>1.905.353</b>

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG:

### Hypothekenregister

Lage des Grundpfandrechts in T€	Rückständige Tilgung		Rückständige Zinsen	
	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2013	31.12.2012
Deutschland	12,0	13,4	13,5	37,0
Insgesamt	12,0	13,4	13,5	37,0
Berlin	11,3	13,4	12,3	17,0
Brandenburg	0,7	0,0	1,2	0,0
Hessen	0,0	0,0	0,0	0,0
Nordrhein-Westfalen	0,0	0,0	0,0	20,0
<b>Deutschland gesamt</b>	<b>12,0</b>	<b>13,4</b>	<b>13,5</b>	<b>37,0</b>

Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 3a/b/c PfandBG:

Anzahl	Gewerblich		Wohnungsbau	
	2013	2012	2013	2012
Zum Abschlussstichtag anhängige Zwangsversteigerungs- und Zwangsverwaltungsverfahren	0	0	0	0
Im Geschäftsjahr durchgeführte Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Innerhalb des Geschäftsjahres zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke	0	0	0	0

Liquiditätsdeckung gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG:

in T€	2013	
Hypothekendarlehen		
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	162.252	
Liquiditätsdeckung am 28.1.2014	319.748	
Liquiditätssaldo kumuliert am 28.1.2014	-157.496	
öffentlicher Darlehen		
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	1.512.246	
Liquiditätsdeckung am 14.3.2014	1.598.074	
Liquiditätssaldo kumuliert am 14.3.2014	-85.828	



Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG:

#### Öffentliche Kreditnehmer nach Typen und Staaten

Schuldner (direkt oder mit Garantie)	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
in T€										
Deutschland	404.735	440.481	1.212.076	1.398.368	72.300	69.620	929.063	1.292.641	<b>2.618.174</b>	<b>3.201.110</b>
Kanada	0	0	35.000	35.000	0	0	0	0	<b>35.000</b>	<b>35.000</b>
Österreich	0	0		0	0	0	44.143	45.000	<b>44.143</b>	<b>45.000</b>
<b>Gesamt</b>	<b>404.735</b>	<b>440.481</b>	<b>1.247.076</b>	<b>1.433.368</b>	<b>72.300</b>	<b>69.620</b>	<b>973.206</b>	<b>1.337.641</b>	<b>2.697.317</b>	<b>3.281.110</b>

Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG:

#### Kundengruppen mit seit mindestens 90 Tagen rückständigen Leistungen

Schuldner	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012	2013	2012
in T€										
Deutschland	183	130	563	417	0	0	1	4	747	551

## Organe der Landesbank Berlin AG

### Vorstand

**Dr. Johannes Evers**  
Vorsitzender

**Jan Bettink**  
bis 31.12.2013

**Serge Demolière**

**Hans Jürgen Kulartz**

**Martin K. Müller**  
bis 30.4.2013

**Patrick Tessmann**

### Aufsichtsrat

**Georg Fahrenschon**  
Vorsitzender  
Präsident des Deutschen  
Sparkassen- und Giroverbands

**Bärbel Wulff\***  
stellv. Vorsitzende  
Vorsitzende des Betriebsrats  
der Landesbank Berlin AG

**Heiko Barten\***  
Mitglied des Betriebsrats der  
Landesbank Berlin AG  
Senior-Referent im Bereich Organisations- und  
Produktivitätsmanagement der Berliner Sparkasse

**Gerhard Grandke**  
Geschäftsführender Präsident  
des Sparkassen- und Giroverbands  
Hessen-Thüringen

**Artur Grzesiek**  
Vorsitzender des Vorstands der  
Sparkasse KölnBonn

**Gerhard Henschel\***  
Mitglied des Betriebsrats der  
Landesbank Berlin AG

**Sabine Hentschel-Vélez Garzón\***  
Mitglied des Betriebsrats der  
Landesbank Berlin AG  
Senior-Referentin im Bereich Internationales  
Geschäft der Berliner Sparkasse

**Gerald Herrmann\***  
Bundessachgruppenleiter Sparkassen/  
Bundesbank ver.di Bundesverwaltung Berlin

**Claus Friedrich Holtmann**  
bis 31.5.2013  
Geschäftsführender Präsident des  
Ostdeutschen Sparkassenverbands

**Michael Jänichen\***  
Bereichsleiter Firmenkunden der  
Berliner Sparkasse

**Thomas Mang**  
Präsident des  
Sparkassenverbands Niedersachsen

**Peter Mohr\***  
bis 31.1.2014  
Mitglied des Betriebsrats der  
Landesbank Berlin AG

**Michael Pergande\***  
ab 1.2.2014  
Leiter eines FinanzCenters der  
Berliner Sparkasse

**Helmut Schleweis**  
Vorsitzender des Vorstands der  
Sparkasse Heidelberg

**Peter Schneider**  
Präsident des Sparkassenverbands  
Baden-Württemberg

**Helmut Späth**  
ab 17.7.2013  
Stellvertretender Vorsitzender des  
Vorstands der Versicherungskammer Bayern

**Dr. Harald Vogelsang**  
Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding  
und der Hamburger Sparkasse AG

**Frank Wolf\***  
Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der  
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

\* Arbeitnehmervertreter

Berlin, den 11. Februar 2014

**Der Vorstand**

Dr. Evers                      Demolière

Kulartz                        Tessmann

**Anlagen**

Anlage 1: Mandate von Mitgliedern des Vorstands in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB)

Anlage 2: Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB)

## Anlage 1

### Mandate des Vorstands nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten
- a)\* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

### Vorstand

#### Dr. Johannes Evers

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

- a)\* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Berlin Hyp AG, Berlin
  - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin (bis 31.12.2013)
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - S-Kreditpartner GmbH, Berlin
 stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart
 Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Stiftung Schloss Neuhardenberg GmbH, Neuhardenberg
 Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
  - Visa Europe Limited, London
 Mitglied des Verwaltungsrats der
  - DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

#### Jan Bettink

Mitglied des Vorstands (bis 31.12.2013)

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin (ab 1.5.2013)

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - GSW Immobilien AG, Berlin (vom 11.10.2013 bis 31.12.2013)
- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Berlin Hyp AG, Berlin (bis 10.11.2013)
- b) Mitglied des Verwaltungsrats der
  - Kreditanstalt für Wiederaufbau – Anstalt des öffentlichen Rechts (KfW), Frankfurt am Main

#### Serge Demolière

Mitglied des Vorstands

- a) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Börse Berlin AG, Berlin
 Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Eurex Frankfurt AG, Eschborn
  - Eurex Clearing AG, Eschborn
  - RTS Realtime Systems AG, Frankfurt am Main
 Mitglied des Verwaltungsrats der
  - Eurex Zürich AG, Zürich
- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin (bis 31.12.2013)
- b) Vorsitzender des Verwaltungsrats der
  - Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg
  - LBB Re Luxembourg S. A., Luxemburg
 Mitglied des Board of Directors (non-executive) der
  - LBB Finance (Ireland) plc, Dublin

**Hans Jürgen Kulartz**

Mitglied des Vorstands

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Baker Tilly Rölfs AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Düsseldorf
- a)\* Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Berlin Hyp AG, Berlin (bis 10.11.2013)
  - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin (bis 31.12.2013)
  - netbank AG, Hamburg
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main
  - Deutsche Factoring Bank Deutsche Factoring GmbH & Co., Bremen
  - Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H.
  - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main
  - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover

**Martin K. Müller**

Mitglied des Vorstands (bis 30.4.2013)

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin (bis 30.4.2013)

- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - S-Servicepartner GmbH, Berlin (bis 30.4.2013)
 Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Berlin Hyp AG, Berlin (bis 30.4.2013)
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - S-Kreditpartner GmbH, Berlin (bis 30.4.2013)
 Mitglied des Verwaltungsrats der
  - Landesbank Berlin International S. A., Luxemburg (bis 30.4.2013)

**Patrick Tessmann**

Mitglied des Vorstands

- a)\* stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - netbank Aktiengesellschaft, Hamburg
 Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Landesbank Berlin Investment GmbH, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main
  - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin – Hannover, Berlin/Hannover
  - S-Kreditpartner GmbH, Berlin

## Anlage 2

### **Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften**

#### **Volker Alt**

Mitglied des Aufsichtsrats der

- S-Kreditpartner GmbH, Berlin
- S-Servicepartner GmbH, Berlin

#### **Thomas Paulick**

Mitglied des Aufsichtsrats der

- netbank AG, Hamburg

#### **Gerhard Puhlmann**

Mitglied des Aufsichtsrats der

- S-Servicepartner GmbH, Berlin

#### **Bartho Schröder**

Mitglied des Aufsichtsrats der

- S-Servicepartner GmbH, Berlin

#### **Jacob Sprittulla**

Mitglied des Aufsichtsrats der

- netbank AG, Hamburg

#### **Stefan Trägler**

Mitglied des Aufsichtsrats der

- S-Servicepartner GmbH, Berlin

#### **Andreas Urbanczyk**

Mitglied des Aufsichtsrats der

- netbank AG, Hamburg

## Bestätigungsvermerk des Abschlussprüfers

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Landesbank Berlin AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2013 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften liegen in der Verantwortung des Vorstands der Gesellschaft. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Gesellschaft sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen des Vorstands sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den gesetzlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar.

Berlin, den 25. Februar 2013

PricewaterhouseCoopers  
Aktiengesellschaft  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Peter Kleinschmidt      ppa. Mario Bauschke  
Wirtschaftsprüfer      Wirtschaftsprüfer

## Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Berlin, den 25. Februar 2014

### Der Vorstand

Dr. Evers                      Demolière

Kulartz                        Tessmann



## Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin AG

Der Aufsichtsrat hat sich im Geschäftsjahr 2013 in acht Plenumsitzungen sowie in neunzehn Ausschusssitzungen – davon drei Telefonkonferenzen – ausführlich über aktuelle Ereignisse sowie über Geschäfte von grundsätzlicher Bedeutung unterrichten lassen. Er hat sich regelmäßig, zeitnah und umfassend schriftlich wie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin AG (LBB) und ihrer Tochtergesellschaften befasst, die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht und sich von deren Ordnungsmäßigkeit überzeugt.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Bei identischen Themenstellungen tagten die Aufsichtsräte der LBB und der Landesbank Berlin Holding AG (Holding) wie auch die beiden Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschüsse jeweils in gemeinsamen Sitzungen.

### Schwerpunkte der Aufsichtsrats Tätigkeit

Gegenstand der Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der strategischen Geschäftsfelder, zur aktuellen Lage sowie zum Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse.

In der Sitzung vom 18. Februar 2013 berichtete der Vorstand über eine erste Indikation zur Geschäftsentwicklung per 31. Dezember 2012 nach HGB und erörterte mit dem Aufsichtsrat den Verlauf des abgelaufenen Geschäftsjahres. Ferner hat sich der Aufsichtsrat über den aktuellen Stand des Umbaus der LBB zur Berliner Sparkasse, über die Kapitalanforderungen und zum Komplexitätsabbau informieren lassen sowie mit der jährlichen Prüfung der Richtlinien des Aufsichtsrats für die Festsetzung und Auszahlung der variablen Vergütung auf ihre Angemessenheit befasst. Zudem hat der Aufsichtsrat die Einstellung der Publizitäten zur Corporate Governance beschlossen sowie Vertragsangelegenheiten des Vorstands erörtert.

Zur Vorbereitung der Bilanzsitzung am 21. März 2013 wurden dem Aufsichtsrat die Berichte des Abschlussprüfers, der Pricewaterhouse Coopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, übermittelt. Im Rahmen dieser Bilanzsitzung erfolgten die Berichterstattungen des Vorstands über das Geschäftsjahr 2012 und die des Wirtschaftsprüfers, die Beratung und Prüfung des Jahres- und Konzernabschlusses sowie des Lage- und Konzernlageberichts zum 31. Dezember 2012. Ferner wurden in dieser Sitzung die Jahresberichte der internen Revision und von Compliance zur Kenntnis genommen und der Bericht des Aufsichtsrats beschlossen. Der Vorstand stellte den Ergebnisbericht zu Hinweisen und Prüfbitten des Aufsichtsrats vor und erstattete den Bericht über die Wirksamkeit des Internen Kontrollsystems (IKS) sowie den Jahresbericht über Spenden und Sponsoringmaßnahmen. Weiter wurden im Rahmen eines Vorratsbeschlusses die Beauftragung des Wirtschaftsprüfers sowie die jährliche Durchführung der Effizienzprüfung der Aufsichtsrats Tätigkeit anhand einer Checkliste beschlossen. Daneben hat der Vorstand über den aktuellen Stand der Arbeiten zur Erfüllung der Kapitalanforderungen und zum Projekt Umbau berichtet.

In der Sitzung am 16. April 2013 hat sich der Aufsichtsrat ausschließlich mit Vorstandsangelegenheiten befasst.

Am 13. Juni 2013 befasste sich der Aufsichtsrat intensiv mit dem Projekt Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse sowie der Kapitalausstattung und dem Abbau der risikogewichteten Aktiva. Darüber hinaus wurden der Bericht über die Abarbeitung der Monita aus der ICAAP-Prüfung und zur Weiterentwicklung des Risikotragfähigkeitskonzepts sowie Vorstandsangelegenheiten erörtert.

Der Aufsichtsrat erörterte am 17. Juli 2013 ausführlich den Stand der Veräußerung des kundenorientierten Kapitalmarktgeschäfts und der LBB-INVEST an die DekaBank.

Am 5. September 2013 erörterte der Aufsichtsrat mit dem Vorstand neben den Maßnahmen zur Kapitalausstattung und zum Risikotragfähigkeitskonzept erneut den Umbau der LBB zur Berliner Sparkasse. Ferner fasste der Aufsichtsrat einen Vorratsbeschluss zu Organkrediten und beschloss die Prüfungsschwerpunkte für das Geschäftsjahr 2013. Er nahm die Ergebnisse über die Depotprüfung und die Prüfung nach § 36 WpHG und den Bericht des Vergütungsausschusses über die Angemessenheit der Ausgestaltung der Vergütungssysteme der LBB zur Kenntnis. Darüber hinaus hat der Aufsichtsrat den Sparkassenbericht 2012 sowie den Bericht über die Abarbeitung der Ergebnisse aus der ICAAP-Prüfung zur Verbesserung des Risikotragfähigkeitskonzepts zur Kenntnis genommen. Weitere Themen waren der Verzicht auf Nachbesetzung des Kreditausschusses, der personelle Wechsel in der Leitungsfunktion des Bereichs Compliance, die Festlegung der Sitzungstermine für die Gremien im Folgejahr, die Firmierung der Berlin Hyp und die Auswertung der Ergebnisse der Effizienzprüfung der Aufsichtsrats Tätigkeit für das Jahr 2012.

In der Sitzung des Aufsichtsrats am 8. November 2013 berichtete der Vorstand über den Stand des Projekts Umbau der Landesbank Berlin zur Berliner Sparkasse. Im Ergebnis seiner Beratungen stimmte der Aufsichtsrat dem Verkauf des kundenorientierten Kapitalmarktgeschäfts als wesentlicher Geschäftsteil der LBB an die DekaBank zu den vereinbarten Konditionen zu. Der Vorstand stellte zudem den Bericht zum Abbau der risikogewichteten Aktiva, zur Kapitalausstattung sowie zur Risikotragfähigkeit vor. Ferner hat der Aufsichtsrat die Berichte über die Abarbeitung der Ergebnisse aus der ICAAP-Prüfung zur Verbesserung des Risikotragfähigkeitskonzepts, über die Umsetzung der Mindestanforderungen an Sanierungspläne (MaSan) in der LBB und die Mittelfristplanung 2014–2018 beraten. Darüber hinaus hat sich der Aufsichtsrat über den Abarbeitungsstand der Ergebnisse aus der § 44er-Prüfung zur Institutsvergütungsverordnung informieren lassen und die Änderung der Geschäftsordnung des Kreditausschusses sowie Vorstandsangelegenheiten beschlossen. Zudem hat sich der Aufsichtsrat mit den Auswirkungen des CRD IV-Umsetzungsgesetzes befasst und die Umsetzung der ab 1. Januar 2014 geltenden neuen Regelungen zur Struktur der Ausschüsse des Aufsichtsrats beschlossen, einen Personal- und Strategieausschuss (PSA) und einen Prüfungsausschuss (PA) zu bilden und das Aufgabengebiet des bisherigen BPS-Ausschusses ab 1. Januar 2014 auf den PSA und den PA aufzuteilen. Die Aufgabenstellung des Kreditausschusses, der als Risikoausschuss fungiert, wurde um die nach den neuen gesetzlichen Regelungen dem Risikoausschuss zugewiesenen Themen ergänzt.

Die letzte Sitzung des Aufsichtsrats im Berichtsjahr wurde am 10. Dezember 2013 abgehalten und diente der Erörterung und Beschlussfassung zu Vorstandsangelegenheiten.

Außerhalb der Sitzungen wurde vom Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2013 ein Beschluss im Umlaufverfahren gefasst.

Alle Mitglieder des Aufsichtsrats haben im Jahr 2013 an mindestens der Hälfte der Sitzungen des Aufsichtsrats teilgenommen.

### Ausschüsse des Aufsichtsrats

Die Arbeit des Aufsichtsrats wurde im Geschäftsjahr 2013 durch den Bilanzprüfungs-, Personal- und Strategieausschuss und den Kreditausschuss unterstützt. Die Ausschüsse wurden aus der Mitte des Aufsichtsrats gebildet.

Der gemäß § 27 Abs. 3 Mitbestimmungsgesetz von 1976 gesetzlich zu bildende **Vermittlungsausschuss** trat im Jahr 2013 nicht zusammen.

Der Aufsichtsrat hat sich über die Arbeit der Ausschüsse regelmäßig und umfassend berichten lassen.

### Corporate Governance

Als nicht-börsennotierte Aktiengesellschaft unterliegt die LBB grundsätzlich nicht den Vorschriften des Deutschen Corporate Governance Kodex (DCGK). Die LBB hat im Frühjahr 2013 beschlossen, dass die Publizitäten über die freiwillige Befolgung des DCGK mit sofortiger Wirkung eingestellt werden. Dennoch werden bereits implementierte, aus dem DCGK stammende Prozesse weiterhin berücksichtigt.

Interessenkonflikte traten im Berichtsjahr beim Aufsichtsrat und dessen Ausschüssen nicht auf.

### Personalia Geschäftsleitung

Mit Wirkung vom 16. April 2013 wurde Herr Volker Alt zum Generalbevollmächtigten der Landesbank Berlin AG bestellt. Mit Ablauf des 30. April 2013 legte Herr Martin K. Müller sein Mandat im Vorstand der Landesbank Berlin AG nieder. Mit Ablauf des 31. Dezember 2013 legte Herr Jan Bettink sein Mandat im Vorstand der Landesbank Berlin AG nieder.

### Personalia Aufsichtsrat

Mit Ablauf des 31. Mai 2013 legte Herr Claus Friedrich Holtmann sein Mandat im Aufsichtsrat der LBB nieder. Am 17. Juli 2013 wählte die Hauptversammlung der LBB Herrn Helmut Späth zum Mitglied des Aufsichtsrats der LBB.

Der Aufsichtsrat hat in Anlehnung an Ziffer 5.4.2 des Deutschen Corporate Governance Kodex geprüft und festgestellt, dass ihm eine nach seiner Einschätzung ausreichende Anzahl unabhängiger Mitglieder angehört und die gesetzlichen Anforderungen gemäß § 100 Abs. 5 AktG an den Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung erfüllt sind.

## Jahresabschluss 2013

Der vorliegende Jahresabschluss der LBB mit dem Lagebericht sowie der Konzernabschluss der LBB mit dem Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2013 wurden durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte PricewaterhouseCoopers Aktiengesellschaft Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Frankfurt/Main, Zweigniederlassung Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem jeweils uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Der Aufsichtsrat hat das jeweils erteilte Testat zur Kenntnis genommen.

Vor und während der jeweiligen Prüfung informierte sich der Aufsichtsrat beim Abschlussprüfer über deren Ablauf und Inhalt. Der Jahresabschluss der LBB wurde nach den Vorschriften des HGB, der Konzernabschluss der LBB nach den International Financial Reporting Standards (IFRS) aufgestellt. Sowohl der Jahresabschluss als auch der Konzernabschluss wurden zusammen mit dem Lagebericht und dem Konzernlagebericht sowie den jeweiligen Prüfungsberichten des Wirtschaftsprüfers rechtzeitig vor den jeweiligen Bilanzsitzungen des Kreditausschusses, des Prüfungsausschusses und des Aufsichtsrats den Gremien zur eingehenden Prüfung vorgelegt.

An den Bilanzsitzungen des Plenums sowie der Ausschüsse nahmen die den Jahres- und Konzernabschluss unterzeichnenden Wirtschaftsprüfer teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfung sowie darüber, dass keine wesentlichen Schwächen des internen Kontrollsystems und des Risikomanagementsystems vorlagen. In der gemeinsamen Erörterung beantwortete er die Fragen der Mitglieder dieser Gremien. Der Aufsichtsrat hat sich in Anlehnung an DCGK Ziff. 7.2.1 davon überzeugt, dass beim Abschlussprüfer keine Interessenkonflikte hinsichtlich einer unabhängigen Prüfung bestehen.

Gegen die Prüfungsergebnisse ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat die vom Vorstand aufgestellten Jahresabschlüsse der LBB und des Konzerns LBB zum 31. Dezember 2013 in seiner Sitzung vom 26. März 2014 gebilligt. Der Jahresabschluss der LBB gilt damit gemäß § 172 Abs. 1 Satz 1 AktG als festgestellt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2013 erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2014

Der Aufsichtsrat

Georg Fahrenschon  
Vorsitzender

Landesbank Berlin AG  
Alexanderplatz 2  
10178 Berlin  
Postfach 11 08 01  
10838 Berlin  
Telefon: 030/245 500  
Telefax: 030/245 69 50200  
[www.lbb.de](http://www.lbb.de)

